Juncker paktiert mit Linken gegen Merkel S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

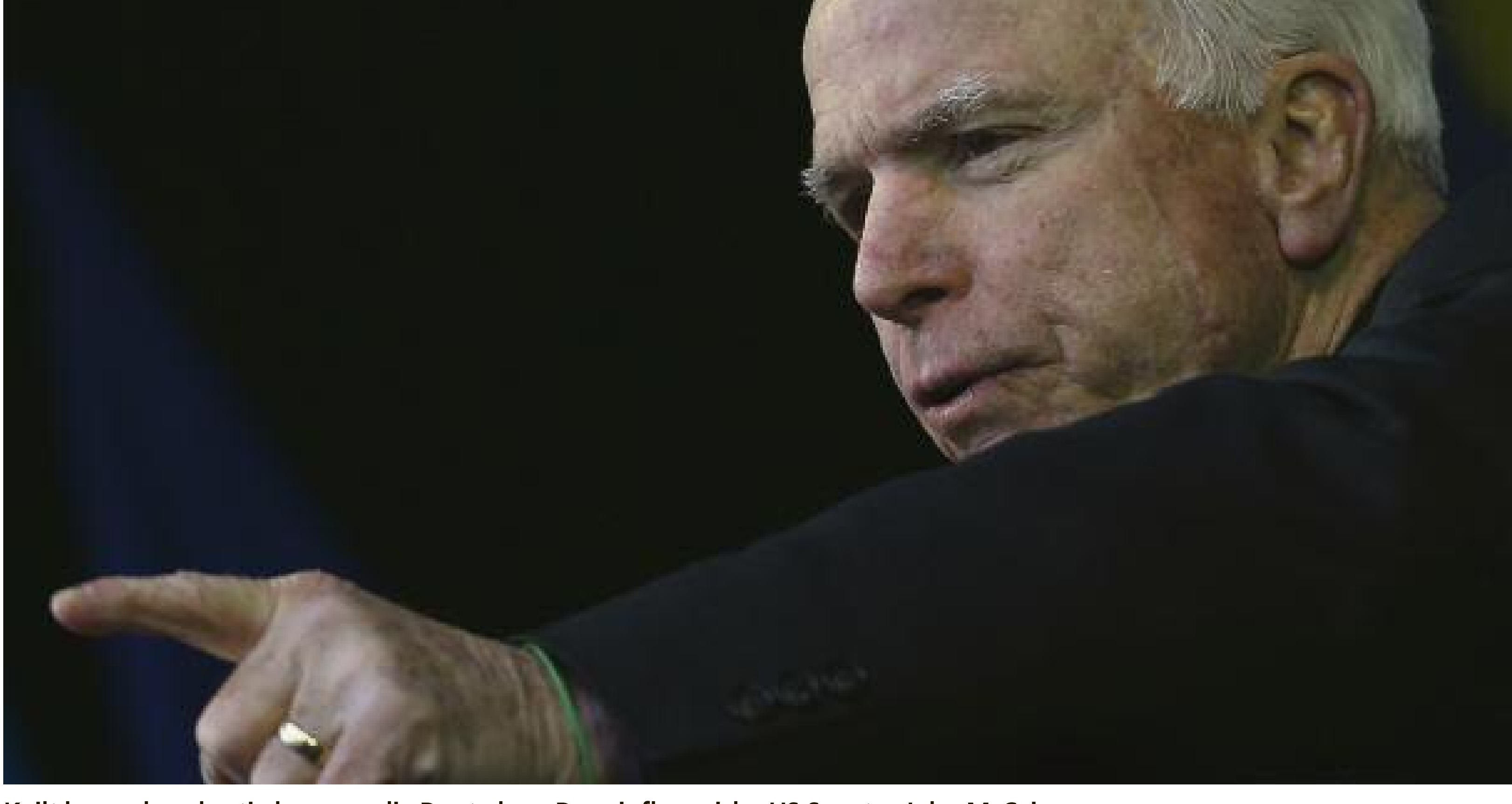
Nr. 12 – 21. März 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Keilt besonders drastisch gegen die Deutschen: Der einflussreiche US-Senator John McCain

Bild: action press

Berlin unter Feuer

Paradox: Deutschland steht am Pranger, weil es nationale Interessen hintan stellte

Wütende Attacken aus Washington, Beleidigungen aus Athen, Groll in Südeuropa: Der Deutsche ist wieder der Buhmann.

Berlin liegt wegen seiner Außenpolitik unter schwerem internationalen Feuer. Wie groß der Verdruss ist, zeigten die wütenden Anfeindungen des einflussreichen US-Senators John McCain gegen Außenminister Steinmeier während dessen Washington-Besuchs vergangene Woche. Dabei ging McCain auch Kanzlerin Merkel hart an.

Dem Republikaner geht es gegen den Strich, dass Deutschland im Ukraine-Krieg nicht auf Konfrontation mit Russland setzt, die in einen großen europäischen Krieg münden könnte, sondern gerade wegen dieser Gefahr auf eine friedliche Einigung. Auch missfällt ihm, dass Berlin im Iran-Atomstreit auf einen friedlichen Kompromiss zielt. McCain ist nicht irgendwer, 2008 wäre er mit 46 Prozent der Stimmen beinahe US-Präsident geworden und weiß immer noch viele mächtige Freunde hinter sich.

Aus Athen lassen die Angriffe und Beleidigungen ebenso wenig nach. Der Groll auf Deutschland ist dabei auch in anderen südlichen Euro-Ländern nach wie vor erheblich. Hier sind es die vorsichtigen Versuche Deutschlands, den Euro nicht völlig in den Verfall zur Weichwährung treiben zu lassen, die den Ärger auslösen.

> Die explosive Saat eigensüchtiger Nachbarn geht auf

Das Paradoxe an der Situation ist, dass Deutschland vor allem dadurch in die Rolle des Buhmanns geraten ist, dass es jahrelang seine nationalen Interessen vermeintlich übergeordneten Belangen hintan gestellt hat: Es hat mit seiner harten Währung das größte Opfer aller Länder gebracht, um Europa per Einheitswährung angeblich einiger und wohlhabender zu machen. Antreiber war hier vor allem Frankreich. Nun aber, da das Gegenteil eingetreten ist, sollen die Deutschen daran schuld sein.

Berlin hat die auf Konfrontation abzielende amerikanische Russland- und Ostpolitik gestützt, weil es angeblich um die Verbreitung „westlicher Werte" ging. In Wahrheit wollen die Scharfmacher in Washington Europa erneut spalten und in Unruhe versetzen, um ihre Rolle als „Schutz- und Ordnungsmacht" wieder auszubauen, die in einem friedlichen, einigen Europa niemand nachfragen würde.

Nun kann Berlin gar nicht mehr anders, als in beiden Fällen auf die Bremse zu treten, um eine Katastrophe zu verhindern. Es wäre klüger gewesen, wenn Deutschland von vornherein seine nationalen Ziele stärker vertreten hätte, statt sein Gewicht eigensüchtigen Flankenmächten zur Verfügung zu stellen, deren explosive Saat nun aufzugehen droht.

Hier zeigt sich, dass die Vertretung deutscher nationaler Interessen als starke, ausgleichende Macht der europäischen Mitte keinesfalls im Gegensatz steht zur viel beschworenen „internationalen Verantwortung" unseres Landes. Das Gegenteil ist wahr: Ein selbstbewusstes, auf das eigene Wohl bedachtes Deutschland hätte die genannten Konflikte gar nicht erst aufkeimen lassen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Bitte keine Farce

Die Berliner können aufatmen, denn der Kelch einer Bewerbung für die Olympischen Spiele ist an ihnen vorübergegangen. Das war zu erwarten, denn nicht nur die Begeisterung der Hauptstädter für das Projekt war äußerst verhalten, sondern auch das Engagement der politisch Verantwortlichen. Und das hat einen handfesten politischen Grund. Denn im kommenden Jahr sind Abgeordnetenhauswahlen und die absehbare Niederlage beim Olympia-Referendum im Herbst hätte für den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) ebenso wie ein persönliches Menetekel gewirkt wie für den für den Sport zuständigen Innensenator Frank Henkel von der CDU. Also haben sie lieber nur so getan als ob, statt sich wirklich für die Sache einzusetzen.

Nun also Hamburg. Hier steht die Politik zwar hinter einer Bewerbung, aber von einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung kann auch an der Elbe keine Rede sein. Die Forsa-Umfrage täuscht eine Bürgerbeteiligung lediglich vor. Von den 1,8 Millionen Hamburgern wurden gerade einmal 1500 befragt und auch davon haben sich nur 64 Prozent für die Spiele ausgesprochen. Wer bei dem Volksentscheid im Herbst eine tatsächliche Mehrheit für das Projekt gewinnen will, muss den Menschen die Möglichkeit zu einer auf Fakten basierenden Meinungsbildung geben. Dazu gehört, nicht nur die sich bietenden Chancen für Städtebau, Infrastruktur und Tourismus herauszustellen, sondern auch ehrlich zu sagen, was an Kosten auf sie zukommt, wie die Spiele ihren Alltag schon im Vorfeld beeinflussen und welche Folgen sie für den Verkehr und die Umwelt haben werden. Andernfalls wäre die deutsche Olympia-Bewerbung auf eine Farce gegründet.

»Eine Katastrophe«

Politik reagiert kontrovers auf Karlsruher »Kopftuch-Urteil«

Das „Kopftuch-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts hat kontroverse Reaktionen in der Politik ausgelöst. Während von Grünen, Linkspartei und AfD Zustimmung kam, lehnten Vertreter der Union und auch der SPD den Beschluss ab, muslimischen Lehrerinnen künftig das Tragen des Kopftuches im Grundsatz zu erlauben.

Im Jahre 2003 hatten die Verfassungsrichter das Tragen der speziellen Kopfbedeckung noch als Verstoß gegen die religiöse Neutralität verboten. Nun dagegen haben sie das Kopftuch erlaubt.

Der frühere Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky nennt das Urteil „eine Katastrophe", seine SPD-Parteifreundin Lale Akgün nennt das neue Urteil einen „Schlag ins Gesicht von uns liberalen Muslimen". Für Wolfgang Bosbach von der CDU ist das muslimische Kopftuch eine bewusste Abgrenzung zu den kulturellen Traditionen Deutschlands und habe auf dem Kopf von Lehrerinnen daher nichts zu suchen.

> »Bewusste Abgrenzung«

Die Karlsruher Richter haben in ihrem Urteil nicht allein die von den Klägern beanstandete, angebliche Privilegierung des Christentums im NRW-Schulgesetz verboten, die sie durch das Kopftuch-Verbot gegeben sahen. Ausdrücklich verwirft das Gericht auch die Privilegierung abendländischer Bildungs- und Kulturwerte an staatlichen deutschen Schulen.

Lediglich in dem Falle, dass der Schulfrieden durch eine Kopftuch tragende Lehrerin gefährdet sei, könne ein Verbot für die betroffene Schule erlassen werden. Wie diese Störung aussehen müsste, sagen die Richter nicht. Aus dieser Unsicherheit erwachse ein gewaltiges Streitpotenzial an den Schulen, warnen Lehrerverbände. Unter ihnen hat nur die linke Gewerkschaft GEW das Urteil begrüßt. *H.H.*

(Siehe Kommentar S. 8)

Bankrott in Zahlen

Griechenland hat über 318 Milliarden Euro Staatsschulden

Wie marode die griechischen Staatsfinanzen sind, geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor: Ende vergangenen Jahres beliefen sich die Staatsschulden Griechenlands auf 318 Milliarden Euro. Demnach hielten private Investoren 37 Milliarden Euro Anleihen. Das Eurosystem und nationale Zentralbanken hielten Anleihen in Höhe von rund 27 Milliarden Euro und die bilateralen Kredite aus dem ersten „Rettungspaket" betrugen rund 53 Milliarden Euro. Der sogenannte Europäische Rettungsschirm (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF) hielt griechische Anleihen für rund 142 Milliarden Euro. Vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden Papiere im Wert von rund 23 Milliarden Euro gehalten, 21 Milliarden Euro von weiteren Gläubigern.

> 245 Milliarden von »Rettungspaketen«

Griechenland muss in diesem Jahr an den IWF 8,71 Milliarden Euro Tilgungen leisten und an das Eurosystem 6,68 Milliarden Euro. Über Zahlungsverpflichtungen Griechenlands gegenüber dem Privatsektor hat die Bundesregierung nach eigenen Angaben keine detaillierten Informationen.

Wie sie weiter mitteilt, hat Griechenland für einen Kredit der staatlichen KfW-Bankengruppe von 2010 bis 2014 rund 360 Millionen Euro Zinsen bezahlt, die von der KfW an den Bund abgeführt wurden. Für die kommenden Jahre erwartet die Bundesregierung aber nur noch Zinszahlungen in Höhe von rund 20 Millionen Euro jährlich.

Im Rahmen des ersten „Rettungspakets" hat Griechenland knapp 53 Milliarden Euro aus dem Eurosystem und weitere 20 Milliarden Euro vom IWF erhalten. Vom zweiten „Rettungspaket", dessen Mittel zum größten Teil bereits ausgezahlt wurden, entfallen 144,6 Milliarden Euro auf die EFSF und 28 Milliarden Euro auf den IWF. *J.H.*

MELDUNGEN

Rekordergebnis bei Kirchensteuer

Berlin – Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben im vergangenen Jahr zusammen knapp 10,9 Milliarden Euro an Kirchensteuern kassiert und damit einen Einnahmerekord erzielt. Dabei entfielen laut der Deutschen Bischofskonferenz 5,68 Milliarden Euro auf die rund 24 Millionen Mitglieder zählende katholische Kirche, was einem Zuwachs gegenüber 2013 von 4,24 Prozent entspricht. Die andere christliche Konfession mit 23 Millionen Mitgliedern bekam nach Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland 5,2 Milliarden Euro, was einem Plus von 4,8 Prozent entspricht. Als Gründe für die erneut gestiegenen Kirchensteuereinnahmen gelten die günstige wirtschaftliche Entwicklung und die hohe Zahl von regulär erwerbstätigen Kirchenmitgliedern. *J.H.*

Immer weniger Freiwillige

Berlin – Die Zahl der Dienstantritte für den Bundesfreiwilligendienst ist im Jahr 2014 um mehr als 25 Prozent zurückgegangen. Bei älteren Bewerbern gab es sogar einen Rückgang von 51 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Bundesfreiwilligendienst hat eine Regeldauer von zwölf Monaten, kann aber auf bis zu 24 Monate verlängert werden. Während es 2013 noch 9547 Verlängerungen gab, waren es im vergangenen Jahr nur noch gut 2000 – ein Rückgang um 87 Prozent. Seit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes 2011 haben sich fast 160000 Männer und Frauen beteiligt und sich in einem sozialen Projekt engagiert. Die Bundesregierung stellt dafür jährlich 167 Millionen Euro bereit. Letztes Jahr reichte dieser Betrag jedoch nicht aus, so dass der Bundestag zusätzliche elf Millionen Euro freigegeben hat. Dieser Betrag wird dem Haushalt 2015 vermutlich nicht zur Verfügung gestellt, so dass mit einem weiteren Rückgang der Zahlen zu rechnen ist. *U.M.*

Polizei stoppt Koranverteilung

Wiesbaden – Die Bürger der hessischen Landeshauptstadt reagieren jedes Mal höchst positiv, wenn die Polizei gegen die dortigen Salafisten vorgeht und deren Propaganda-Aktionen unterbindet. Unter dem Schlagwort „Lies" verteilen die Islamisten in vielen Städten kostenlos Korane und versuchen zum Teil sehr aggressiv, neue Anhänger zu rekrutieren. Während ihre Aktionen anderswo weitgehend geduldet werden – so jüngst mitten in der Hamburger Innenstadt –, geht man in Wiesbaden, soweit es die Gesetze zulassen, dagegen vor. Handhabe bietet der Begriff der „Belästigung", der sehr streng ausgelegt wird. „Alle Möglichkeiten werden ausgeschöpft, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor Belästigungen in der Fußgängerzone zu schützen", so Ordnungsdezernent Oliver Franz. Wer sich belästigt fühle, könne unter der Rufnummer (0611) 313333 die Leitstelle der Stadtpolizei verständigen. Dann werden die Streifen eingreifen – und das müssen sie meist mit viel Nachdruck tun. „Offenbar versuchen hier einige Leute zu testen, wie weit sie gehen können", sagte Stadtrat Franz. „Doch diese Spielchen werden wir nicht dulden, Regeln gelten für alle. Auch für Koranverteiler." *FH*

»Sie lasen uns immer wieder die Leviten«

Ehemaliger Ministerpräsident der Ukraine beschuldigt die USA, den Umsturz in Kiew inszeniert zu haben

Unter den vielen Stimmen, die sich zum Jahrestag des Putsches in Kiew erhoben, ist eine fast völlig untergegangen. Das ist sehr bedauerlich, denn es war die Stimme eines Berufenen, des ehemaligen, von März 2010 bis Januar 2014 amtierenden ukrainischen Ministerpräsidenten Nikolai Asarow. Er wirft den USA vor, den Umsturz inszeniert zu haben, eine Sache, die mittlerweile sogar US-Präsident Barack Obama in einem BBC-Interview eingestanden hat.



Unabhängiger Geist, Zeitzeuge und berufener Mahner: Nikolai Asarow, hier 2010 beim Wirtschaftsforum in Wien Bild: imago

Asarow, der heute im russischen Exil lebt, weil Kiew wegen des Vorwurfs der Unterschlagung öffentlicher Gelder einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hat, bezeichnet die Hauptakteure auf dem Kiewer Majdan schlichtweg als „Marionetten". „Das Entscheidungs-Zentrum lag in der US-Botschaft", sagt Asarow. „Auch die wichtigsten Fädenzieher waren nicht auf dem Majdan. Dort waren nur Strohpuppen ohne Macht und realen Einfluss." Zumindest vorübergehend gab es da allerdings eine Ausnahme, als nämlich eine US-Staatssekretärin unter den Demonstranten Kekse verteilte. Als zwischen dem legitimen Präsidenten Viktor Janukowitsch und den Demonstranten, um den Ausdruck „Aufständische" zu vermeiden, noch verhandelt wurde, sei der heutige Kiewer Regierungschef Arsenij Jazenjuk „jeden Tag bei der amerikanischen Botschaft vorbeigekommen und hat Anweisungen geholt".

Asarow bestätigt auch den Anlass, um dessentwillen Janukowitsch gestürzt worden ist: Er hatte einen Nato-Beitritt der Ukraine abgelehnt. „Dieser Kurs gefiel den USA und einigen ihrer EU-Partner nicht. Sie lasen uns immer wieder die Leviten." Dasselbe galt für das geplante Assoziierungsabkommen mit der EU. Asarow nennt die Bedenken seiner Regierung: „Wir hatten vor enormen wirtschaftlichen Verlusten gewarnt, sollte das Abkommen unüberlegt unterschrieben werden. Die EU-Spitze begann, uns unter kolossalen Druck zu setzen, damit wir unsere Zweifel zurückstellten und das Abkommen trotzdem unterzeichneten." Und dann die entscheidende Drohung: „Man suchte nach einem Vorwand, um unsere Regierung zu stürzen. Uns wurde gesagt: Wenn ihr das Abkommen nicht unterschreibt, wird eine andere Regierung es unterschreiben."

> Es ging um den Nato-Beitritt und das Abkommen mit der EU

Ähnlich sieht diese Zusammenhänge der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. Seit die USA sich in die Angelegenheiten europäischer Länder nicht nur einmischten, sondern sich daran sogar aktiv beteiligten, sei eine neue Ära angebrochen: „Die USA wollen uns in einen Konflikt einbeziehen, der sich für uns als schlecht erweisen wird."

In Kiew scheint indes die Neigung, Spitzenpolitiker zu verjagen, nach wie vor zu bestehen. Als Präsident Petro Poroschenko zu den jüngsten Gesprächen in Minsk weilte, beschloss in Kiew das Parlament ein Gesetz, wonach es erleichtert wird, den Präsidenten des Amtes zu entheben. Nicht zuletzt mit seiner Unterschrift unter das Minsker Abkommen hatte sich Poroschenko bei der extremen Rechten in der Ukraine unbeliebt gemacht. Schon hat die neuerdings von den USA trainierte Nationalgarde zum Sturz Poroschenkos aufgerufen, und der Anführer des Rechten Sektors, Dimitri Jarosch, sagte zum Abkommen von Minsk, weder werde er eine solche Regelung anerkennen noch diese einhalten.

> »Jazenjuk hat jeden Tag Anweisungen von der US-Botschaft erhalten«

Mittelfristig scheinen sich aber andere und weitaus größere Probleme abzuzeichnen. Der ukrainische Politologe Rostislaw Ischtschenko, Präsident des ukrainischen Zentrums für Analysen und Prognosen, erklärte nach einem hochrangigen Experten-Gespräch in seinem Institut, dass die selbstständige staatliche Existenz der Ukraine insgesamt infrage stehe. Mehr noch: „Jetzt geht es nicht um die Erhaltung eines einheitlichen Staates, sondern darum, an wen die eigene Souveränität abgetreten werden soll." Oder das, was davon noch übrig ist. *Florian Stumfall*

Assyrern droht neuer Genozid

Selbstverteidigung an der Seite der Kurden – Türkei verwehrt Rückkehr in ursprüngliche Heimat

Im Tal des Khabur in Nordostsyrien, der Heimat der aus der Türkei stammenden Hakkari-Assyrer, sind hunderte von Christen in die Gefangenschaft der Terrororganisation Islamischer Staat geraten. Bei dieser größten Geiselnahme seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges droht den Assyrern zum 100. Jahrestag ihres Genozids in der Türkei ein zweiter Genozid, diesmal in Syrien.

Anders als im Libanon durften die Christen in Syrien unter dem Assad-Regime keine politischen Parteien gründen, die ihre Interessen hätten vertreten können. Ihre geistlichen Führer, die die Christen auch politisch vertreten haben, lehnten lange eine Bewaffnung, auch zum Zwecke der Selbstverteidigung, weitgehend ab, obwohl syrische Christen in den Reihen der syrischen Regierungsarmee ihren Wehrdienst geleistet haben und noch leisten. Lange Zeit war sogar der syrische Verteidigungsminister traditionell ein Christ, bis Ende Juli 2012 der letzte christliche Verteidigungsminister Daud Radschha bei einem Attentat ums Leben kam.

Die syrischen Christen fühlten sich von dem syrischen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Alewiten (Schiiten) nicht betroffen. Als der syrische Bürgerkrieg auch die Siedlungsgebiete der Christen erreichte, taten einige Christen das gleiche wie ihre kurdischen, turkmenischen oder drusischen Nachbarn und bildeten Selbstschutzeinheiten. Erstmals geschah dies in der bis heute umkämpften Stadt Aleppo, wo es diesen zeitweise gelungen war, Rebellen aus den großen Christenvierteln Jdeideh und Aziziyeh zurückzudrängen beziehungsweise sie an einer Besetzung dieser Viertel zu hindern. Unter diesen Milizen waren besonders viele armenische Christen, Überlebende des Genozids in der Türkei, die in Aleppo einen Großteil der Christen stellen.

Im Jahre 2013 haben sich auch Teile der 300000 assyrischen Christen der Dschazira im Nordosten Syriens, die von den islamistischen Gruppen wie al-Nusrah und Islamischer Staat bedrängt werden, mit kurdischer Hilfe bewaffnet und den Sicherheitsdienst Sutoro (aramäisch „Schutz") gegründet, um christliche Viertel und Dörfer zu schützen.

Die Sutoro wurde von Anfang an von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten YGP trainiert. Mit der Zeit wurde Sutoro der militärische Arm der assyrisch-demokratischen Einheitspartei SUP, die 2005 von Eshow Gourige im Untergrund gegründet worden war.

Die Miliz hat ihr Hauptquartier im Viertel Wusta der Stadt Qamischli. Unter den Kurden, einem zwar muslimischen Volk, jedoch ebenfalls seit Jahrhunderten von türkischen und arabischen Herrschern unterdrückt, haben die Christen viele Schicksalsgenossen. Mit den Kurden hatten die Assyrer zumindest in Syrien seit Jahrzehnten friedlich zusammengelebt, beide Bevölkerungsgruppen flohen in den 1920er Jahren aus der Türkei.



Endstation Grenze: Assyrer werden abgewiesen Foto: Getty Images

Der Nordosten Syriens IST seit 2013 eine kurdisch-christliche Exklave, die vom Rest Syriens durch das von den Dschihadisten eroberte Gebiet, das von der türkischen bis zur irakischen Grenze reicht, getrennt ist. Unterstützt werden die Assyrer vor allem aus ihren Diasporagemeinden in Europa und den USA. Aus der Schweiz sind sogar einige Assyrer als Militärberater nach Syrien gegangen, unter anderem ein Kommandeur, Johann Cosar, die ihre Landsleute bei der Verteidigung ihres Wohngebiets unterstützen.

Am Morgen des 23. Februar begann der bislang schwerste Einsatz der kurdischen und assyrischen Selbstverteidigungseinheiten in Nordostsyrien. Nachdem diese gemeinsam begonnen hatten, den ältesten Stützpunkt des IS in der Region, Tall Hamis, ein von Arabern bewohnter Ort im Südosten von Hassake, zurückzuerobern, begann der IS einen Entlastungsangriff auf das nördlich gelegene Khabur-Tal mit 35 christlichen Dörfern. Da viele der Selbstverteidigungskräfte fehlten, gelang es den Dschihadisten, mit der Hilfe benachbarter arabischer Dorfbewohner etwa ein Drittel der assyrischen Dörfer im Handstreich zu erobern und hunderte vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen als Geiseln zu nehmen. Es handelt sich dabei um die größte Geiselnahme seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges vor vier Jahren, mit seinen oft wechselnden Fronten und Allianzen.

Da die Kurden bei der Rückeroberung von Tall Hamis auch viele Dschihadisten gefangen genommen haben, hofft man von christlicher Seite auf einen Gefangenaustausch, bereitet sich jedoch auch schon auf das Schlimmste vor. Die Uno, Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der die Assyrer 1933 nach einer 20-jährigen Odyssee durch viele Länder des Nahen Ostens im Khabur-Tal angesiedelt hatte, schweigt bislang zu der neuerlichen Vertreibung. Als ein Teil der assyrischen Flüchtlinge in ihrer Verzweiflung die Grenze zur nahegelegenen Türkei überqueren wollte, immerhin ihre ursprüngliche Heimat, wurden sie von den türkischen Behörden daran gehindert. In Anatolien hatten schon Assyrer gelebt, als die Vorfahren der heutigen Türken noch in Zentralasien lebten. *Bodo Bost*

(siehe auch Seite 9)

Junckers Griff nach der Euro-Macht

Zur Schwächung der deutschen Bundeskanzlerin paktiert die EU-Kommission mit Linkspolitikern

Bereits im Vorfeld zur Europawahl hatte Jean-Claude Juncker herausgestellt, dass die EU-Kommission die Rolle des wirtschaftspolitischen Hauptakteurs zurückerhalten müsse. Da Deutschland den größten Anteil an der Euro-Rettungspolitik seit 2010 trägt, war der deutschen Regierungschefin diese Rolle zugewachsen. Nun versucht Junckers Kommission, den Einfluss der Kanzlerin mit Hilfe linker Gegner ihrer Sparpolitik wieder zurückzudrängen.



Stärkt Tsipras den Rücken: Jean-Claude Juncker (r.) hat wie Griechenlands Regierungschef etwas an der Troika auszusetzen Bild: pa

In Berlin aufgestoßen sind insbesondere Junckers Vermittlungsversuche zwischen Athen und Berlin, als es um die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland ging. Da es sich um Kredite der Euro-Länder für Athen handelt, steht der EU-Kommission offiziell in der Angelegenheit überhaupt kein Mandat zu. Was Juncker als ein Vermittlungsangebot verstanden wissen will, kommt nicht nur aus deutscher Sicht faktisch einer Parteinahme für die in Athen regierende Koalition aus Links- und Rechtspopulisten gleich. So lobte ein Sprecher Junckers einen griechischen Entwurf zur Verlängerung des Kreditprogramms als „positives Signal“, während Finanzminister Wolfgang Schäuble das Papier in scharfem Ton zurückweisen ließ.

Ins Bild passt, was von Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem berichtet wurde. Ihm zufolge haben Vertreter der EU-Kommission dem griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis Formulierungshilfe bei einzelnen Briefen an die Euro-Finanzminister geleistet. Dazu passt auch die Kritik, die Juncker inzwischen an der internationalen Gläubiger-Troika in Griechenland übt. „Man hat wirklich gegen die Würde der Völker verstoßen, gerade in Griechenland“, so Juncker, der damit der griechischen Regierung mit ihrer Anti-Troika-Rhetorik den Rücken stärkt.

Doch Griechenland ist nicht das einzige klassische Weichwährungsland mit einer linken Regierung, dem Juncker und seine Kommission entgegenkommen. So hat Frankreich inzwischen sogar bis zum Jahr 2017 Zeit bekommen, sein Haushaltsdefizit in den Griff zu kriegen. Der EU-Fiskalpakt, ein wichtiges Projekt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, scheint gescheitert.

Während gegenüber Defizitsündern wie Frankreich großzügig verfahren wird, wird Deutschland von Brüssel ins Visier genommen. Bereits im Februar hat die EU-Kommission Deutschland wegen des großen Handelsbilanzüberschusses und der niedrigen Investitionsquote kritisiert und ein laufendes „Ungleichgewichte-Verfahren“ gegen Berlin verschärft. Als treibende Kraft gilt dabei der Wirtschafts- und Währungskommissar Pierre Moscovici. Während der französische Sozialist in den vergangenen Wochen viel Verständnis für das Haushaltsgebaren der Regierung in Paris gezeigt hat, wurde Deutschland von

> Ist Jörg Asmussen Schäuble in den Rücken gefallen?

ihm in die Gruppe jener Länder eingestuft, deren Ungleichgewichte angeblich gefährlich sind und eine Beobachtung wie „entschiedene“ Aktionen erfordern.

Trifft ein Bericht der „Sächsischen Zeitung“ zu, dann hat Griechenlands Regierung noch von ganz anderer Seite Unterstützung erhalten, nämlich aus dem deutschen Lager. Bereits im Februar soll es im Vorfeld eines Treffens von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit seinem griechischen Amtskollegen ein Geheimtreffen des Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium Jörg Asmussen mit Griechenlands Finanzminister Varoufakis gegeben haben. Unter Berufung auf Schäuble, der selbst vor dem erweiterten Fraktionsvorstand der CDU/CSU die Angelegenheit erwähnt habe, heißt es weiter, Asmussen habe Varoufakis Ratschläge für den Umgang mit dem Bundesfinanzminister gegeben, so die „Sächsischen Zeitung“. Konkret soll Asmussen dem Griechen unter anderem empfohlen haben, Schäuble Komplimente zu machen, um diesen in Sachen EU-Finanzhilfen milde zu stimmen. Die Reaktion des deutschen Finanzministers scheint leicht ironisch gewesen zu sein. So soll Schäuble entgegnet haben, er sollst sei voller Hochachtung, wenn er mit dem griechischen Finanzminister einen leibhaftigen Wirtschaftsprofessor vor sich habe. Der Vorgang könnte den Bundesfinanzminister menschlich enttäuscht haben. Nach dem Wechsel von der Großen zur schwarz-gelben Koalition im Jahre 2009 hatte Schäuble als neuer Finanzminister an dem nicht unumstrittenen sozialdemokratischen Staatssekretär aus der Steinbrück-Ära festgehalten. *Normann Hanert*

MELDUNGEN

Zehntausende Illegale erwischt

Berlin – Bei Feststellungen unerlaubter Einreise durch die Bundespolizei war im Jahr 2014 Syrien mit 14029 Fällen Hauptherkunftsland vor Eritrea mit 7945, Afghanistan mit 3756, dem Kosovo mit 2946 und der Türkei mit 1377 Fällen. An letzter Stelle liegt Nigeria mit 1030 unerlaubten Einreisen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Danach war Syrien auch bei Feststellungen eines unerlaubten Aufenthalts im vergangenen Jahr mit 3744 Fällen Hauptherkunftsland, gefolgt von Eritrea mit 3008, der Türkei mit 1523, Marokko mit 1133 und Afghanistan mit 1089 Fällen. In dieser Kategorie bildet Algerien mit 701 Fällen das Schlusslicht. *U.M.*

»Thor Steinar«-Mode verboten

Hannover – Das Amtsgericht Hannover hat dem Modegeschäft Tønsberg den Verkauf von Bekleidung der Marke „Thor Steinar“ untersagt. Andernfalls drohen bis zu 250000 Euro Strafe oder sechs Monate Haft. Zur Begründung verwiesen die Richter auf den Bundesgerichtshof, der die Bekleidung „aufgrund ihres Zusammenhangs mit einer rechtsradikalen Gesinnung“ als bedenklich einstufe. Deswegen habe die Eigentümergemeinschaft des Gebäudes, in dem sich das Ladengeschäft befindet, Anspruch darauf, dass dort keine Kleidung dieser Marke angeboten wird. Da es immer wieder zu Demonstrationen und Farbbeutelattacken auf den Laden komme, liege eine Störung der Eigentumsrechte vor. Gemeint sind hier wohlgemerkt nicht Aktionen des Ladenbetreibers, sondern von „gegen Rechts“-Aktivisten, die ihn vertreiben wollen. Zudem muss der Betreiber Plexiglasscheiben, die er als Schutz vor den Schaufenstern angebracht hat, entfernen, da sie eine ungenehmigte bauliche Veränderung darstellten. *J.H.*

Zugpferd Kretschmann

Grüne setzen für die Landtagswahl in Stuttgart auf den 66-Jährigen

Schon ein Jahr vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg scheint klar, dass im „Ländle“ eine Vorentscheidung für die Bundestagswahl im Herbst 2016 fallen könnte. Besteht Winfried Kretschmann, erster grüner Ministerpräsident der Republik, die Bewährungsprobe, könnte ein Bündnis mit der SPD neue Anhänger gewinnen. Die Sozialdemokraten mit Wirtschaftsminister Nils Schmid an der Spitze planen selbst den Angriff auf den Chefsessel, um sich Schwung für die anstehenden Wahlkämpfe zu holen.

Die CDU, die den konservativen Juristen Guido Wolf ins Rennen schicken wird, hofft auf eine Trendwende in den Ländern. In den Meinungsumfragen liegen die Christdemokraten stabil bei über 40 Prozent und kommen in die Nähe von SPD und Grünen die jeweils zwischen 20 und 22 Prozent liegen. Wer am Ende in die Stuttgarter Staatskanzlei einziehen wird, dürfte entscheidend davon abhängen, wie die kleinen bürgerlichen Parteien abschneiden werden. Die FDP, die 2011 in ihrem Stammland auf 5,3 Prozent zusammenschrumpfte, lag nach den letzten Umfragen knapp unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) kann derzeit mit fünf Prozent auf einen Einzug hoffen. Bei der Europawahl 2014 erzielte die Partei in Baden-Württemberg ein Ergebnis von knapp acht Prozent. Sollte die FDP scheitern, die AfD jedoch einziehen, bliebe der Union lediglich der Gang in die Große Koalition. Ein Bündnis mit den Politik-Neulingen wird von den Strategen im Konrad-Adenauer-Haus vehement ausgeschlossen.

„Wenn wir erst mal drin sind, wird man mit uns reden müssen. Ich glaube nicht, dass die CDU ausgerechnet in ihrer Hochburg Lust auf weitere fünf Jahre Opposition hat“, sagt hingegen AfD-Landeschef Bernd Kölmel. Der Europaabgeordnete zählt zu den Gefolgsleuten von Bundessprecher Bernd Lucke. Es wird erwartet, dass Kölmel, ein Vertreter des linken Flügels, auch die Spitzenkandidatur anstreben wird. Innerhalb des Verbands ist der Jurist nicht unumstritten, der rechte Parteiflügel, der sich im „Musterländle“ betont christlich-konservativ positioniert, stellt rund ein Drittel der Mitglieder.

> Vorentscheid für die Bundestagswahl im folgenden Jahr

Unterdessen buhlt die CDU unverhohlen um AfD-Sympathisanten. „Diese Mogelpackung“ sei „alles, nur keine Alternative. Wir müssen die Menschen warnen, damit sie nicht auf diese Leute hereinfallen“, sagt CDU-Spitzenkandidat Wolf. Der 54-Jährige hatte sich im vergangenen Herbst in einer Kampfkandidatur gegen den Landesvorsitzenden, Bundesvize und Schwiegersohn Wolfgang Schäubles, Thomas Strobl, durchgesetzt. In Parteikreisen wird dies als Affront gegen die von Kanzlerin Angela Merkel betriebene Sozialdemokratisierung der Partei gewertet, steht Wolf doch für einen dezidiert konservativen Kurs.

Für einen konservativen Kandidaten sprach in der CDU, dass Ministerpräsident Kretschmann gerade im konservativen Milieu hohe Zustimmung erfährt. Die Diskrepanz zwischen den hohen Zustimmungswerten für den Ministerpräsidenten und den vergleichbar geringen Werten für die Grünen, möchte die CDU nutzen.

Ob der Popularität ihres Frontmannes setzt die Öko-Partei ganz auf ihn. „Alle wissen: Wer Ministerpräsident Kretschmann weiter will, der muss grün wählen“, warb der 66-Jährige jüngst optimistisch für seine Partei. *Peter Entinger*

Zu Gast beim Präsidenten

LO-Vorstandsmitglied Hans-Joerg Froese überreicht Buch an Gauck

Bundespräsident Joachim Gauck hat Hans-Jörg Froese, Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und Präsident der Prussia, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V., im Schloss Bellevue empfangen. Dabei hat Froese dem Staatsoberhaupt ein Buch über die Kurische Nehrung überreicht.



Foto: HJF

Interessierter Bundespräsident: Joachim Gauck und Hans-Jörg Froese

Der von der Prussia-Gesellschaft herausgegebene Band mit dem Titel „Die Kurische Nehrung – Melancholie einer Landschaft“ präsentiert eine Auswahl von Bildern der Potsdamer Fotografin Monika Schulz-Fieguth, die mit literarischen Texten verknüpft sind, deren Verfasser einen Bezug zu dieser besonderen Landschaft haben, unter ihnen auch einige litauische Dichter. Als Landschaft hat die Kurische Nehrung jahrhundertelang zu Preußen gehört. Die ursprüngliche Welt mit Dünenlandschaften, Fischerfamilien, Keitelkähnen und Holzhäusern lebt nicht nur in der Erinnerung, sondern sie lässt sich auch heute noch mit dem Auge der Künstlerin fotografisch einfangen. Bilder und Texte vermitteln einen Eindruck von der Schwermut einer überwältigenden Landschaft und der Vergänglichkeit einer versunkenen Kultur, erzählen aber auch von der Einsamkeit und Hinfälligkeit des menschlichen Daseins.

Anlass für die Buchübergabe war ein „Literarischer Abend“ zu Ehren des vor 50 Jahren verstorbenen Dichters Johannes Bobrowski im Amtssitz des Bundespräsidenten. Bobrowski, im Jahre 1917 in Tilsit geboren, lebte ab 1949 in Ost-Berlin. Im Jahre 1961 veröffentlichte er seinen ersten Gedichtband mit dem Titel „Sarmatische Zeit“. Dieses und auch seine folgenden Bücher erschienen sowohl in der DDR wie der Bundesrepublik. Bobrowski stand in Kontakt zur Westberliner Literaturszene und zur Gruppe 47. Seine Texte, für die er mehrfach ausgezeichnet wurde, wurden in über 35 Sprachen übersetzt. *J.H.*

Zeitzeugen



René Pleven – Er hat seinem Land in vielen hohen Ämtern gedient, aber in die Geschichte eingegangen ist er als Schöpfer des nach ihm benannten „Pleven-Plans“. Weil er sich als französischer Ministerpräsident dem Druck der USA und Großbritanniens nach einem westdeutschen Wehrbeitrag nicht entziehen konnte, schlug er eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft vor, um eigene deutsche Streitkräfte zu verhindern.

Guy Verhofstadt – Der belgische Ministerpräsident tritt hauptsächlich aus finanziellen Gründen für eine EU-Armee ein: „Eine europäische Armee aus 100 000 Soldaten würde die europäische Verteidigungsbereitschaft deutlich verbessern und die Nato stärken. Zudem würde eine EU-Armee Kosten sparen, weil die ineffiziente Aufteilung der Union in nationale Verteidigungsmärkte endlich überwunden würde.“



Guido Westerwelle – Als Bundesaußenminister verhinderte der FDP-Politiker 2011 mit einer Stimmenthaltung eine deutsche Beteiligung am Libyen-Einsatz der Nato. Wäre dieser im Rahmen einer EU-Armee erfolgt, hätte er möglicherweise zugestimmt, hatte er doch im Vorjahr bei der Münchner Sicherheitskonferenz erklärt: „Die Europäische Union muss ihrer politischen Rolle als globaler Akteur gerecht werden. Sie muss eigenständig Krisenmanagement betreiben können und sie muss rasch, flexibel und im gemeinsamen Verbund handeln können.“

Grzegorz Schetyna – Schon als Jugendlicher in der Gewerkschaft „Solidarnosc“ übte sich der heute 54-jährige Oppelner im Opponieren und hat damit bis heute Erfolg. Wegen seiner offenen Worte ist Polens Außenminister bei seinen Landsleuten sehr beliebt. Der Liberal-Konservative, der als Kritiker US-amerikanischer Politik gilt, hält nichts von einer EU-Armee. Stattdessen will er die Nato stärken, da diese der bessere „Garant für die Sicherheit Europas“ sei.



Elmar Brok – Der CDU-Politiker, seit 1980 Mitglied des EU-Parlaments und seit 2012 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, ist ein Befürworter von EU-Streitkräften. Im Zuge der Debatte über die Schaffung des Eurokorps sagte er auch, woher das Geld dafür kommen sollte: aus dem europäischen Haushalt, „um dieser Armee den Weg zu ebnen“.

Europa unterm Stahlhelm?

Für ein gesamteuropäisches Militär fehlt es am tatsächlichen politischen Willen

Der Vorstoß von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Schaffung gesamteuropäischer Streitkräfte dürfte schnell im Sande verlaufen. Die Hindernisse dafür gelten als unüberwindlich.

Die Abfuhr folgte auf dem Fuße und sie kam nicht wie erwartet aus London oder Paris, sondern aus Warschau: Der Vorstoß sei „eine schöne Idee“, die aber keine Chance auf praktische Umsetzung habe. „Es ist damit ein Traum“, sagte Stanislaw Korziej, Sicherheitsberater des polnischen Staatspräsidenten. Derzeit komme es für kein EU-Land infrage, seine Souveränität aufzugeben. Die Aufgabe wichtiger Hoheitsrechte ist und bleibt der größte Knackpunkt bei der Sache. Daran ist schon vor 60 Jahren die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gescheitert (siehe Kasten rechts) und zuletzt die Schaffung eines militärischen Hauptquartiers der EU. Polens Außenminister Grzegorz Schetyna nannte weitere Ablehnungsgründe: „Wo soll das Geld herkommen, um eine derartige Armee zu finanzieren? Wie werden die Kampfeinheiten funktionieren? Wer wird ihre Ausbildung sicherstellen?“ Auf diese und viele weitere Fragen hat bisher niemand eine Antwort – zumindest Juncker nicht, wie sein Sprecher einräumen musste.

Die europäische Armee ist eine Vision. Selbst wenn jetzt „deren Zeit gekommen“ sein sollte, wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU), meint, wäre sie kaum geeignet, Putin zeitnah den von Juncker beabsichtigten Eindruck zu vermitteln, „dass wir es ernst meinen“. Denn der Aufbau eines solchen Instruments eines autonomen europäischen Sicherheitspolitik ließe sich selbst bei allem politischen Willen nur langfristig umsetzen.

Zunächst einmal müsste die Politik die Menschen davon überzeugen, dass die EU allein „mit einer eigenen Armee glaubwürdig auf eine Bedrohung des Friedens reagieren“ könne, wie Juncker meint. Das dürfte schwerfallen, denn schließlich propagiert gerade die EU in der Sicherheitspolitik das Prinzip des „vernetzten Ansatzes“, also das wohldosierte Zusammenspiel von politischen, wirtschaftlichen und, in letzter Konsequenz, militärischen Mitteln. Für Letzteres aber ist eine eigene militärische Macht der EU entbehrlich, denn fast alle EU-Mitgliedstaaten gehören auch der Nato an. Wer vehement die Etablierung eigener europäischer Streitkräfte fordert, gesteht also das Versagen der EU als politischer Akteur ein. Das aber würde Juncker mit Sicherheit weit von sich weisen. Seine Argumentation ist somit in jeder Hinsicht nicht schlüssig.

Ein europäisches Verteidigungsministerium allein reicht nicht

Auch die Debatte über die Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine „Europaarmee“ dürfte sich über Jahre hinziehen. Da gibt es in allen EU-Mitgliedstaaten einen großen Regelungsbedarf, von der teilweisen Aufgabe der Haushaltshoheit über die einheitliche Wiedereinführung beziehungsweise Abschaffung der Wehrpflicht bis zur Aufgabe des Parlamentsvorbehalts bei Militäreinsätzen.

Selbst wenn alle verfassungsrechtlichen und strukturellen Hindernisse beseitigt sein sollten, hat die EU noch längst kein schlagkräftiges Militär. Denn diesem würden die unverzichtbaren Faktoren Stärke und Ausrüstung fehlen. Schon heute ist die europäische Komponente der Nato nur noch eingeschränkt handlungsfähig. Mit den systematisch kaputt gesparten, heruntergewirtschafteten und personell wie materiell auf Verschleiß gefahrenen Truppen ihrer Mitgliedstaaten könnte die EU nicht viel anfangen. Das lässt sich aber nicht einfach dadurch ändern, dass sie unter ein einheitliches Kommando gestellt werden. Wer Europa den Stahlhelm überstülpen will, muss in ihn investieren. Darüber, woher man das Geld dafür nehmen will, schweigen die Befürworter der „Europaarmee“ aus gutem Grund: Weil sie auch darauf keine Antwort wissen.

Jan Heitmann

»Europaarmee«: Schon im Ansatz gescheitert

Nette Idee, aber alles andere als neu und erfahrungsgemäß unrealistisch. So einfach lässt sich der Vorschlag von Jean-Claude Juncker zur Schaffung gesamteuropäischer Streitkräfte abtun, denn derartige Vorschläge gibt es seit über 60 Jahren, ohne dass etwas dabei herausgekommen ist.

Das bekannteste Beispiel ist das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Im Jahre 1952 schlossen die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande auf Initiative des französischen Ministerpräsidenten René Pleven einen Vertrag, der die Schaffung einer Verteidigungsgemeinschaft mit eigenen Hoheitsbefugnissen und einer europäischen Armee vorsah. Damit verfolgte vor allem Frankreich das Ziel, den von ihm beargwöhnten Aufbau eines eigenen westdeutschen Militärs zu verhindern.

Frankreichs nationales Interesse überwog

Die Streitkräfte der gleichberechtigten Mitgliedstaaten sollten eine einheitliche Rechtsstellung, Bewaffnung, Ausrüstung, Uniform und Besoldung erhalten. Der Dienst sollte auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht nach einem einheitlichen Wehrrecht erfolgen. Die Heereskräfte sollten 43 national homogene, multinationalen Korps unterstellte Divisionen umfassen. Außerdem waren eine taktische Luftwaffe und Seestreitkräfte vorgesehen. Die Verbände sollten unter die operative Planung und Führung der Nato treten. Am 9. Juni 1954 lehnte die französische Nationalversammlung den Vertrag jedoch aus nationalem Interesse ab und stellte weitgehende Änderungsforderungen. Nachdem diese von den anderen Nationen zurückgewiesen worden waren, nahm die Nationalversammlung den Beschluss über den Vertrag am 30. August 1954 von der Tagesordnung. Damit waren die EVG und mit ihr die „Europaarmee“ gescheitert. *J.H.*



Hoher Symbolwert, kaum militärische Macht: Soldaten des Eurokorps vor dem Gebäude des EU-Parlaments. Bild: Reuters

Viele Häuptlinge, kaum Indianer

Das Eurokorps ist kein Vorbild für eine gesamteuropäische Armee

Wenn von einer zukünftigen „Europaarmee“ die Rede ist, wird häufig das seit 20 Jahren bestehende Eurokorps als Blaupause dafür genannt. Dabei ist das Eurokorps trotz der auf einen Großverband mit mehreren zehntausend Soldaten hindeutenden Bezeichnung kein festgefügter Truppenkörper, sondern in erster Linie ein multinationales Hauptquartier, das aus einem Stab und Unterstützungseinheiten besteht. Hier, im französischen Straßburg, tun rund 1000 Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien und Luxemburg Dienst. Grundsätzlich steht eine Beteiligung allen Mitgliedstaaten der EU und der Nato offen, wovon Österreich und Finnland auch vorübergehend Gebrauch gemacht haben.

Um das Eurokorps der Öffentlichkeit als „Grundlage für eine effiziente Europa-Armee mit einer autonomen Führung“, so die frühere französische Verteidigungs- und Außenministerin Michèle Alliot-Marie, präsentieren zu können, haben die fünf Mitgliedstaaten 2009 den „Straßburger Vertrag“ geschlossen. Dieser regelt unter anderem „die Grundprinzipien des Korps in Bezug auf die Aufträge“, die Einzelheiten der Organisation und die Funktionsweise sowie die Rechtsstellung des Hauptquartiers. Durch den Vertrag erhält das Eurokorps eine eigene Rechtspersönlichkeit. Damit wird es ähnlich einer regionalen europäischen Institution auf französischem Boden eingestuft und unterliegt französischem Recht. Dank seiner eigenen Geschäftsfähigkeit kann es beispielsweise Verträge schließen, Vermögen erwerben und veräußern, als Arbeitgeber Personal einstellen und entlassen oder vor Gericht auftreten. Der Kommandierende General erhält seine Weisungen vom „Gemeinsamen Komitee“, einem Gremium, das sich aus den Generalstabschefs und den politischen Direktoren der Außenministerien jeder Vertragspartei oder deren Vertretern zusammensetzt.

Einsatzbewährung nur als Führungskomponente

Aufgaben des Eurokorps sind neben Einsätzen im Rahmen der UN, der Westeuropäischen Union, der Nato und der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ auch Einsätze, die von den Vertragspartnern beschlossen werden können. Dabei geht es auch um „Aufgaben im Rahmen der Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“. Dazu führt das Hauptquartier als ständig unterstellten Einsatzverband lediglich die Deutsch-Französische Brigade, zu der bei Bedarf von den Mitgliedstaaten benannte Divisionen treten. Das Eurokorps kann durch Kräfte der „assoziierten Nationen“ Polen, Griechenland, Italien und der Türkei verstärkt werden, so dass es bis zu 60 000 Soldaten führen kann.

Das alles klingt nach einem beeindruckenden Instrument einer europäischen Sicherheitspolitik. Es existiert allerdings mehr oder minder nur auf dem Papier. Und in der Einsatzpraxis bewähren musste sich das Eurokorps bisher lediglich bei der Gestellung von Führungskomponenten für die multinationalen Kräfte auf dem Balkan und in Afghanistan – was jeweils nur einige hundert Soldaten betroffen hat. *J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Länderfusion: Buga als Wegweiser

Brandenburg und Sachsen-Anhalt machen eine gemeinsame Gartenschau, die Visionen öffnet



Schon im vergangenen August waren die Vorbereitungen zur Buga 2015 weit gediehen: Rathenows Bürgermeister Ronald Seeger (r.) präsentiert dem Landtagsabgeordneten Dieter Dombrowski (l.) und Brandenburgs CDU-Landeschef Michael Schierack (M.) das Buga-Gelände in seiner Heimatstadt

Bild: pa

Während es um das Thema einer Länderfusion von Berlin und Brandenburg still geworden ist, dürfte mit der diesjährigen Bundesgartenschau bald eine andere Option ins Blickfeld rücken – ein Zusammengehen Brandenburgs mit Sachsen-Anhalt.

Die diesjährige Gartenschau, die am 18. April ihre Pforten öffnet, stellt in der 65-jährigen Buga-Geschichte eine Besonderheit dar. Erstmals werden zwei Bundesländer gemeinsam die Schau als dezentrales Projekt veranstalten. Mit den Dombauten in Brandenburg und der Hansestadt Havelberg in Sachsen-Anhalt als Endpunkten, wird es entlang der Havel insgesamt fünf Buga-Standorte geben. Für Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gibt es gute Gründe für dieses Konzept: Die Havelregion sei „eine geschlossene Kulturlandschaft, die man auch nur als Ganzheit präsentieren kann“.

Einigen Zeitgenossen stellt sich da die Frage, warum dies nur für die Bundesgartenschau gelten soll. Die Altmark im nördlichen Teil des heutigen Sachsen-Anhalt gehörte lange Zeit zu Brandenburg-Preußen. Sehr eng ist ebenso die Verbindung Anhalts mit der preußischen Geschichte. Auch sind Überlegungen, die beiden Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt zusammenzulegen, nicht gänzlich neu.

Noch als Landrat hatte sich etwa Brandenburgs jetziger Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) im Jahr 2000 für die Schaffung eines großen Nord-Ost-Bundeslandes ausgesprochen. Ob die damals vorgeschlagene Mega-Fusion von Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bei den notwendigen Volksabstimmungen jemals Mehrheiten fände, ist allerdings fraglich.

Ein Vorschlag, den der Publizist Gustav Seibt gemacht hat, dürfte da schon mehr Erfolgsaussichten haben. Der studierte Historiker hatte angeregt, über eine Aufteilung des Landes Sachsen-Anhalt nachzudenken. Man müsse sich fragen, wie notwendig eine Landesregierung dieses Umfangs mit allem Drum und Dran für nur 2,3 Millionen Menschen sei, die auf einem Gebiet leben, das historisch so zusammenhängend nie bestanden habe, so Seibt im Jahr 2013. Ein Bundesland Mitteldeutschland, gebildet aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sei wiederum ein „unhistorisches Gebilde“.

> Länderfusion wäre auch historisch tief verwurzelt

Und tatsächlich: Als sich Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff vor zwei Jahren dafür offen zeigte, sein Land mit Sachsen und Thüringen zusammenzulegen, handelte er sich von seinen Amtskollegen aus Dresden und Erfurt Absagen ein. An der ablehnenden Haltung dürfte sich zwischenzeitlich nichts geändert haben. Vor allem die Sachsen haben ein so starkes regionales Eigenbewusstsein, wie es in Deutschland sonst nur in Bayern anzutreffen ist.

Auf der anderen Seite bleibt die berechtigte Frage, ob das Kunstgebilde Sachsen-Anhalt aus eigener Steuerkraft langfristig überhaupt bestehen kann. Eine mögliche Lösung vor diesem Hintergrund: eine teilweise Fusion Sachsen-Anhalts mit Brandenburg, oder aber ein Zusammengehen einzelner südlicher Gebiete mit benachbarten Bundesländern, so die vom Publizisten Gustav Seibt vorgestellte Idee.

Aus Sicht der Bevölkerung könnte vor allem die letztgenannte Variante interessant sein. Für Halle an der Saale oder die Harzregion liegt es auf der Hand, sich eher nach Leipzig oder Erfurt zu orientieren. Für Magdeburg oder die Altmark liegen wiederum die Städte Brandenburg und Potsdam quasi vor der Tür.

Auch für Brandenburg hätte ein Zusammengehen mit Sachsen-Anhalts Mitte und Norden einigen Charme. Während bei dem Fusionsprojekt mit Berlin unterschwellig oft die Befürchtung mitschwang, von der Millionenmetropole „untergebuttert“ zu werden, wäre ein Zusammengehen mit Sachsen-Anhalt eine Länderehe auf Augenhöhe. Vergleichbar sind nicht nur die Bevölkerungszahlen, sondern auch die Interessen und Probleme als Flächenstaaten.

Bisher ist Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff mit seiner Idee einer Länderfusion dennoch nicht auf viel Gegenliebe gestoßen. Das mag aber vor allem an der Auswahl der angepeilten Partner gelegen haben.

Haseloff zeigte sich in einem Interview vor zwei Jahren offen, sein Bundesland mit anderen zusammenzulegen. Allerdings traf seine Wahl auf Sachsen und Thüringen, nicht auf den natürlichen Partner Brandenburg. Seine Amtskollegen in Dresden und Erfurt blockten erwartungsgemäß ab. „Ich sehe keine Notwendigkeit, die drei Länder zu fusionieren“, so Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich damals. Eine Fusion ginge „auf Kosten der Regionalität, die die Sachsen, die Thüringer und die Sachsen-Anhalter seit 1990 wiedergewonnen haben“. Auch die damalige Thüringer Regierungschefin Christine Lieberknecht (CDU) konnte der Idee nichts abgewinnen. „Eine Länderfusion Thüringens mit seinen Nachbarländern halte ich für falsch, Kooperationen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung aber sind richtig und notwendig“, so Lieberknecht damals.

An der Haltung dürfte sich zwischenzeitlich nichts grundlegend geändert haben. Also wäre die Buga ein Anlass für Magdeburg, über etwaige Fusionen ganz neu nachzudenken.

Norman Hanert

Das Interview

Von Vera Lengsfeld

Eines der schönsten Gebäude Unter den Linden ist das Zeughaus. Man sieht ihm heute nicht mehr an, dass es eine ähnliche Baugeschichte hat wie der Berliner Flughafen. Der Bau verschliss so viele Baumeister, dass der Einsturz einer Säule im Ostteil nicht dem Versagen eines Bestimmten zugeordnet werden konnte.

Selbst Andreas Schlüter legte Hand an, hinterließ als Architekt aber kaum Spuren, da er hauptsächlich die Entwürfe von Johann Arnold Nehring ausführte. Dafür sind seine Skulpturen sterbender Krieger, die den Zweiten Weltkrieg fast unbeschadet überstanden haben, die bedeutendsten künstlerischen Elemente am Bau.

Im Zeughauskino, einem Treffpunkt für die Liebhaber historischer Filme, gab es Anfang der Woche eine ungewöhnliche Premiere. Gezeigt wurde „Helmut Kohl – das Interview“, ein Film von Stephan Lamby und Michael Rust. Das Werk entstand an vier Tagen im Frühjahr und Herbst 2003 im Privathaus von Kohl in Oggersheim. Der Altkanzler äußert sich hier offen zu allen ihm gestellten Fragen, über seine politische Laufbahn, seine Machtkämpfe, seine politischen Freunde und Gegner, seine politischen Triumphe, aber auch seine Fehler.

Insgesamt sind es sechs Stunden Film, von denen 90 Minuten gezeigt wurden. Kohl kommt unkommentiert zu Wort. 90 Minuten ist nur sein Gesicht zu sehen. Es ist keine Maske, wie man sie von Politikern gewohnt ist, sondern der Mensch Kohl, dessen größte politische Leistung darin bestand, weltpolitische Entscheidungen auf einer menschlichen Ebene zu verhandeln.

Es gelang ihm, den Vereinigungsgegnern, allen voran Mitterand und Thatcher, auf sehr persönliche Art die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen. Zu den dramatischsten Momenten des Interviews gehört seine Schilderung des Mauerfalls. Kohl war auf Staatsbesuch in Warschau, als er die Nachricht erhielt. Er musste seinen polnischen Gastgebern klar machen, dass sein Platz nun in Berlin sei.

Am Abend stand Kohl mit Willy Brandt und anderen Politikern auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses, vor dem sich hauptsächlich die linken Vereinigungsgegner versammelt hatten. Während sich der Rest der Stadt in einem Freudentaumel befand, herrschte hier der blanke Hass, der durch Pfeifkonzerte, Johlen und Parolen den Fernsehteams der Welt ein Zerrbild der Stimmung in Berlin vermittelte.

Unterdessen versuchten die Noch-Machthaber in der DDR, Gorbatschow zu überzeugen, mittels sowjetischer Panzer die Grenzöffnung rückgängig zu machen.

Die Welt stand einen Tag lang am Abgrund – und niemand hat es bemerkt.

(Sendetermine ab 25. März in ARD, Phönix, Tagesschau24 und online auf dbate)

Drogenhauptstadt Berlin

Aufsehenerregender Prozess erhellt das Ausmaß des Problems

Der mutmaßlich größte Berliner Drogenprozess der vergangenen Jahrzehnte wird seit Kurzem im Hochsicherheitssaal des Kriminalgerichts Moabit verhandelt. Vor Gericht stehen vier Männer im Alter zwischen 22 und 61 Jahren, denen die Staatsanwaltschaft vorwirft, mit Chemikalien zur Herstellung synthetischer Drogen gehandelt zu haben. Laut Anklage hätte das Material zur Produktion von grob geschätzt drei Millionen Ecstasy-Pillen und anderen synthetischen Drogen gereicht, die im Straßenverkauf mehrere Millionen Euro eingebracht hätten.

Das Ausmaß des Falls wirft ein Schlaglicht auf die „Drogenhauptstadt Berlin“: Christopher R. sorgte bereits als gewaltbereiter Fußballfan weltweit für Schlagzeilen. Er war beteiligt, als der französische Polizist Daniel Nivel während der WM 1998 zum Schwerstbehinderten geprügelt wurde. Bisher ist R. glimpflich davongekommen. Für den Anschlag erhielt er lediglich dreieinhalb Jahre. Kurz darauf stand er als Ecstasy-Dealer erneut vor Gericht, so dass die Strafe auf fünf Jahre erhöht wurde. Laut Staatsanwaltschaft wandte sich R. nach seiner Haftentlassung 2003 gleich wieder der kriminellen Taten zu. Im nun verhandelten Fall droht ihm eine Haftstrafe von maximal 15 Jahren. Die vier Angeklagten sollen von 2012 bis 2014 mit bis zu 870 Kilo Amphetaminen gehandelt haben.

> Rohstoff aus Böhmen, Labore in Holland, Verkauf an der Spree

Die offenbar perfekt organisierte Bande agierte international und arbeitsteilig. So sollen zwei der Angeklagten in Tschechien zentnerweise Chemikalien für die Herstellung der Drogen beschafft haben. Zunächst in Berlin zwischengelagert, wurde das Ausgangsmaterial nach Erkenntnissen der gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift (GER) des Berliner Landeskriminalamt und des Zolls in die Niederlande verbracht. Dort soll in bestens ausgestatteten illegalen Laboren die Herstellung der Drogen erfolgt sein. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft haben die vier im Gegenzug für die Lieferung des Rohmaterials an die Labore große Mengen von Drogen erhalten.

Die aus Amphetaminen hergestellten „Designerdrogen“ spielen in Berlin oft eine Rolle bei schwersten Gewalttaten. Erst vor Kurzem war der sogenannte „Messerstecher vom Alexanderplatz“ wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von knapp acht Jahren verurteilt worden. Als er sein 30 Jahre altes Opfer niederstach, soll der Täter unter der Wirkung einer hohen Dosis von Amphetaminen gestanden haben.

N.H.

Neuer BER-Schock

Mehdorn zum Abschied: Alles noch teurer!

Der Chef des Berliner Flughafenbauprojekts BER hat seinen Posten verlassen. „Ich habe nicht hingeworfen, ich lege nieder“, betont Hartmut Mehdorn. Vor der Übergabe an seinen umstrittenen Nachfolger Karsten Mühlenfeld legt der einstige Bahnmanager offen, der Flughafen koste mehr, als der 2014 genehmigte Gesamtrahmen von 5,4 Milliarden Euro hergebe. „Das sind Nettokosten“, sagt Mehdorn.

> Selbst 5,4 Milliarden sollen nicht reichen

Er warnt schon seit Monaten, dem Flughafenbau gehe das Geld aus. Im Spätsommer könnte daher die Baustelle stillstehen. Neu ist, dass es inzwischen nicht mehr um 1,1 Milliarden Euro geht, eine vom Bund und dem Land Berlin prinzipiell schon eingeplante Summe, die Mehdorn zur Fertigstellung einforderte. Ein noch höherer Bedarf, wie Mehdorn ihn jetzt ankündigt, sprengt selbst diesen Plan. Ganz anders hatte Mehdorn im Berliner Abgeordnetenhaus noch versichert: „Wir sind uns sehr sicher, dass wir mit den 5,4 Milliarden Euro auskommen werden.“ Wann er erkannte, dass die Kosten erneut den Rahmen sprengen, sagt er nicht.

Für den Ernst der Lage spricht, dass der Aufsichtsrat des Hauptstadtflughafens ebenfalls am Freitag in Berlin zusammenkam, nicht nur um Mehdorn zu verabschieden. Auf der Tagesordnung stand der aktuelle Fortschritt des Projekts und dessen Finanzierung. Denn wie Berlin und der Bund auch nur die 1,1 Milliarden Euro aufbringen sollen, ist noch nicht geklärt. Ein weiteres teures Krisenthema ist die Frage einer späteren Erweiterung des Flughafens. Mehdorn forderte bis zuletzt: „Erweiterung jetzt planen – zulassen“.

SV

Wieder gegen Garnisonkirche

Die Partei „Die Linke“ und ihr früheres Zentralorgan „Neues Deutschland“ haben Anfang März eine neue Kampagne gegen den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche gestartet. Anlass ist ein Rundschreiben des Vorsitzenden der Fördergemeinschaft für den Wiederaufbau, Burkhard Franck, welches offenbar durch ein Mitglied des Vereins dem „Neuen Deutschland“ zugespielt wurde. Dort heißt es angeblich: „Wir werden in dem Bürgerdialog unsere unveränderte Absicht begründen, die Garnisonkirche in ihrer historischen äußeren Architektur wiederaufzubauen ... Wir hoffen, dass der Bürgerdialog nicht im Sinne derjenigen verläuft, die wiederholt den Bombenangriff auf Potsdam begrüßten.“ Der örtliche Vorsitzende der Linkspartei, Sascha Krämer, findet das anstößig: „Um zu einem klaren Meinungsbild zu diesem politisch brisanten Vorhaben zu kommen, muss der Ort neu gedacht werden und zwar ohne Festhalten an gegenwärtigen Positionen.“

H.L.

MELDUNGEN

Moskau tritt aus KSE-Vertrag aus

Moskau – Russland ist vollständig aus dem KSE-Vertrag über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa ausgestiegen. Mit dem 1992 zwischen den Nato-Mitgliedern und den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts geschlossenen Abkommen soll das militärische Gleichgewicht gesichert werden, indem Obergrenzen beispielsweise für die Zahl der Panzer, Kampfhubschrauber und Flugzeuge eingehalten werden. Allerdings hat Russland die Umsetzung des Abkommens bereits 2007 ausgesetzt, da es sich von den westlichen Vertragspartnern getäuscht fühlte. Ob sich Moskau auch aus den Gesprächen über die Kontrolle konventioneller Waffen in Europa zurückzieht, ist noch unklar. *J.H.*

Island verzichtet auf EU-Beitritt

Reykjavik – Island hat seine Kandidatur für eine EU-Mitgliedschaft offiziell zurückgezogen. „Den Interessen Islands ist außerhalb der Europäischen Union besser gedient“, erklärte dazu das isländische Außenministerium. Es bestehe auch nicht die Absicht, die ohnehin schon seit längerer Zeit ausgesetzten Beitrittsverhandlungen wieder aufzunehmen. Damit folgt die Mitte-Rechts-Regierung einer nach der Parlamentswahl 2013 gemachten Ankündigung. Island gehört seit 1994 zum Europäischen Wirtschafts- und seit 2000 zum Schengen-Raum. Im Juli 2009 stellte das Land den Antrag auf EU-Mitgliedschaft, nachdem sich das isländische Parlament auf Wunsch der damaligen Regierung dafür ausgesprochen hatte. Die erste Beitrittskonferenz fand im Sommer 2011 statt. Der Schritt der jetzigen Regierung ist nicht unumstritten, da sich in der Bevölkerung eine Mehrheit für einen EU-Beitritt abzeichnet. *U.M.*

Vom Herrgott verlassen

3035 Menschen warten in den USA auf ihre Hinrichtung – Nur: Wie führt man sie durch?

Anderswo pochen die USA gerne auf die Einhaltung der Menschenrechte. Daheim zählen derlei humane Werte für den Weltpolizisten weniger. Besonders barbarisch: der derzeitige Umgang mit der Todesstrafe.

Immerhin: Kelly Renee Gissendaner hat jetzt die Möglichkeit, eine bessere Wahl für ihre Henkersmahlzeit zu treffen. Zum 2. März hatte sich die 46-jährige Frau, die 1997 ihren Liebhaber anstiftete, den eigenen Ehemann zu töten, einen Salat, zwei Cheeseburger und eine doppelte Portion Pommes gewünscht. Ob ihr das frugale Mahl tatsächlich vorgesetzt wurde, ist unbekannt. Die Hinrichtung per Giftspritze fand nicht statt. Es gab Probleme mit der todbringenden Arznei. Das Medikament habe ungewöhnlich trüb ausgesehen. Man habe „aus Sicherheitsgründen“ entschieden, mit der für Montag geplanten Hinrichtung nicht fortzufahren, erklärte eine Sprecherin der Gefängnisverwaltung von Georgia.

Der Vorfall im Staatsgefängnis von Georgias Hauptstadt Atlanta überrascht wenig. Missratene Hinrichtungen sind in den USA kein Einzelfall. Besonderes Entsetzen löste im Juli vergangenen Jahres der Todeskampf von Joseph Rudolf Wood in Arizona aus. Auch für ihn lag eine Giftspritze bereit. Diese Tötungsart wird seit 1982 in USA am häufigsten praktiziert. Verabreicht werden drei Substanzen: ein Betäubungsmittel, ein Medikament, das die Muskeln und die Atmung lähmt und eines, das letztendlich den Herzstillstand erzeugt.

Der Tod aus der Nadel gilt in den USA als moderne und humane Hinrichtungsform – nicht so allerdings bei Wood. Die anwesenden Journalisten berichteten von einem zweistündigen Martyrium, in dem der Delinquent verzweifelt nach Luft rang. Ähnliche Qualtötungen waren bereits wenige Wochen zuvor in Oklahoma und Ohio vorausgegangen.

„God's Own Country“ scheint derzeit von Herrgott völlig verlassen zu sein, wenn es darum geht, die Todesstrafe zu vollstrecken. Natürlich sind die Vorgänge in den USA nicht mit den barbarischen Tötungen zu vergleichen, wie sie die Schlächter des Islamischen Staates vor laufenden Kameras in Syrien und dem Irak praktizieren. Dennoch entwickelt der unbeholfene Umgang mit dem staatlich verordneten Tod eine eigene Form von Grausamkeit, die der „Führungsmacht der westlichen Wertegemeinschaft“ kaum ansteht, wie Kritiker bemängeln. Wenn auch unfreiwillig, erinnert die in letzter Minute abgeblasene Hinrichtung Kelly Gissendaners beispielsweise fatal an die Foltermethode der Scheinhinrichtungen, die in vielen Unrechtsregimen praktiziert wird.

Schuld ist eine Mischung aus wirtschaftlichem Vorteilsdenken, Desinteresse und Bürokratie. – Aber eigentlich sind – wie sollte es anders sein – natürlich wieder

> Kein Pentobarbital von der dänischen Firma Lundbeck

einmal die Europäer schuld. Weil die Europäische Union bereits 2009 die Ausfuhr des Betäubungsmittels Thiopental in die USA verbot, ging den dortigen Vollstreckungsbehörden das erste der drei Präparate des Giftcocktails aus. Als Ersatz bezogen die Amerikaner das Narkosemittel Pentobarbital von der dänischen Firma Lundbeck. Seitdem auch diese Firma nicht mehr liefert, experimentieren die Amerikaner mit anderen Giftmischungen. Die dortige Pharma-Industrie hält sich dabei zurück. Weil insgesamt nur geringe Mengen benötigt werden, rentiert es sich für keinen US-Hersteller, diese Mittel selbst herzustellen. Die Neuzulassung wäre extrem teuer und lohnt nicht für ein Arzneimittel, das nur in vergleichsweise seltenen Fällen – derzeit warten 3035 Menschen in den USA auf ihre Hinrichtung – benötigt wird. Ein gewaltiges Imageproblem gäbe es dazu. Keine Firma möchte sich einen Namen als Lieferant eines Tötungsmittels machen. So setzt man in vielen Bundesstaaten wieder auf andere Hinrichtungsmethoden: Im US-Staat Utah entschloss man sich, die Todesstrafe durch Erschießen wiedereinzuführen. In Alabama stimmte das Unterhaus kürzlich für die Wiedereinführung des elektrischen Stuhls. In Louisiana und Oklahoma ist die Gaskammer als Alternative im Gespräch.

Ein neuer Termin für die Vollstreckung des Todesurteils an Kelly Renee Gissendaner in Arizona steht unterdessen noch nicht fest. In jedem Fall wird die Verurteilte zumindest mit göttlichem Beistand dahinscheiden. Sie ist in den 18 Jahren ihrer Haft religiös geworden und hat Theologie studiert. *Frank Horns*



Todeszelle im Huntsville-Gefängnis in Texas: Dem festgeschnallten Häftling wird eine Giftspritze in die Armvene injiziert Bild: pa

Minister ratlos

De Maizière scheitert bei der Begrenzung der Asylbewerberzahlen

Eine Rekordzahl von Asylbewerbern könnte im Laufe dieses Jahres auf Europa zukommen. Wie der Chef der EU-Grenzbehörde Frontex, Fabrice Leggeri, berichtet, ist damit zu rechnen, dass „zwischen 500000 und einer Million Migranten bereit sind, Libyen zu verlassen“. Nach Ansicht Leggeris, der erst im Januar sein Amt übernommen hat, muss sich die EU auf eine noch schwierigere Situation einstellen als im vergangenen Jahr. Trotz schlechter Wetterbedingungen sind seit Jahresanfang bereits fast 9000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gekommen.

Zumindest aus eigener Kraft scheint die EU-Grenzagentur des Problems der illegalen Einwanderung nicht Herr werden zu können. Laut Frontex wurden 2014 rund 278000 illegale Grenzübertritte festgestellt. Dies sind nach Angaben der EU-Kommission 155 Prozent mehr als 2013 und doppelt so viele wie 2011. Die Agentur habe einfach nicht die Mittel und das Personal, um mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen zurechtzukommen, so die Warnung von Leggeri. Selbst mit mehr Unterstützung der EU-Staaten könne seine Behörde das „enorme Problem“ nicht allein stemmen, so die Warnung des neuen Frontex-Chefs.

Vor allem der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hat beim letzten Treffen der EU-Innenminister Druck gemacht, dass endlich Lösungen für die steigenden Asylbewerberzahlen gefunden werden. Er fordert ein gemeinsames Asylsystem, das über Quoten für jedes Land die Belastungen gerechter als bisher verteilt, sowie die Einrichtung von Aufnahmezentren in Afrika, in denen Asylanträge bereits vor der

> EU-Grenzbehörde Frontex ist laut ihrem Chef überfordert

Einreise in die EU geprüfte werden können.

Beide Vorhaben des deutschen Ministers dürften nur eine geringe Chance haben, schnell umgesetzt zu werden. So fand der immer wieder von Deutschland vorgetragene Wunsch, Asylbewerber nach einer Quote auf die EU-Staaten zu verteilen, bislang kaum Gehör. Daran dürfte sich auch künftig nicht viel ändern, denn die Länder, die wie Deutschland, Schweden und die Niederlande gemessen an der eigenen Bevölkerungszahl sehr viele Asylbewerber aufnehmen, sind in der Minderheit gegenüber jenen, die mit der Ungleichverteilung recht gut fahren.

Auch für die von de Maizière geforderten Asylzentren in Nordafrika stehen die Chancen schlecht. Solche Zentren müssten sinnigerweise unter anderem in Libyen errichtet werden, da das Land seit dem Regime-Wechsel ein Haupteinfallstor für illegale Einwanderung nach Europa ist. Die Sicherheitslage in dem Land lässt die Einrichtung derartiger Zentren derzeit aber kaum zu. Und eine Besserung der Lage ist nicht in Sicht. Effektiv funktionieren könnte das Projekt Asylzentren ohnehin nur, wenn beispielsweise sichergestellt wäre, dass bis zur Arbeitsaufnahme der Asylzentren die Schließung der Schlupflöcher für illegale Einwanderung gelungen ist.

Die vom Chef der EU-Grenzbehörde Frontex gegebene Zustandsbeschreibung wirft Zweifel auf, dass das mit den bisherigen Mitteln gelingen könnte. Sollte eine effektive Grenzsicherung hingegen nicht erreichbar sein, wäre die Einrichtung von Asylzentren in Nordafrika nur nutzlose Symbolpolitik und neben der illegalen Einwanderung ein zusätzlicher Weg, an die Fleischtöpfe Europas zu gelangen. *Norman Hanert*

Chinas KP in der Krise

Mit Repression und Führerkult gegen wachsende Probleme

Es war eine Meldung, die Außenpolitiker aufhorchen ließ. David Shambaugh, Professor der George-Washington-Universität, hatte in einem Beitrag für das „Wall Street Journal“ erklärt, das Ende der kommunistischen Herrschaft in China sei viel weiter fortgeschritten, als viele denken. Und dieses Ende werde keinesfalls friedlich ablaufen, schrieb der Asien-Experte, dem gute Drähte zu den Mächtigen im Reich der Mitte nachgesagt werden.

Und so richteten sich die Augen der Weltöffentlichkeit auf den Volkskongress, der am vergangenen Wochenende in Peking stattfand. Am Ende lief die Versammlung, die offiziell höchste staatliche Aufgaben wahrnimmt, de facto aber eine von der Kommunistischen Partei organisierte Jubel-Demonstration ist, völlig unspektakulär ab. Dennoch wollen ausländische Beobachter mächtiges Knirschen im System wahrgenommen haben. Zum einen musste die Parteiführung einräumen, dass die wirtschaftliche Entwicklung besorgniserregend ist. Derzeit wird ein Wachstum von noch maximal sieben Prozent vorhergesagt. Dies wäre der schlechteste Wert der vergangenen 20 Jahren. Zum anderen hat das Regime die Militärausgaben mächtig angehoben, offenkundig ein Zeichen, dass der Staat Stärke demonstrieren will.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping vor zwei Jahren verfolgt die Regierung ihre Kritiker mit immer schärferen Mitteln, Zensur und Überwachung sind immer noch stark ausgeprägt. Seit Monaten betreibt die Partei einen Führerkult um Xi Jinping, der frappierend an die Propaganda um den „großen Lotsen“ Mao Zedong erinnert. Es gibt Postkartenserien, Lieder und Gedichte, die dem „neuen Kaiser“ gewidmet werden,

> Die wirtschaftliche Entwicklung ist besorgniserregend

aber Experte Shambaugh glaubt: „Der Kaiser ist bereits nackt.“

Die Drecksarbeit übernimmt dabei Xis Handlanger, Premierminister Li Keqiang, der einen scharfen Kurs gegen Korruption in den Staatsbetrieben ankündigte. „Es ist nicht wie Nägel schneiden, sondern als ob man mit dem Messer im eigenen Fleisch operiert“, erklärte der Premier, der Marktkräften größere Chancen einräumen will.

Seit Beginn ihrer Amtszeit hat das Führungs-Duo rund eine Viertelmillion Strafverfahren gegen korrupte Staatsbeamte eingeleitet. Li erklärte am vergangenen Sonntag, „dass mächtige Interessengruppen über die Reformen nicht glücklich sein werden“. Innerhalb des Regimes ist von einer Flucht des Kapitals die Rede. Die wirtschaftliche Elite verlasse das Land, heißt es. Einer Studie zufolge seien fast 65 Prozent der chinesischen Millionäre und Milliardäre schon emigriert oder planten dies. Mit vorsichtigen wirtschaftlichen Reformen, aber einer Straffung des innenpolitischen Machtapparats soll der Unmut eingedämmt werden. Als bislang höchster chinesischer Politiker wird der einst mächtige Sicherheitschef Zhou Yongkang bald wegen Korruption vor Gericht gestellt werden. Das ehemalige Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros – dem höchstem Machtgremium in China – wurde den Justizbehörden übergeben. Bislang galten amtierende und ehemalige Mitglieder als unantastbar für die Justizbehörden. Zhou gilt als enger Vertrauter von Ex-Minister Bo Xilai, der seit 2013 eine lebenslange Haftstrafe absitzt. Beide gelten als kommunistische Betonköpfe und sollen einen Putsch vorbereitet haben. Beweise dafür gibt es freilich keine. *Peter Entinger*

Auch China leidet unter dem Majdan

Laut russischem Blog sollte der Regime-Wechsel ganz bewusst Pekings Beziehungen zu Kiew torpedieren

Neben Russland gehört China zu den Leidtragenden des Machtwechsels in der Ukraine. Man muss nicht so weit gehen, hierin ein Motiv für die Inszenierung des Majdan zu sehen, doch ist es für gewisse Kreise zumindest eine willkommene Nebenerscheinung.

Bis zum Regime-Wechsel betrieb das Reich der Mitte in der Ukraine wie in Zentralasien und anderen Teilen der Welt auch Landerwerb in gigantischem Ausmaße. Monate vor dem Majdan hatte China langfristig den Erwerb von fünf Prozent (drei Millionen Hektar) des ukrainischen Territoriums für Weizenanbau und Schweinezucht anvisiert, das heißt auf einer Fläche so groß wie Belgien. Zunächst hatte ein chinesischer Konzern im September 2013 ein Areal von 100 000 Hektar in der Nähe von Dnjepropetrowsk geleast.

Außerdem tätigte China Investitionen im Energiesektor sowie im Industrie-, Eisenbahn- und Straßenbau. Nach einer Wirtschaftsoffensive in Mittelasien mit russischer Duldung dehnte es diese entlang der Seidenstraße bis in die Ukraine aus, um seinen Bedarf an Nahrungsmitteln, Energie und Bodenschätzen zu befriedigen. Angesichts der Krise in der Ukraine und deren Konflikt mit Russland ist die Volksrepublik zurückhaltender geworden.

Zum Jubiläum des Majdan vertrat der russische Blog „Fortruss“ am 10. Februar die provokante These, der Majdan sei unter anderem inszeniert worden, um die Ukraine von China zu lösen. Der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch habe das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zwei Wochen vor der Unterzeichnung gekippt, da China ihm massive Investitionen in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar angeboten habe, gegen die sich das EU-Abkommen mit seiner Zusage für 600 Millionen Euro geradezu mickrig ausgenommen habe. Janukowitsch hatte das EU-Angebot denn auch als „demütigend“ bezeichnet. 160 Milliarden Euro benötige sein Land, um sich innerhalb der nächsten Jahre dem EU-Standard anzunähern, so der ukrainische Staatschef am 28. November 2013.

Wenige Tage später unterzeichnete Janukowitsch bei einem Besuch in China zusammen mit Staatschef Xi Jinping mehr als 24 Verträge zur Vertiefung der strategischen Partnerschaft und Investitionen im Finanz-, Industrie- und Energiesektor im Umfang von über 30 Milliarden Dollar. 18 Milliarden Dollar an Krediten und Investitionen sollte es schon 2014 geben. Dagegen nahm sich das EU-Abkommen mit seinem weitaus geringeren Kreditangebot und einer vagen Beitrittsoption bescheiden aus.

Laut Blog waren auch auf der Krim weitreichende Investitionen geplant, der gemeinsame Aufbau einer wirtschaftlichen Sonderzone, ein Tiefwasserhafen auf Chinas Kosten sowie ein neuer Flughafen, Werften, Ölraffinerien, ein Erdgas-Terminal, Bildungsstätten, Wohnungen sowie Strand- und Erholungsgebiete. Höhepunkte waren gemeinsame Anstrengungen zum Bau einer Fabrik für synthetisches Gas und Investitionen in die ukrainische Kohleindustrie, von der das rohstoffhungrige China ebenfalls profitieren kann.

> China winkte der Ukraine mit mehr Geld als die EU

Das von China im September 2014 angekündigte Seidenstraßen-Projekt, in dem die Länder Mittelasiens, des Kaukasus und die Ukraine als Tor zu Europa einbezogen wurden, war nach Einschätzung von Kristina Rus, Chefredakteurin von „Fortruss“, „nicht nur für die Ukraine interessanter als das Abkommen mit der EU, sondern auch für die Chinesen vielversprechender als die von Wladimir Putin vorgeschlagene Eurasische Wirtschaftsunion“. Die chinesische Wirtschaftsoffensive erfolgte mit Duldung Russlands, zumal Putin selbst bei seinem Besuch in Peking im Mai 2014 mit der Vereinbarung einer umfassenden Energiekooperation mit China mit „gutem“ Beispiel vorangegangen war.

Rus meint weiter, dass mit dem Majdan eine nicht nur russland-, sondern auch chinafreundliche Regierung beseitigt worden sei. China habe wegen des Regime-Wechsels und des darauf folgenden Krieges und auch aus Rücksicht auf Russland fortan darauf verzichtet, in großem Stile in der Ukraine zu investieren, ein Umstand, der die USA und die westlichen Länder begünstigt habe.

Hinzu komme, dass China seit Dezember 2014 den Hafen von Odessa nicht mehr anfahre. „Die Ukraine ist als Transitland zu unsicher, korrupt und intransparent“, heiße es als Begründung. Außerdem habe China die Ukraine vor dem Schiedsgerichtshof in London verklagt, weil für 2014 versprochene und bereits bezahlte Getreidelieferungen im Wert von 1,5 Milliarden Dollar nicht erfolgt seien. Ukrainische Geschäftsleute lieferten nur einen Bruchteil des Getreides und verhökerten den Rest anderweitig, so der Blog.

China unterstützte denn auch Russlands Einverleibung der Krim, und nach Putins China-Besuch im Mai 2014 nahm nun Russland die Verhandlungen über den geplanten Hafen wieder auf. Auch will China sich am Bau der strategisch wichtigen Brücke über die Meerenge von Kertsch beteiligen, welche die Krim mit dem russischen Festland verbindet und den Transportweg zwischen China und Europa um mehrere tausend Kilometer verkürzt. Mit ihrer Sanktionspolitik gegenüber Russland verfolgten die USA das größere Ziel, China zu schwächen, so die Einschätzung von Kristina Rus.

Inzwischen scheint aber auch die neue Führung in Kiew trotz aller US-Nähe den Wert Chinas als Investor entdeckt zu haben. Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius rief auf einer Konferenz am 25. Februar 2015 mit dem Titel „Doing Business in China“ die Firmen seines Landes auf, den Handel mit China wieder anzukurbeln. Immerhin bestehe, wie Energieminister Ihor Didenko mitteilte, eine erfolgreiche Kooperation mit China im Energiesektor. Die China Development Bank und Ukraines Konzern „Naftogaz“ haben ein Kreditabkommen über 3.6 Milliarden Dollar für Gas- und Kohleprojekte geschlossen.

Hans-Joachim Hoppe



Verstanden sich in den Augen der USA möglicherweise zu gut: Viktor Janukowitsch und sein damaliger Amtskollege Xi Jinping bei seinem Staatsbesuch in China vergangenes Jahr Bild: pa

MELDUNGEN

Kein Schutz für Bausparer

Berlin – Die Einführung einer gesetzlichen Kündigungsklausel zum Schutz von Bausparern steht für die Bundesregierung „nicht zur Debatte“. Hintergrund ist die Praxis der Bausparkassen, Verträge, bei denen die Bausparsumme vollständig angespart wurde, zu kündigen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beobachtet zudem die Kündigung von zuteilungsreifen, aber noch nicht übersparten Bausparverträgen, bei denen die Sparer noch kein Darlehen geltend gemacht haben. Das Vorgehen der Bausparkassen verlangt nach Ansicht der Regierung keine gesetzgeberische, sondern eine zivilrechtliche Würdigung durch die Gerichte. *J.H.*

Gutes Geschäft für Versicherer

Berlin – Die deutsche Versicherungsbranche hat ihre Beitragseinnahmen im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent auf über 192 Milliarden Euro gesteigert. Dabei legten die Lebensversicherer um 3,1 Prozent auf 93,7 Milliarden Euro zu. Die privaten Krankenversicherungen verbuchten bei einem Plus von 0,7 Prozent Einnahmen in Höhe von über 36 Milliarden. Bei der Schaden- und Unfallversicherung legten die Einnahmen um 3,2 Prozent auf 62,5 Milliarden Euro zu. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.048.795.248.319 €
Vorwoche: 2.048.691.616.789 €

Verschuldung pro Kopf:
25.366 €
Vorwoche: 25.365 €

(Dienstag, 17. März 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Unerwartete Kritik

Britische Parlamentarier äußern Skepsis gegenüber TTIP

Ungeachtet der „special relationship“ (besondere Beziehung) Großbritanniens zu seiner Ex-Kolonie wird in einem Bericht, den das Environmental Audit Committee (EAC) des britischen Unterhauses unlängst veröffentlicht hat, sehr offen vor der Gefahr einer Absenkung europäischer Standards im Umwelt- und Lebensmittelrecht durch das geplante Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) mit den USA gewarnt. „Mehr transatlantischer Handel und Investitionen können für Großbritannien nützlich sein, aber wir müssen die Verhandlungen sorgfältig beobachten, um sicherzustellen, dass nicht bei den Regeln eingegriffen wird, die Lebensmittel und Umwelt schützen“, so Joan Walley (Labour), die Vorsitzende des Komitees.

Konkret geprüft hatten die Abgeordneten unter anderem mögliche Auswirkungen von TTIP auf Regelungen zum Einsatz von Chemikalien und Pestiziden in der Landwirtschaft sowie zu genveränderten Lebensmitteln. Tatsächlich scheint die Furcht vor einer Aufweichung europäischer Standards nicht unbegründet zu sein. Laut einem Bericht des Center for International Environmental Law (CIEL) verbindet Europas chemische Industrie mit TTIP die Hoffnung auf eine Übernahme des US-amerikanische System der Risikoeinstufung durch Europa. Laut dem Zentrum für Umweltrecht würde das bedeuten, dass künftig der Einsatz von mehr als 80 Pestiziden erlaubt wäre, die bisher in der EU verboten sind.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund jahrhundertealter Parlamentserfahrung warnen die Abgeordneten im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen noch vor einer ganz grundlegenden Gefahr. Den Staaten samt ihrer Parlamente drohe eine politische Entmachtung. So wird in dem vorgelegten Bericht ganz explizit gefordert, die EU-Staaten sollten sich nicht das Recht nehmen lassen, gesetzliche Regelungen zu erlassen. Zwar sichere das Freihandelsabkommen den Vertragspartnern ein Recht auf Gesetzgebung zu, die umstrittenen Schiedsgerichte für Investoren würden derartige Versprechen in der Realität aber bedeutungslos machen. Befürchtet wird, dass Konzerne Entscheidungen der Politik zum Anlass für Schadensersatzforderungen nehmen und Abgeordnete wie Regierungen es deshalb vorziehen würden, im Zweifelsfall lieber keine politischen Entscheidungen zu treffen, um eben diesen Schadensersatzforderungen von Investoren von vornherein aus dem Weg zu gehen.

> Gleich drei Gefahren werden vom EAC aufgezeigt

Gewarnt wird aber auch noch vor einer dritten Gefahr. Innerhalb der geplanten Freihandelszone drohe ein Unterbietungswettlauf zwischen den Staaten. Um als Wirtschaftsstandort gegenüber Konkurrenten nicht zurückzufallen, könnten gesetzliche Regelungen „entschärft“ und Standards abgesenkt werden.

Nach dem bisherigen Erkenntnisstand scheinen die Befürchtungen berechtigt. Von der EU-Kommission wird zwar regelmäßig beteuert, dass es durch das Freihandelsabkommen keine Absenkung europäischer Standards geben solle. Hierfür wäre aber die Bereitschaft der US-Amerikaner notwendig, gegebenenfalls europäische Standards zu übernehmen. Äußerungen des US-Unterhändlers Stuart Eizenstat wie: „Was für amerikanische Familien gutes Essen ist, das sollte auch für Europäer gutes Essen sein!“, lassen an einer Bereitschaft hierzu allerdings zweifeln. *Norman Hanert*

Wider das »Tal des Todes«

Betroffene legen Gesetzentwurf zur Wagniskapital-Finanzierung vor

Während die schwarz-rote Regierungskoalition Projekte wie ein Mindestlohn-Gesetz oder eine Regelung zur Frauenquoten inzwischen abgearbeitet hat, ist ein neues Gesetz zur Wagniskapital-Finanzierung noch immer nicht in Sicht. Obwohl eigentlich im Koalitionsvertrag versprochen, hält sich die Große Koalition bislang bedeckt, wie sie die Rahmenbedingungen für private Investitionen in Unternehmensgründungen der Digital-Wirtschaft verbessern will. Die Diskussion um ein entsprechendes Gesetz läuft indessen seit zehn Jahren. Weder die erste Großen Koalition noch die darauffolgende schwarz-gelbe Regierung oder die aktuelle Große Koalition hat es bisher fertig gebracht, sich auf ein Gesetz zu einigen.

Angesichts des offenkundigen Versagens der Politik hat nun die Branche zu einer interessanten Form der Selbsthilfe gegriffen. Auf 22 Seiten hat der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) selbst einen Entwurf für ein Wagniskapital-Gesetz verfasst. Bereits Ende Januar wurde der Entwurf an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen verschickt – die Reaktion der Politik steht noch aus.

Dabei ist der Handlungsbedarf hoch, wenn Deutschland nicht langsam abgehängt werden soll. Als gravierendes Problem hat sich nämlich herausgestellt, dass es beim Aufbau von Hochtechnologie-Unternehmen oftmals eine Zwischenphase mit Finanzierungsproblemen gibt. Für die eigentliche Unternehmensgründung stehen meist genug staatliche Töpfe bereit, die erste Schritte ermöglichen. Hat das Unternehmen eine bestimmte Größe erreicht, stehen meist auch große internationale Investoren mit privatem Geld bereit. Der Zwischenbereich hat sich nach den bisherigen Erfahrungen allerdings als ein „Tal des Todes“ erwiesen, in dem viele der sogenannten Start-ups auf der Strecke bleiben. Hier könnte ein neues Wagniskapitalgesetz Abhilfe schaffen, etwa indem es privaten Geldgebern ermöglicht, Ausgaben für Forschung und Entwicklung oder Verluste leichter von der Steuer abzusetzen. Bislang scheinen entsprechende Wünsche bei den Finanzpolitikern von SPD und Union auf taube Ohren zu stoßen.

> Deutschland droht den Anschluss zu verlieren

Befürchtungen, dass das wirtschaftlich erfolgsverwöhnte Deutschland auf wichtigen Zukunftsfeldern den Anschluss verlieren könnte, weckt auch eine andere Entwicklung. Unter dem Begriff „Industrie 4.0“ hatte die deutsche Wirtschaft zur Hannovermesse 2011 selbstbewusst einen Führungsanspruch bei der Verschmelzung der klassischen Industrie mit der IT-Technologie angemeldet. Mit Rückendeckung der Politik folgte vor zwei Jahren der Entschluss der deutschen Wirtschaft, mit einer Plattform „Industrie 4.0“ weltweit die Standards für das anbrechende digitale Industriezeitalter zu setzten. Mittlerweile ist bei dem Vorhaben allerdings Ernüchterung eingetreten. „Die erste Halbzeit der Digitalisierung haben wir verloren.“, so das Fazit eines Beteiligten. Während hierzulande Wirtschaft und Politik Zeit verloren haben, hat ein Konkurrenzprojekt aus den USA massiv aufgeholt. Obwohl erst vor einem Jahr gegründet, gehören dem Industrial Internet Consortium (IIC) schon Größen wie General Electric, IBM und Cisco an. *N.H.*

Vaterlandslos

Von Jan Heitmann

Vaterlandslose Gesellen" zu sein, dieses Attribut hing den deutschen Sozialdemokraten wegen ihrer wenig patriotischen Haltung in existenziellen politischen Fragen seit der Kaiserzeit für Generationen an. Da mag es nur folgerichtig erscheinen, dass es der Sozialdemokrat Gerhard Schröder war, der als erster deutscher Kanzler im Jahre 2005 zur Feier des Sieges über Deutschland in Moskau an einer protzigen Militärparade teilgenommen hat.

Mit sichtlichem Stolz nahm Schröder inmitten der Staats- und Regierungschefs der Siegermächte in der ersten Reihe Platz. So, als wäre nichts dabei, dass der deutsche Regierungschef an der Verherrlichung der deutschen Niederlage teilnimmt, eines Ereignisses, das unbestritten Millionen Menschen die Freiheit, aber auch Millionen seiner Landsleute in nunmehrigen Friedenszeiten Entrechtung, Erniedrigung, Unfreiheit und Tod gebracht hat. Das ist vaterlandslos. Immerhin hat er noch einen Kranz für die gefallenen deutschen Soldaten niedergelegt – ob nur deshalb, weil ihm diese Geste als Kriegshalbwaisen ein persönliches Anliegen war, sei hier einmal dahingestellt.

Richtige Entscheidung, falsches Motiv

Man sollte meinen, dass die CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel sich nicht „vaterlandslos" verhalten würde, sondern so wie Helmut Kohl, der eine Teilnahme an alliierten Siegesfeiern abgelehnt hatte. Schließlich ist auch sie keine Sozialdemokratin, sondern Vorsitzende einer als konservativ geltenden Partei. Doch weit gefehlt. Sie hat es Schröder fünf Jahre später mit Freuden nachgetan. Mit einem Unterschied: Für die toten deutschen Soldaten gab es von ihr keine Ehrung, dafür aber rote Rosen an der Kremlmauer für die Soldaten der Roten Armee, denen sie als den Befreiern Deutschlands für ihr Opfer dankte.

In diesem Jahr will Merkel nicht zu den offiziellen Feierlichkeiten nach Moskau fahren. Sollte ihr etwa zu Bewusstsein gekommen sein, wie unangemessen, ja schäbig, ihr Verhalten war? Wieder weit gefehlt. Ihrer richtigen Entscheidung liegt nämlich ein falsches Motiv zugrunde. Sie will keineswegs auf die Gefühle ihrer Landsleute Rücksicht nehmen, sondern auf die der ukrainischen Regierung. Die könnte ihre Teilnahme nämlich als Affront auffassen, meint sie. Stattdessen wird sie einen Tag später gemeinsam mit Putin „in Würde" das Grabmal des Unbekannten Soldaten an der Kremlmauer besuchen und dabei sicherlich nicht mit Lobpreisungen auf die Roten Armee sparen. Vaterlandslos eben.

Es ist kaum vorstellbar, dass der Regierungschef eines anderen Staates gemeinsam mit den Siegern die Erinnerung an dessen Niederlage zelebrieren würde. Ihm würde ein Sturm der Entrüstung im eigenen Land entgegenwehen. Die Franzosen empfinden es sogar als unerträglich, dass Belgien mit einer Euro-Münze an die Schlacht von Belle Alliance (Waterloo) am 18. Juni 1815 erinnern will, die Europa die endgültige Befreiung vom napoleonischen Joch gebracht hat. Für Frankreich war Belle Alliance eine bittere Schmach, die auch nach 200 Jahren noch nicht vergessen ist. Folglich hat die französische Regierung die Herausgabe der Münze mit einem Veto verhindert. Das nun wieder mag man für überzogen halten, aber eines ist es gewiss nicht: vaterlandslos.

Das Fundament attackiert

Von Hans Heckel

Dass ein Praktiker wie Heinz Buschkowsky und eine gemäßigte deutsche Muslimin wie die türkischstämmige Lale Akgün besonders erschüttert auf das Kopftuch-Urteil aus Karlsruhe reagieren, sollte dem letzten Träumer zu denken geben. Dieser Richterspruch ist ein Markstein jener schleichenden „Islamisierung", die angeblich nur das Hirngespinst rechter Spinner sein soll.

Nein, das Kopftuch ist kein defensiver Ausdruck „religiöser Selbstbestimmung", wie es uns die Schönredner weismachen wollen. Das wissen Menschen wie der ehemalige Neuköllner Bezirksbürgermeister Buschkowsky am besten. Sie haben es in ihrem Stadtteil hautnah erlebt: Erst wird das Kopftuch toleriert, dann wird es von allen muslimischen Schülerinnen „erwartet", dann schließlich verlangt und durch Druck von zu Hause oder durch Hänselei auf dem Schulhof aufgezwungen.

Erste Opfer sind jene muslimischen Schülerinnen, die das Tuch eigentlich nicht wollen. Sie müssen sich allzu oft dem Druck fügen. Als nächstes leidet die nichtmuslimische Schülerschaft, zu der der Graben durch das Tuch noch sichtbarer, damit noch tiefer wird, wie Wolfgang Bosbach zu Recht anklagt.

Fanatiker werden das Kopftuch-Urteil als Schwäche deuten

Zentral ist der Passus des Karlsruher Richterspruchs, in dem es heißt: „Der als Privilegierungsvorschrift zugunsten christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen konzipierte Paragraf 57 (des Schulgesetzes von NRW, der Lehrerinnen das Kopftuch bisher verboten hatte, d. Red.) steht nicht im Einklang mit dem Verbot der Benachteiligung aus religiösen Gründen."

Diese „abendländischen" Bildungs- und Kulturwerte" aber bilden die Basis unseres gesamten Menschen-, Gesellschafts- und Staatsverständnisses. Es weist zurück in die Zeit schon vor dem Christentum, in die griechische und römische Antike, und verband sich erst später mit den Werten des Christentums. Eine Verbindung, welche dem Islam bislang erst bruchstückhaft gelungen ist, wenn überhaupt. Gerade orthodoxe Muslime, welche ihre Haltung unter anderem durch das Kopftuch zum Ausdruck bringen, bekämpfen die Verbindung des Islam mit eben jenen abendländischen Werten mit allen Mitteln.

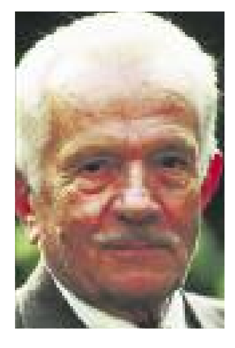
Auf diesen abendländischen Werten und Traditionen ruht sogar die Existenz des Verfassungsgerichts selbst, ebenso wie unser Begriff der Toleranz. Indem die Richter diese Fundamente unter dem Vorwand der religiösen Toleranz „neutralisieren" und zur bloßen Möglichkeit unter vielen degradieren, stellen sie die Basis unserer humanistisch-republikanisch geprägten Ordnung an sich zur Disposition. Religiöse Fanatiker werden das zu Recht als Schwäche deuten und alles daran setzen, das so geschaffene Vakuum mit ihrem Gift zu füllen.



Vertieft in Wirklichkeit den Graben zur nichtmuslimischen Schülerschaft: Verhüllung als angeblicher Ausdruck religiöser Selbstbestimmung

Bild: ddp images

Moment mal!



»Hattu Haschisch inne Taschen«

Von Klaus Rainer Röhl

Hattu Haschisch inne Taschen, hattu immer was zu naschen"! Es ist lange her, 1967, aber nicht so lange, wie die Befürworter des unbeschränkten Haschisch-Konsums es gerne hätten. Die damalige Konsumenten-Generation ist nun herausgewachsen aus derartig albernen Sprüchen zu politischen, meist fest angestellten Partei-Funktionären, der Grünen vor allem und einem Teil der jüngeren SPD-Mitglieder und der Linkspartei, die sich gern solchen Kampagnen anschließt, die nichts kosten und von denen man annimmt, dass sie bei Wählern unter 30 populär sind, die alle schon mal, wenigstens probeweise, einen Zug aus der Selbstgedrehten genommen haben und – nichts gespürt haben, was fast immer der Fall ist. Das rief natürlich eine gewisse Enttäuschung hervor, die aber die feste, von den Alt-68ern überkommene Ansicht, ja Gewissheit verstärkte, dass Haschisch unschädlich sei. Folglich war die nächste Station der Dauerkonsum: Aus diesem Nichts-Spüren entwickelte sich eine latente oder auch offen demonstrierte Wurstigkeit gegenüber allen Zwängen des Lebens wie regelmäßige, meist durch eben diese Regelmäßigkeit und Dauer ermüdende und daher langweilige Arbeit, sei es beim Studentenjob, den man ja nach Belieben wieder hinschmeißen konnte, oder, in seltenen Fällen, auch bei der Vorbereitung des Examens oder gar der folgenden Berufstätigkeit, wo die Kontrolle durch den Betroffen selbst stattfinden musste.

Aus diesem verpennten Zustand riss erst Rudi Dutschke seine Anhänger mit großer Überzeugungskraft und Beharrlichkeit durch sein Auftreten bei dem vom Verfasser dieser Zeilen einberufenen „Ersten deutschen Anti-Drogen-Kongress Hamburg" heraus, der unter dem Motto „Sucht ist Flucht" stand. Rund 2000 Teilnehmer bezeugten schon damals die Aktualität und Bedeutung dieses Themas, das anschließend für lange Zeit aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit verschwand. In der organisierten oder unabhängigen Linken waren seit diesem Kongress und den folgenden Veröffentlichungen in „dasda-Avanti" Haschisch und andere sogenannte „weiche" Drogen verpönt, bei einigen der linken sogenannten „K-Gruppen" (Splittergruppen wie KPD-ML = Trotzkisten oder KP/AO, eine militante, auf das strenggläubig-kommunistische Albanien schielende Variante), die sich nach dem Zerfall der APO auftaten, Drogenkonsum war sogar Ausschlussgrund.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal", fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Lange ist es her, und nun erfahren wir, dass sich die Grünen erneut des Themas angenommen und den Entwurf eines „Cannabiskontrollgesetzes" auf Bundesebene vorgelegt haben, der den Konsum von Haschisch und Marihuana „unter strengen Auflagen" (ein gummiartig dehnbarer Begriff!) erlauben soll, weil Verbote ja offensichtlich nichts gebracht, die Käufer nur unnötig kriminalisiert, die Gerichte überlastet und auf diese Weise viel Geld gekostet hätten. Der Erwerb von bis zu 30 Gramm der beiden Rauschgifte sowie der Anbau von drei Haschisch-Pflanzen (auf dem eigenen Balkon oder im Garten?) solle in Zukunft legal sein, was sich wie ein schlechter Witz anhört. Denn dass beides nicht mehr kontrolliert werden kann, dürfte den Verfassern eigentlich klar gewesen sein. In Wahrheit werden also beide Drogen faktisch unbegrenzt legalisiert, um der gesellschaftlichen Realität Rechnung zu tragen, so die Grünen. Indem die Oppositionspartei endlich Ordnung in die teilweise tatsächlich willkürlich erscheinende Cannabis-Gesetzgebung bringt. „Morgens 'nen Joint, und der Tag ist dein Freund!", hieß es schon 1967, und was den Intellektuellen damals recht war, soll nun den einfacheren Menschen, die, ein Schreckensbild für die Grünen, schon vormittags mit der Bierflasche auf den Fußballplatz ziehen und von den Alkohol- und Weinherstellern auf diese Weise ausgebeutet, endlich die Freiheit verschafft werden, sich mit einem viel nützlicheren, ja gesundheitsfördernden Stoff aus einem Fachgeschäft mit geschultem Personal zu versorgen. Aus purer Menschfreundlichkeit. Die Niederlande haben übrigens den Haschisch-Verkauf in sogenannten „Coffee-Shops" seit einiger Zeit auf Grund schlechter Erfahrungen mit Drogen-Touristen zeitweise eingeschränkt. Weil der illegale Drogenhandel auch mit hartem „Stoff" danach einen ungeahnten Aufschwung nahm, tobt dort zurzeit ein Kampf um eine erneute Freigabe. Haschisch, ein Thema ohne Ende.

Auch wenn man die Anti-Hasch-Bewegung nicht an einer einzelnen Person festmachen kann, so spielt doch ein US-Bürger eine besonders hervorgehobene Rolle: Harry J. Anslinger, der spätere Leiter des FBN (Federal Bureau of Narcotics and Dangerous Drugs). „Dass es sich bei Cannabis um eine wirtschaftlich bedeutsame Nutzpflanze handelte, die der in den USA aufstrebenden Kunstfaserindustrie Anfang des Jahrhunderts im Wege stand, wird häufig übersehen, beziehungsweise bewusst ignoriert", erklärt der Deutsche Hanfverband die Motive, die nach seiner Überzeugung dahinter standen. Die USA, weltweit größter Baumwollproduzent, wollten danach die Hanfpflanze als Konkurrenz beseitigen und setzten in jahrzehntelangen diplomatischen Bemühungen das globale Cannabis-Verbot durch, bestätigt auch Raphael Gassmann, der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen. Will man dieser Lesart folgen, ging es dabei hauptsächlich um die Konkurrenz von Hanf bei der Papierherstellung. Andrew Mellon, der Finanzminister, der mit Chemikalien zur Papierherstellung aus Holz sein Geld verdiente, ernannte den künftigen Mann seiner Nichte, Harry J. Anslinger, zum Leiter des FBN.

Der Autor: Bekannt wurde Klaus Rainer Röhl als Herausgeber der linken Zeitschrift »Konkret«. Vom Parteigänger der Kommunisten wandelte er sich zum engagierten und vielbeachteten Kritiker der 68er und ihrer Nachwirkungen. Röhl wurde 1928 in Danzig geboren und lebt heute in Köln.

Neben der Kunstfaserindustrie machte auch die Pharmaindustrie Druck auf die Produzenten cannabishaltiger Medizin. Es kam ein Marihuana–Steuergesetz, das Ärzte daran hindern sollte, Cannabis zu verschreiben, und ein Gesetz zur Bekämpfung von Haschisch, der „Marihuana Tax Act" von 1937. Eie ganze Kampagne gegen Marihuana wurde inszeniert: Filme und Bücher warnten vor Tod und Verderben durch das „Mörderkraut". Es wurde als Rauschgift dargestellt, mit dem Neger, Mexikaner, Puerto Ricaner und Jazzmusiker das Land vergiften wollten. Symbolfigur des besonders harten Kurses, maßgeblich auch für die UN, deren Drogenbüro er leitete, wurde Anslinger. Dieser wurde zur Symbolfigur des harten Drogen-Kurses, maßgeblich auch bei der UN. Er setzte bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) durch, Hanf und seine Derivate hätten keinerlei therapeutischen Wert. 1961, wurde mit der „Single Convention of Narcotic Drugs" durchgesetzt, dass Cannabis mit Morphium und ähnlichen schweren Betäubungsmitteln gleichgesetzt wurde.

In den wilden 60er Jahren wurde Haschisch wie wir eingangs beschrieben, zum Symbol einer Jugendkultur, die allgemein gegen das sogenannte Establishment rebellierte. Die damaligen Kiffer sind längst in die Jahre gekommen wie ihre Lieder und ihre Musik, aber das Verbot ist geblieben, die Kiffer machen sich im Prinzip strafbar, obwohl der Konsum erlaubt ist. Anbau, Verkauf und Besitz in größeren Mengen sind strafbar. Ausgerechnet die Regierungspartei CSU signalisiert vorsichtige Ansätze einer neuen Drogenpolitik. Die CSU-Politikerin und Drogenbeauftragte Marlene Mortler hat kürzlich dafür plädiert, dass demnächst Krankenkassen Schmerzpatienten Cannabis als Medizin bezahlen sollten. Solche Tendenzen werden natürlich heftig attackiert: von der Pharmaindustrie und ihrer Lobby.

Der Kampf um die Anerkennung von Hanf als Heilpflanze ist in vollem Gange. Das Ende offen.

Scheinheilige Kulturbanausen

Im Irak sind jahrtausendealte Kunstwerke zerstört worden – Ist arabische Bildkunst bald nur noch in westlichen Museen sicher?

Dass islamische Terrormilizen keinerlei Respekt vor dem kulturellen Erbe der Menschheit besitzen, haben sie unter anderem schon in Afghanistan und Mali unter Beweis gestellt, so zum Beispiel durch die Sprengung von Buddhastatuen und Heiligengräbern. Allerdings verblassen diese Vandalenakte der Vergangenheit gegen das derzeitige Wüten des Islamischen Staates im Irak.

In dem Maß wie die Anhänger des selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi militärisch unter Druck geraten und Gefahr laufen, eroberte Gebiete wieder zu verlieren, wächst ihre Bereitschaft, vorher noch alles zu zerstören, was sie als „unislamisch" ansehen. Das gilt auch für die historisch besonders wertvollen Überbleibsel aus sumerischer, babylonischer, assyrischer und parthischer Zeit, welche teilweise zum Weltkulturerbe zählen. Dabei berufen sich die „Gotteskrieger" des Islamischen Staates auf den Propheten Mohammed, der nach seinem Sieg ebenfalls Statuen und andere Gegenstände vernichtet habe, welche von den „Ungläubigen" für „Götzendienste" verwendet worden seien.

Als erstes traf es die Exponate im Mathaf al-Mawsil, dem archäologischen Museum von Mossul: Ein vom IS selbst gedrehtes und ins Internet gestelltes Propagandavideo zeigt, wie einige bärtige Männer Ende Februar mit Presslufthämmern auf die Ausstellungsstücke losgehen und zahlreiche jahrtausendealte Figuren zerstören. Darunter befand sich auch das Wahrzeichen des Hauses, nämlich der monumentale geflügelte Türhüter (Lamassu) vom Nordtor der assyrischen Hauptstadt Ninive aus dem 7. Jahrhundert vor Christus.

Ebenso fielen dem Bildersturm der IS-Krieger acht Statuen aus den Tempeln von al-Hatra zum Opfer. Das ist umso tragischer, als die Wüstenstadt südwestlich von Mossul kurz darauf selbst zur Zielscheibe der muslimischen Kulturvernichter wurde: Diese begannen am 7. März damit, die rund 300 Hektar große ehemalige Metropole im Grenzgebiet zwischen dem Reich der Parther und dem Imperium Romanum mit Bulldozern dem Erdboden gleichzumachen. Damit hat nun eine der vier Unesco-Weltkulturerbestätten im Irak, deren geschichtliche Bedeutung an die der Ruinenstädte im syrischen Palmyra beziehungsweise dem libanesischen Baalbek heranreicht, aufgehört zu existieren!



Bilderstürmer am Werk: Ein Video, das von der Terrormiliz Islamischer Staat veröffentlicht wurde, soll zeigen, wie Anhänger der Terrormiliz im Museum der irakischen Stadt Mossul bedeutende Bildwerke aus der Antike zertrümmern Bild: pa

Zeitgleich hierzu fielen andere IS-Einheiten in Nimrud ein und begannen dort mit der Einebnung der antiken Tempel und Paläste aus der Zeit des assyrischen Königs Assurnasirpal II. (883–859 v. Chr.). Dabei kam es auch wieder zur Zerstörung von Lamassu-Figuren, welche den Glaubenseiferern offenbar ein besonderer Dorn im Auge sind. Diese Wahnsinnstaten wurden von der Unesco-Generaldirektorin Irina Bokowa als Kriegsverbrechen verurteilt, was den Islamischen Staat freilich nicht davon abhielt, drei Tage später in Chorsabad nördlich von Mossul das gleiche zu veranstalten. Hier befinden sich die Ruinen von Dur Scharrukin, dem festungsartigen Palast des neuassyrischen Herrschers Sargon II., welcher von 721 bis 705 v. Chr. regierte. Seine Zitadelle galt damals als größtes militärisches Bauwerk in Mesopotamien und birgt wahrscheinlich noch unzählige archäologische Schätze. Allerdings ist fraglich, wie viele davon die teilweise Sprengung der Anlage durch die Gefolgsleute al-Bagdadis überstanden haben.

Abgesehen von diesen spektakulären Aktionen schädigt der Islamische Staat das Kulturerbe der Menschheit aber auch, indem er eine Heerschar von Raubgräbern beschäftigt, deren Funde der Terrormiliz zusätzliche Einnahmen bescheren. Es werden also keinesfalls alle „unislamischen" Objekte aus früheren Zeiten demoliert, sondern nur jene, die sich wegen ihrer Größe oder Bekanntheit nicht auf dem internationalen Schwarzmarkt für Antiquitäten verhökern lassen. Das gilt übrigens auch für Syrien, wo die IS-Kämpfer bereits schon die Museen von Aleppo und ar-Raqqa sowie zahllose archäologische Stätten geplündert haben.

Wenn die Terrormiliz ihr Treiben fortsetzt, werden wohl bald nur noch die Exponate, welche rechtzeitig ins gerade eben wieder eröffnete Nationalmuseum von Bagdad verlagert worden waren, von der glanzvollen Geschichte der Region zeugen. Abgesehen natürlich von den Artefakten, die in den großen Museen des Westens, darunter dem Berliner Pergamon-Museum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, sicher aufgehoben sind. Das gilt allerdings nur so lange, bis Rückgabeforderungen aus einem islamischen Land kommen, so wie im Falle der Nofretete und diverser Ausgrabungsstükke aus Anatolien.

Solche Forderungen nach Rückgabe sollten vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse im Irak geprüft und diskutiert werden: Ist es wirklich ratsam, unersetzliche Kulturgüter in Gebiete zu verbringen, in denen sich zukünftig vielleicht der nächste fundamentalislamische Furor austoben wird? *Wolfgang Kaufmann*

»Der Göttliche« am Rhein

Wen inspirierte Michelangelo? – Bonner Bundeskunsthalle fragt nach

Dem kann man nur zustimmen: „Kein anderer als Michelangelo übte eine ähnlich umfassende, die künstlerischen Gattungen übergreifende, lange und kontinuierliche Ausstrahlung aus." So urteilen Georg Satzinger und Sebastian Schütze, Kuratoren einer großartigen Schau in der Bonner Bundeskunsthalle. Sie belegen ihre Lobeshymne mit rund 200 Werken von Rubens, Rodin und vielen weiteren Künstlern aus den letzten 450 Jahren.

Der Kult um den vor allem für Auftraggeber in Florenz und Rom als Bildhauer, Maler und Architekt wirkenden Michelangelo Buonarotti (1475–1564) setzte bereits zu seinen Lebzeiten ein. Sein Biograf Giorgio Vasari schrieb ihm künstlerische Meisterschaft zu, wie sie „in den unendlich vielen Jahren, seit die Sonne kreist, keinem außer ihm von Gott verliehen war." Nachhaltige Wirkung auf zeitgenössische und nachfolgende Künstler übte insbesondere die muskulöse Körpersprache der vom „Göttlichen" gemalten und gemeißelten Figuren aus.

Die zumeist ortsgebundenen und ins Kolossale gehenden Meisterwerke Michelangelos sind durch Reproduktionsgrafiken, Gipsabgüsse und Statuetten vertreten. Welche Wirkung die Originale und Reproduktionen auf andere Künstler hatten, zeigen die ihnen gegenübergestellten Werke. So antwortet Georg Kolbe mit seiner Bronzeskulptur der von inneren Regungen überwältigten „Sklavin" (1916) auf den sich geradezu wollüstig seinem tragischen Schicksal ergebenden „Sterbenden Sklaven" Michelangelos.

Aus vielköpfigen Versammlungen, wie sie das der Schöpfungsgeschichte gewidmete Deckenfresko und das Wandgemälde des Weltgerichts in der Sixtinischen Kapelle zeigen, haben Generationen von Künstlern als beispielhaft erachtete Einzelfiguren übernommen und neu interpretiert. So wird die zur Rechten des Weltenrichters stehende Aktfigur von Johannes dem Täufer auf einer Ölskizze (1615–1620) von Rubens zu Herkules verwandelt, der über die bezwungene Zwietracht hinwegschreitet.

Zahlreiche Interpreten haben sich der „Tag" und „Nacht", „Morgen" und „Abend" verkörpernden Liegefiguren der Florentiner Medici-Grabmäler angenommen. Den Bildhauer Auguste Rodin regten „Nacht" und „Tag" zu Studienzeichnungen (um 1877) an. Überdies inspirierte der unfertige, aber gerade dadurch ausdrucksvolle Zustand mehrerer der von Michelangelo hinterlassenen Skulpturen Rodin mit breiter Nachfolge dazu, das Unvollendete zum planvoll eingesetzten bildhauerischen Prinzip zu erheben. Henry Moore wiederum machte die weibliche Liegefigur zu seinem bildhauerischen Hauptthema. Er bezeichnete Michelangelo als den „absoluten Übermenschen" und „mein Ideal".

Bild: F. Centioni, Macerata

Biblische Größe: „Michelangelo als Moses", Gemälde von F. Zuccari

Wie seine Werke wurde Michelangelo selbst zum Thema von Bildhauern und Malern. Schmunzeln lässt einen Federico Zuccaris Gemälde „Michelangelo als Moses" (1580er Jahre). Es setzt das Konterfei Michelangelos auf den Körper eines seiner Hauptwerke: der kolossalen, furchterregende und machtvolle Erhabenheit verkörpernden Sitzskulptur des „Moses". Doch auf Zuccaris Gemälde wirkt Michelangelo als Moses in seinen stellenweise bunten antiken Gewändern durchaus auch komisch. Die Inschrift auf dem Rahmen lautet: „Solange du malst, Zuccari, gibst du Michael das Leben wieder und machst zugleich dich ewig, so dass du nicht stirbst." *Veit-Mario Thiede*

Bis 25. Mai in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 4. Dienstag und Mittwoch 10 bis 21 Uhr, Donnerstag bis Sonntag 10 bis 19 Uhr. Telefon (0228) 9171243, Internet: www.bundeskunsthalle.de. Eintritt: 10 Euro. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet in der Ausstellung 29 Euro, im Buchhandel 39,90 Euro



Große Wirkung

Der Deutschbalte Victor Hehn und sein Goethe

Dass er einmal der Pionier einer neuen Literaturtheorie werden würde, hätte sich Victor Hehn nicht träumen lassen. Tatsächlich verdankt die moderne Rezeptionsästhetik entscheidende Anregungen einem Buch, das der 1890 gestorbene Deutschbalte drei Jahre vor seinem Tod veröffentlichte. In seinen umfangreichen „Gedanken über Goethe" findet sich auch eine längere Abhandlung über „Goethe und das Publikum", die Hehn im Untertitel eine „Literaturgeschichte im Kleinen" nennt. Was Hehn damit meint, ist in Wahrheit die erste wirkungsgeschichtliche Untersuchung über einen Autor.

Hehn zeigte sich besorgt, wie stiefmütterlich Goethe zu Beginn der Belle Époque behandelt wurde. Schiller, Heine, Börne, Nietzsche waren die Heroen jener Aufbruchszeit. Entsprechend enttäuscht notierte Hehn: „Niemals ist die Nation goethefremder, goetheferner, als hundert Jahre nach seiner Geburt."

> Ein Pionier der Rezeptionsästhetik

In seiner Studie geht Hehn den Gründen dieser damaligen Entfremdung nach und liefert damit ein Werk, das erstmals den Wirkungswandel eines Autors beleuchtet, und fragt sich, inwiefern die Rezeption und das Leseverständnis eines Autors von zeitgeschichtlichen, zeitgeistigen oder auch politischen Moden abhängig sind. Hätte sich der Sozialismus durchgesetzt, dann würden wir kollektiv heute Schiller statt Goethe lesen, Heinrich statt Thomas Mann, Marx und Lenin statt Kant oder Schopenhauer.

Allen Lese-Moden zum Trotz blieb Hehn immer ein treuer Leser Goethes. 1813 im livländischen Dorpat geboren, und damit in der äußersten Nordostecke des deutschen Siedlungsgebiets, war Goethe für ihn als Bürger des Zarenreichs so etwas wie ein Anker zur deutschen Kultur. Und dies besonders, als die zaristische Geheimpolizei den damals an der Universität von Dorpat tätigen Lektor für deutsche Sprache verhaftet und für vier Jahre in die Verbannung südöstlich von Moskau geschickt hatte. Grund war ein von der preußischen Staatspolizei abgefangener Briefwechsel mit einer in Hamburg lebenden Fürstin, die mit den Märzrevolutionären von 1848 sympathisierte.

Nach dem Tod Nikolaus' I. begnadigt, wurde er Oberbibliothekar in der riesigen Zaren-Bibliothek von St. Petersburg, reiste später nach Italien und schrieb ein Werk über „Kulturpflanzen und Haustiere in ihrem Übergang aus Asien nach Griechenland und Italien sowie das übrige Europa", mit dem er eine kolossale Kulturgeschichte Europas auf linguistischer Grundlage lieferte. Nach der Pensionierung zog Hehn nach Berlin, wo er am 21. März vor 125 Jahren starb.

Sind auch seine „Gedanken über Goethe" heute weitgehend vergessen, so erlebte die darin enthaltene Abhandlung „Goethe und das Publikum" zahlreiche gesonderte Auflagen. Rezeptions- und Goetheforscher berufen sich bis heute auf dieses schmale Werk. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Musik-Frühling mit Quasthoff

Heidelberg – Mit einem Konzert des Deutschen Symphonie-Orchester Berlin im Kongresshaus der Stadthalle Heidelberg wird am 21. März der "Heidelberger Frühling" eingeleitet. In der bereits ausverkauften Veranstaltung spielt Christian Tetzlaff Beethovens Violinkonzert. Bis zum 25. April treten unter dem Motto „Freiheit wagen" weitere namhafte Künstler auf. Der ungarische Pianist András Schiff ist vom 27. bis 30. März gleich mit drei Konzerten vertreten. Als Weltpremiere wird der erste gemeinsame Auftritt der Gesangslegenden Thomas Hampson und Thomas Quasthoff am 1. April erwartet. Und am 12. April wagt sich der deutsch-russische Pianist Igor Levit an Bachs „Goldbergvariationen". Programm und Karten: www.heidelberger-fruehling.de *tws*

Der Herbst im Jenisch Haus

Hamburg – Anlässlich des 100. Todestages von Thomas Herbst zeigt das im Stadtteil Othmarschen gelegene Jenisch Haus vom 22. März bis 1. November Werke des Hamburger Malers. Herbst (1848–1915) war einer der bedeutendsten Künstler des deutschen Impressionismus und ein enger Freund von Max Liebermann. Das Jenisch Haus in der Baron-Voght-Straße 50 ist von Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 5,50 Euro. Telefon: (040) 828790, Internet: www.jenisch-haus.de *tws*

Bei ihm galt das Primat der Politik

Mit seiner Realpolitik verwirklichte und verteidigte Otto von Bismarck die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage

Als Lehre aus dem Schlieffenplan und dem Ersten Weltkrieg wird in Deutschland gerne das Primat der Politik eingefordert. In der Ära Bismarck war es Realität. Für den Realpolitiker war der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Der vor 200 Jahren, am 1. April 1815, in Schönhausen geborene Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen hatte von seinem Vater, dem Junker Karl Wilhelm Ferdinand, den Stolz auf seine Herkunft und von seiner Mutter, der gebürtigen Bürgerlichen Luise Wilhelmine geborene Menkken, den scharfen Verstand. Der junge Bismarck wird als stockkonservativ und faul beschrieben. Letzteres könnte man auch höflicher formulieren: Er passte den Arbeitsaufwand der Relevanz an, die er einer Aufgabe beimaß. Rädchen im Getriebe zu sein, war seine Sache nicht: „Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine."

1862 sah sich der Berufsdiplomat, der er mittlerweile war, mit einer Aufgabe konfrontiert, die auch einen Konservativen mit großem Selbstbewusstsein zu motivieren vermochte: seinen König zu retten. Die liberale Opposition im Landtag wollte Wilhelm I. zwar nicht seinen Thron nehmen oder gar seinen Kopf, sondern nur dessen Heeresreform nicht durchwinken. Doch der Preußenkönig hing so sehr an diesem Reformvorhaben, dass er seinetwegen sogar zum Thronverzicht bereit war. Das verhinderte Bismarck als preußischer Ministerpräsident, indem er die Heeresreform per Verfassungsbruch Realität werden ließ.

Die nachfolgenden drei Einigungskriege gaben Bismarck die Gelegenheit, die Nützlichkeit der Heeresreform zu veranschaulichen. Der Sieg über Dänemark im ersten der Einigungskriege brachte den Siegern, Preußen und Österreich, neben Lauenburg Schleswig und Holstein. Vordergründig um diese Kriegsbeute, in Wirklichkeit aber um die Vorherrschaft in Deutschland, entbrannte zwischen den beiden Siegermächten ein Streit, der in den Deutschen Krieg mündete. Eine althergebrachte und konservative Politik hätte nun darin bestanden, dass Preußen nach seinem Sieg Österreich und jedem von dessen vielen Verbündeten eine Provinz abgenommen hätte, auf dass jeder dieser Staaten nur darauf gewartet hätte, sie sich bei nächster Gelegenheit zurückzuholen. Doch Bismarck betrieb keine konventionelle, konservative Außenpolitik. Vielmehr versuchte er, nach der Devise zu handeln, dass Gegner entweder zu vernichten seien, so dass sie keine Revanche üben können, oder aber zu schonen, so dass sie nicht auf eine Revanche brennen. In der Konsequenz annektierte Preußen den größten Teil des Territoriums der Kriegsgegner nördlich des Mains und schonte Österreich wie die übrigen Gegner. Das Ergebnis war, dass Österreich beim dritten Einigungskrieg auf eine Revanche verzichtete und der Rest der verschont gebliebenen Kriegsverlierer durch den Norddeutschen Bund oder Schutz- und Trutzbündnisse an Preußen gebunden werden konnte, so dass diese Staaten den dritten Einigungskrieg nicht etwa zur Revanche nutzten, sondern in ihm an Preußens Seite standen.

Man mag nun einwenden, dass nach dem dritten Einigungskrieg der Verlierer nicht geschont worden sei. Zwar durfte Frankreich nach dem Deutsch-Französischen Krieg anders als Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg seine Kolonien behalten und wurde nur mit Reparationsforderungen konfrontiert, die es innerhalb weniger Jahre begleichen konnte, aber es musste immerhin Elsass-Lothringen abtreten. Das hatten nicht nur die preußischen Militärs, sondern das hatte auch die deutsche Nationalbewegung gefordert, der es schwer zu vermitteln gewesen wäre, wenn Frankreich nach der zweiten Niederlage in Folge abermals die Kriegsbeute Ludwigs XIV. hätte behalten dürfen. In der Bundesrepublik wird gerne suggeriert, dass der Deutsch-Französische Krieg und der abschließende Friede von Frankfurt mit dem Besitzerwechsel Elsass-Lothringens am Anfang der deutsch-französischen Feindschaft gestanden hätten. Dabei hatte nicht erst der preußische Sieg über Frankreich, sondern bereits der über Österreich französische Rachegelüste geweckt.

Für den Ex-Diplomaten war der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

„Rache für Sadowa" war in der französischen Öffentlichkeit bereits 1866 gefordert worden. „Sadowa" ist der Name eines 15 Kilometer nordwestlich des Stadtzentrums von Königgrätz liegenden Dorfes und gemeint ist damit die frühe Entscheidungsschlacht im deutschen Bruderkrieg. Nun mag man sich wundern, wie Franzosen sich durch eine Schlacht zwischen zwei deutschen Großmächten provoziert gefühlt haben können. Zu verstehen ist dieses wohl nur vor dem Hintergrund des napoleonischen Makelns. Wenn Bismarck sich in der Balkankrise als „ehrlicher Makler" anbot, dann tat er es auch in Abgrenzung zum Kaiser der Franzosen, Napoleon III. Dieser hatte ähnlich wie sein noch berühmterer Onkel das Problem, dass seine Herrschaft nicht durch seine Herkunft legitimiert war und er sich deshalb ständig genötigt sah, sein Kaisertum durch populäre Prestigegewinne zu legitimieren. Gerne mischte der Kaiser sich hierfür in die Konflikte anderer Staaten ein, um dann als Zünglein an der Waage zu makeln und eine entsprechende Maklerprovision zu erlangen. Und wenn nicht genügend Konflikte zum Makeln vorhanden waren, dann zündelte er auch schon mal selber. So vermittelte er den preußisch-italienischen Allianzvertrag vom 8. April 1866, der Preußen Italiens uneingeschränkte Waffenhilfe zusicherte, aber „drei Monate nach seiner Unterzeichnung" erlosch, wenn „Preußen nicht den Krieg an Österreich erklärt" hatte. Noch vor dem Ablauf der Dreimonatsfrist befanden sich Preußen und Österreich im Kriegszustand und der Bündnisfall war gegeben.

Napoleon hoffte nun, als lachender Dritter einer langwierigen blutigen Selbstzerfleischung der Deutschen beiwohnen zu können, um am Ende wie gewohnt makeln zu können. Dem machten Bismarck und der preußische Generalstabschef mit der schnellen Beendigung des Krieges durch die frühe Entscheidungsschlacht von Königgrätz und die Verständigungsfrieden von Nikolsburg und Prag einen Strich durch die Rechnung. Das schrie nach Rache.

Eine Gelegenheit hierzu schien sich zu bieten, als 1869 dem Hohenzollern Leopold die spanische Krone angeboten wurde. Napoleon bezeichnete dieses als inakzeptabel und forderte den Verzicht. Der preußische König Wilhelm I. kam als Chef des Hauses dieser Forderung nach. „Preußen kneift", hieß es daraufhin in der französischen Presse. Aber dieser Prestigeerfolg genügte Paris noch nicht. Nun sollte Wilhelm grundsätzlich die Kandidatur eines Hohenzollern für den spanischen Thron ausschließen. Das war selbst Wilhelm zu viel und er verneinte. Bismarck – der mittlerweile zu der Überzeugung gelangt war, dass sich ein Krieg mit dem napoleonischen Frankreich nicht mehr vermeiden lasse und es nun darauf ankomme, vor der Weltöffentlichkeit gut dazustehen – ließ in seiner Informierung der Presse dieses Nein unverbindlicher erscheinen, als es in Wirklichkeit war, und Frankreich erklärte Preußen den Krieg. In der Schlacht von Sedan geriet der französische Kaiser in preußische Kriegsgefangenschaft. Preußen leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung Frankreichs von Napoleon, was ihm allerdings nie gedankt wurde.

Die Sedanschlacht beendete zwar nicht den Deutsch-Französischen Krieg, doch Frankreich war nun so geschwächt, dass es Deutschlands Vereinigung nicht mehr verhindern konnte. Unter auch ansonsten ausnehmend günstigen Rahmenbedingungen, die nicht zuletzt sein Verdienst waren, gelang es nun Bismarck, Deutschland unter Ausschluss Österreichs im Deutschen Reich zu einen.

Otto von Bismarck

Bild: akg

Er war darauf bedacht, das internationale Recht auf seiner Seite zu haben

Mit der Reichsgründung hatte Preußen in den Augen Bismarcks das Größtmögliche erreicht, was das europäische Gleichgewicht beziehungsweise die argwöhnisch darauf bedachten vier anderen Großmächte zuließen. Durch die Krieg-in-Sicht-Krise von 1873, in der sowohl Russland als auch Großbritannien ihren Widerstand gegen eine erneute Machtverschiebung von Paris nach Berlin signalisierten, fühlte sich Bismarck in dieser Sichtweise bestärkt. Also machte er sich an die Bestandssicherung, was schwer genug war. In einem Europa der fünf Großmächte, in dem die Französische Republik nach Revanche dürstete und Großbritannien in Verfolgung seiner Politik der Splendid Isolation (wunderbare Isolation) längerfristige Bündnisverpflichtungen vermied, suchte Bismarck das gemeinsame Bündnis mit den beiden verbleibenden Großmächten Russland und Österreich-Ungarn. Das Dreikaiserabkommen von 1873 und der Dreikaiserbund von 1881 waren Ergebnisse dieses Strebens. Das verbindende Element waren das monarchische Prinzip und der den Liberalismus der westeuropäischen Großmächte ablehnende Konservatismus der drei Ostmächte. Dieser Kitt verlor jedoch an Bedeutung vor dem Hintergrund des Panslawismus und der Rivalität zwischen dem Zaren- und dem Habsburgerreich auf dem Balkan. Als deshalb ein gemeinsames Bündnis nicht mehr möglich erschien, bemühte sich Bismarck um bilaterale Verträge. Dem Zweibund mit Österreich-Ungarn aus dem Jahre 1879 stand ab 1887 der Rückversicherungsvertrag mit Russland gegenüber.

Gegner versuchte er entweder zu vernichten oder zu schonen

Gerne wird die Fragilität von Bismarcks Bündnissystem kritisiert. Kritik sollte jedoch vom Machbaren ausgehen. Noch hat keiner von Bismarcks Kritikern eine Alternative zu dessen Außenpolitik präsentieren können, die der Mittellage und der halbhegemonialen Stellung des Kaiserreiches besser Rechnung getragen hätte. Das gilt auch für seine Nachfolger.

18 Jahre nach Bismarcks Entlassung marschierten die Deutschen dem Primat des Militärs folgend in Belgien ein. Sie verstießen damit gegen die Londoner Protokolle von 1830/31, in denen die Großmächte die ewige Neutralität des Königreiches anerkannt hatten, und gaben damit Großbritannien Anlass zur militärischen Intervention. Das wäre Bismarck wohl nicht passiert. So hatte er 1864 den Einmarsch in Dänemark ausdrücklich nicht mit der dänischen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Schleswig-Holsteiner und auch nicht mit der dänischen Missachtung der Erbfolgeregelung in den Elbherzogtümern begründet, sondern mit dem dänischen Verstoß gegen das von Dänemark und Schweden sowie den Großmächten unterzeichnete Londoner Protokoll von 1852. Damit hatte er Großbritannien und anderen Signatarstaaten die Möglichkeit genommen, ohne Gesichtsverlust militärisch zu intervenieren.

Für Bismarck war der militärische Erfolg kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, die eigene Position im Europäischen Konzert der Großmächte zu verbessern. Nicht nach militärischen, sondern nach politischen Erwägungen justierte er an der Stellschraube von Eskalation und Deeskalation. Nach dem Sieg bei Königgrätz bot sich dem preußischen Heer die Chance, bis nach Wien durchzumarschieren. Bismarck setzte durch, dass sie ungenutzt blieb, um den zweiten Einigungskrieg zu beenden, bevor Frankreich sich einmischen konnte. Andererseits setzte er die Beschießung von Paris durch, obwohl der Generalstabschef darauf verwiesen hatte, dass das militärisch wenig effektiv sei, um den dritten Einigungskrieg zu beenden, bevor Großbritannien sich einmischen konnte. Das ist Primat der Politik.

Ungeachtet seiner konservativen Herkunft betrieb Bismarck Realpolitik ohne Rücksicht auf die reine konservative Lehre. Beim ersten Einigungskrieg waren ihm die legitimen Ansprüche der Augustenburger auf Schleswig-Holstein ziemlich egal. Nach dem zweiten Einigungskrieg annektierte er ganze Staaten ohne Rücksicht auf das Gottesgnadentum. Und nach dem dritten Einigungskrieg verbot er seinen Mitarbeitern, die Royalisten in Frankreich zu unterstützen, da er hoffte, dass ein republikanisches Frankreich es schwerer haben würde als ein königliches, unter den ausnahmslos monarchisch regierten Großmächten Europas Verbündete zu finden.

Wie Bismarcks Außen- war auch seine Innenpolitik ziemlich frei von konservativer oder sonstiger Ideologie. Ein Beispiel ist die Indemnitätsvorlage von 1866, denn Indemnität bedeutet in diesem Zusammenhang die nachträgliche Legitimierung von rechtswidrigen, eigenmächtigen oder im Ausnahmezustand getroffenen Entscheidungen der Regierung durch ein Parlament beziehungsweise den zuständigen Souverän. Im konkreten Fall bat Bismarck das Preußische Abgeordnetenhaus um die nachträgliche Legitimierung des Verfassungsbruches, mit dem er die Heeresreform realisiert hatte. Während der Konservatismus sich über der Frage spaltete, ob Bismarck mit diesem Schuldeingeständnis und der Bitte an das Parlament um Absolution dem Liberalismus nicht zu weit entgegen komme, spaltete sich der Liberalismus über die Frage, was schwerer wiege, Bismarcks Bruch der Verfassung und Missachtung der Volksvertretung 1862 oder die nach der Heeresreform errungenen Siege in den Kriegen von 1864 und 1866, welche die Deutschen dem ersehnten Nationalstaat ein Stück näher gebracht zu haben schienen. Den Linksliberalen war das Erstgenannte wichtiger und sie stimmten gegen die Vorlage, für die Rechtsliberalen war das Zweite entscheidend und sie votierten dafür. Der rechte Flügel der liberalen Deutschen Fortschrittspartei spaltete sich ab und bildete fortan als Nationalliberale Partei Bismarcks stärkste parlamentarische Stütze. Bismarcks viel kritisierter sogenannter Kulturkampf gegen die (Katholische) Kirche erfüllte denn auch mit der Trennung von Kirche und Staat kein konservatives, sondern ein zutiefst liberales Anliegen.

1878 nahm Bismarck jedoch einen Schwenk zum Konservatismus vor. Ausdruck findet dieser in der nun beginnenden protektionistischen Schutzzollpolitik, von der vor allem Bismarcks Standesgenossen profitierten. Auch in seinen Gegnern spiegelt sich sein Richtungswechsel wider. Der gegen die (Katholische) Kirche gerichtete Kulturkampf wird – begünstigt durch den Wechsel auf dem Heiligen Stuhl von Pius IX. zu Leo XIII. – 1878 beendet und noch im selben Jahr das gegen die Linke gerichteten Sozialistengesetz verabschiedet.

Auch wenn Bismarcks Sozialgesetzgebung auch dem Ziel diente, den staatsfeindlichen Sozialisten das Wasser abzugraben, so ist in ihnen doch auch ein originär konservatives Projekt zu sehen. Denn während der Liberale den schlanken Staat will und im Arbeitnehmer wie im Arbeitgeber Vertragspartner auf Augenhöhe sieht, die beide ihres Glückes Schmied sind, will der Konservative den starken Staat und ist für ihn das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer eher mit dem zwischen Erbuntertänigem und Grundherr vergleichbar, mit der entsprechenden Verpflichtung zu gegenseitiger Loyalität im Bedarfsfall.

Aufgrund der Verfassung Preußens und des Deutschen Reiches war Bismarcks Kampf um Mehrheiten im Parlament jedoch nur so lange sinnvoll, wie er das Vertrauen seines Monarchen besaß. Das verlor er in der Regentschaft Wilhelms II. Zwei Jahre nach dessen Regierungsübernahme musste er zurücktreten. Die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages, die Kappung des Drahtes nach Petersburg, die Russland in die Arme Frankreichs trieb, musste Bismarck noch erleben, den Untergang des von ihm geschaffenen Kaiserreiches nicht mehr. Er starb am 30. Juli 1898 in seinem Sachsenwald im Herzogtum Lauenburg.

Manuel Ruoff

Der Westen beteiligte sich an der Vertuschung

Vor 75 Jahren beseitigte der sowjetische NKWD mit dem Massaker von Katyn einen Großteil der polnischen Intelligenz

Im Februar 1943 stießen Soldaten der Wehrmacht bei Katyn auf Massengräber, in denen die Leichen tausender polnischer Offiziere lagen. Diese waren einer Mordaktion des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes NKWD zum Opfer gefallen, die im April 1940 begonnen hatte. Vonseiten der UdSSR wurde die Verantwortlichkeit für das Massaker bis 1990 zurückgewiesen.

Im Einklang mit dem geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages annektierte die Sowjetunion zwischen dem 17. September und dem 1. Oktober 1939 den Ostteil der Republik Polen. Dabei gerieten rund 250 000 polnische Militärangehörige sowie auch Grenzschützer und Polizisten in Gefangenschaft. Von diesen wurden dann

Russen verweisen auf polnische Kriegsverbrechen

39 600 mit zumeist höheren Dienstgraden in Lagern wie Koselsk, Starobilsk und Ostaschkow interniert, wo eine Umerziehung unter Aufsicht des NKWD stattfinden sollte, da es sich angeblich um „reaktionäre Elemente“ handelte – so lautete die sowjetkommunistische Beschreibung des Umstandes, dass viele der Festgehaltenen Reserveoffiziere mit bürgerlich-intellektuellen Berufen wie Journalist, Arzt, Anwalt, Ingenieur, Universitätsprofessor oder Künstler waren. Allerdings blieb die Umerziehung, zu der nicht zuletzt die Dauerbeschallung mit Radio Moskau gehörte, vollkommen erfolglos, wie ein Bericht des NKWD-Chefs Lawrenti Beria (1899–1953) vom 5. März 1940 ausweist. Darin heißt es: „Die kriegsgefangenen Offiziere und Polizisten in den Lagern versuchen, ihre konterrevolutionären Aktivitäten fortzusetzen und antisowjetische Agitation zu betreiben … Sie sind alle eingeschworene Feinde der Sowjetmacht, hasserfüllt gegen das sowjetische System.“

Als Konsequenz hieraus empfahl Beria die umfassende „Anwendung der Höchststrafe: Tod durch Erschießen“ – und zwar nach „Sonderverfahren … ohne Vorladung der Inhaftierten und Darlegung der Beschuldigungen“. Diesem Vorschlag schloss sich das Moskauer Politbüro noch am selben Tag an. Das beweist ein Dokument, das die Unterschriften von Josef Stalin (1878–1953), Kliment Woroschilow (1881–1969), Wjatscheslaw Molotov (1890–1986), Anastas Mikojan (1895–1978), Lasar Kaganowitsch (1893–1991) und Michail Kalinin (1875–1946) trägt.

Die Hinrichtungen fanden zwischen dem 3. April und 19. Mai 1940 im 20 Kilometer westlich von Smolensk gelegenen Wald von Katyn sowie bei der Ortschaft Mednoje und im NKWD-Gefängnis von Charkow statt. Verantwortlich für die Durchführung der Aktion zeichneten zum einen Berias Stellvertreter Wsewolod Merkulow (1895–1953) und zum anderen die regionalen NKWD-Behördenchefs Jemeljan Kuprijanow, Pjotr Safonow und Dimitri Tokarjew. Und dann waren da natürlich noch die Todesschützen, welche die polnischen Häftlinge mit aufgesetzten Genickschüssen töteten, wobei importierte deutsche Walther-Pistolen und 7,62-Millimeter-Patronen der Karlsruher Firma Genschow zum Einsatz kamen. In den Akten finden sich unter anderem die Namen von Andrej Rubanow, Josef Gribow, Timofej Kuprij, Nikita Melnik und Wassili Blochin (1895–1955), dem prominentesten Henker des NKWD, der seit 1924 bereits 40 000 „Staatsfeinde“ erschossen hatte, darunter auch den Marschall der Sowjetunion Michail Tuchatschewski (1893–1937) sowie seine früheren Vorgesetzten Genrich Jagoda (1891–1938) und Nikolai Jeschow (1895–1940).

Nach einer detaillierten Auflistung, die der damalige Leiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB Alexander Schelepin (1918–1994) am 3. März 1959 vorlegte, wurden während der Massaker vom Frühjahr 1940 insgesamt 14 552 polnische Offiziere und Unteroffiziere sowie 7305 weitere Internierte liquidiert – wahrscheinlich waren es aber noch etliche mehr. Jedenfalls befanden sich unter den Opfern über 1000 höhere Chargen der polnischen Armee, einschließlich der Generäle Bronisław Bohaterewicz (1870–1940), Henryk Minkiewicz-Odrowaz (1880–1940) und Mieczysław Smorawinski (1893–1940). Dazu kamen die erwähnten Reserveoffiziere mit ihren vielfältigen akademischen Qualifikationen. Man kann also mit Fug und Recht sagen, dass der NKWD einen nicht unerheblichen Teil der polnischen Elite auslöschte.


Wald von Katyn im April 1943: Untersuchungskommission an einem geöffneten Massengrab Bild: bpk

Die Liquidierung von Angehörigen verfemter sozialer Gruppen wurde im Frühjahr 1943 publik, nachdem eine internationale Kommission aus zwölf Gerichtsmedizinern unter der Leitung des Schweizer Pathologen François Naville (1883–1968) die Leichen untersucht und die Täterschaft der Sowjets nachgewiesen hatte. Damit war nun auch den Briten klar, dass hier ein Kriegsverbrechen unerhörten Ausmaßes vorlag. Trotzdem beschlossen sie, den Fall zu ignorieren, um die Anti-Hitler-Koalition nicht zu schwächen. So schrieb Premierminister Winston Churchill (1874–1965) am 28. April 1943 an Außenminister Anthony Eden (1897–1977): „Man muss aufhören, krankhaft immer wieder um die drei Jahre alten Gräber bei Smolensk zu kreisen.“ Noch rigider reagierte der US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1882–1945), indem er seinem Balkan-Sondergesandten George Earle (1890–1974) mit barschen Worten verbot, Material über Katyn zu veröffentlichen, das eindeutig von der Schuld der Sowjets zeugte: „Das ist nichts als deutsche Propaganda, ein Anschlag der Deutschen. Ich bin mir absolut sicher, dass es die Russen nicht getan haben.“

Vor diesem Hintergrund versuchte Moskau, ein riesiges Lügengebäude um die Tötung der polnischen Offiziere zu errichten, wobei das Ziel darin bestand, die Erschießungen der Wehrmacht in die Schuhe zu schieben. Allerdings scheiterte das Vorhaben dann im Verlaufe der Nürnberger Prozesse, weil die deutsche Verteidigung hier einfach die besseren Karten hatte. Die Frage, wer für die Toten von Katyn verantwortlich sei, wurde am Ende aus „Mangel an Beweisen“ aus den weiteren Verhandlungen ausgeklammert.

Wenige Jahre später erzwangen einige Abgeordnete des US-Kongresses eine erneute Untersuchung des Falles – und diesmal war das Ergebnis eindeutig. Nach akribischen Recherchen und Zeugenbefragungen kam die Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des vormaligen Diplomaten Arthur Bliss Lane (1894–1956) am 22. Dezember 1952 zu dem Schluss, dass das Massaker vom NKWD verübt worden sei. Das hinderte Moskau aber nicht daran, seine Verantwortlichkeit noch bis ins Jahr 1990 hinein abzustreiten.

Heute wird in Russland gefordert, das Massaker von Katyn historisch zu kontextuieren, sprich die der Tat vorausgegangene Misshandlung sowjetischer Kriegsgefangener durch Polen im Polnisch-Sowjetischen Krieg (1919–1921) nicht zu verschweigen. Allerdings sind Historiker beider Länder bereits im Jahre 2004 anhand zeitgenössischer Dokumente zu dem Schluss gekommen, dass es in den polnischen Lagern keinerlei systematische Massentötungen von gegnerischen Militärangehörigen gegeben habe. *Wolfgang Kaufmann*

Wien gedenkt seines Kongresses vor 200 Jahren

Im Belvedere ist zu sehen, wie sich das Großereignis in der Kunst spiegelt – In Schönbrunn wird der genutzte Fuhrpark vorgestellt

Nach dem Sieg der Alliierten über das napoleonische Frankreich wurde Europa auf dem Wiener Kongress vor 200 Jahren neu geordnet. Im damaligen Tagungsort wird mit den Ausstellungen „Europa in Wien“ und „Der Kongress fährt“ an dieses Jubiläum erinnert.

Im zum Schloss Belvedere gehörenden sogenannten Unteren Belvedere wird den Besuchern unter dem Motto „Europa in Wien“ das politische wie gesellschaftliche Großereignis vor zwei Jahrhunderten mit rund 290 Porträts, Ereignisbildern, erlesenen Beispielen des Kunsthandwerks, Erinnerungsmedaillen und Souvenirs im Spiegel der Kunst nahegebracht. Auf einer kolorierten Lithografie (1833), die Franz Wolf nach einer Vorzeichnung Johann Nepomuk Höchles anfertigte, ist der Gastgeber Kaiser Franz I. von Österreich zu sehen, wie er die verbündeten Großmachtherrscher Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. vor den Toren seiner Hauptstadt herzlich begrüßt.

Eine Porträtgalerie stellt sodann mit Büsten und Gemälden die Hauptakteure des Kongresses vor. Präsident des Kongresses war der österreichische Staatskanzler Clemens von Metternich. Er gilt als durchtriebener Lebemann. Aber auf dem Gemälde (um 1814) von Thomas Lawrence sitzt er freundlich lächelnd in einem Sessel. Metternich ebenbürtig war Frankreichs Abgesandter Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord. Auf der von Louis Desprez geschaffenen Marmorbüste (1839) blickt die „Scheiße in einem Seidenstrumpf“, wie ihn sein langjähriger Dienstherr Napoleon einmal nannte, finster drein.

Getreu dem Charles Joseph de Ligne zugeschriebenen Wort „Der Kongress tanzt, aber er kommt nicht vorwärts“ zeichnete sich insbesondere dessen erste Phase durch eine dichte Folge glanzvoller Feste aus. Zahlreiche Bilder halten die Erinnerung an Volksfeste, Theateraufführungen und von Ludwig van Beethoven veranstaltete Konzerte, an Maskenbälle, das Militärfest anlässlich des ersten Jahrestags der Völkerschlacht bei Leipzig sowie die Hofschlittenfahrt vom Januar 1815 von der Hofburg durch die Straßen Wiens zum Schloss Schönbrunn und wieder zurück wach. Dabei ist festzuhalten, dass die höfischen Festlichkeiten und privaten Feiern nicht einfach nur dem Amüsement dienten, sondern den Kongressteilnehmern die Möglichkeit eröffneten, sich weit ungezwungener als in den offiziellen Sitzungen über noch ungeklärte oder heikle Fragen zu verständigen.

Kaiser Franz ließ es seinen hochrangigen Gästen an nichts fehlen. Doch bei aller gebotenen Prachtentfaltung betonte er, „daß überall Geschmack, Eleganz und Überfluß mit pünktlicher Ordnung, genauer Kontrolle und sorgfältiger Vermeidung aller Verschwendung und Vergeudung vereinigt seyn müsse“. Bestes Beispiel für diese luxuriöse Sparsamkeit ist das mit einer Gemüsekasserolle und weiteren Stücken vertretene kaiserliche Goldservice, das während des Kongresses erstmals auf die Festtafel kam. Es besteht nicht etwa aus Edelmetall, sondern aus Porzellan.

Napoleon setzte dem vergnügten Treiben ein Ende. Als im März 1815 seine Flucht von Elba bekannt wurde, nahm man von weiteren Festen Abstand. Die Verhandlungen wurden nun zügig vorangetrieben. Wenige Tage vor dem Ende von Napoleons Herrschaft der Hundert Tage, am 9. Juni 2015, wurde die Schlussakte des Wiener Kongresses von den Vertretern des russischen Zarenreiches, des österreichischen Kaiserreiches sowie der Königreiche Frankreich, Großbritannien, Preußen, Portugal, Schweden und Spanien unterzeichnet. Das österreichische Exemplar der zum Unesco-Weltdokumentenerbe gehörenden Schlussakte bildet den letzten Höhepunkt der Schau.


Landauer des Wiener Hofes um 1814 Bild: KHM

In Anspielung auf den „tanzenden Kongress“ widmet sich die Kaiserliche Wagenburg, ein auf dem Areal des Schlosses Schönbrunn gelegenes Museum, in dem Glanzstükke aus dem Fuhrpark des österreichischen Kaiserhauses sowie bekannter Adelshäuser, insbesondere von Thurn und Taxis, zu finden sind, unter dem Titel „Der Kongress fährt“ dem für die hohen Gäste bereitgestellten Fuhrpark. Anlässlich des Wiener Kongresses ließ Franz I. 167 Kutschen unterschiedlicher Typen bauen, die sich durch ein einheitliches Erscheinungsbild auszeichneten. Sie waren dunkelgrün lackiert und wiesen vergoldete Beschläge auf. Das einheitliche Erscheinungsbild signalisierte den anderen Verkehrsteilnehmern, dass diese Kutschen stets Vorfahrt hatten. Zudem durften sie Bereiche befahren, die für andere Verkehrsteilnehmer gesperrt waren.

In der Ausstellung werden die drei erhaltenen Kutschen präsentiert. Absolutes Prunkstück ist der sogenannte Leibwagen des Kaisers, zu erkennen an der Vergoldung der Räder und des Fahrgestells. Aufgeboten sind zudem prächtige Livreen und Uniformen. Sowie die mit Goldstickerei und Goldfransen verzierte Schlittendecke und das mit 350 vergoldeten Glöckchen ausgestattete Schlittengeschirr für den nicht erhaltenen Kaiserschlitten. Er erinnert an die Hofschlittenfahrt vom Januar 1815 von der Hofburg nach Schönbrunn und wieder zurück, die der Preußenkönig in weniger guter Erinnerung behielt, hatte er doch das Gefühl, in seinem offenen Schlitten in den Straßen Wiens dem gaffenden Volk zur Schau gestellt zu werden. *Veit-Mario Thiede*

„Europa in Wien“ ist noch zu sehen bis zum 21. Juni im Unteren Belvedere und in der Orangerie, Rennweg 6, 1030 Wien, Telefon (0043) 179557-134, E-Mail: public@belvedere.at, und „Der Kongress fährt“ noch bis zum 9. Juni in der Kaiserlichen Wagenburg, Schloss Schönbrunn, 1130 Wien, Telefon (0043) 152524-4702, E-Mail: info.wb@khm.at

Falsche Vorbehalte

Zu: Diskriminiert über Stalins Tod hinaus (Nr. 10)

Sehr treffend beschreiben Sie die früheren und leider noch heute bestehenden Vorbehalte gegen die Deutschen aus Russland. Als ab 1975 in der Sozialarbeit der Landsmannschaft (LM) der Oberschlesier Hamburg und ab 1985 im Bund der Vertriebenen in Hamburg Tätiger, gebe ich zu bedenken, dass sich das bei den deutschen Aussiedlern aus Ostdeutschland damals in der Bundesrepublik vorhandene Vorurteil hielt, diese seien „Polen“. In ihrer Heimat wurden sie als „Schwobe“ und „Kreuzritter“ beschimpft. Durch ihren Fleiß bewiesen sie aber das Gegenteil.

Die ab 1989 zu uns ausgesiedelten Deutschen aus Russland kommen, weil deren „neue Heimat“ im Osten jetzt eben nicht mehr ihre Heimat ist. Anders als die Aussiedler aus Ostdeutschland und den deutschen Siedlungsgebieten im Osten, die sich „nicht die Butter vom Brot nehmen“ ließen, sind die Deutschen aus Russland – Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel – bescheidener stiller und zurückhaltender.

Hierzulande bemühe ich mich, bei der Beratung aktiv aufbauend zu wirken und daneben die Kontakte zur LM der Deutschen aus Russland und dem Verein der Deutschen in Hamburg zu vertiefen.

Willibald J.C. Piesch, Hamburg

Zukunftsfeste Ungerechtigkeit

Zu: Heimat gestrichen (Nr. 10)

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ändert ihre Satzung und erklärt Verzicht auf Entschädigung für Vertriebene. Mein Elternhaus beziehungsweise der Hof meiner Eltern befindet sich in Nord-Ostpreußen und wurde 1945 von der Roten Armee vereinnahmt. Wir, unsere Mutter, meine drei Geschwister und ich, vegetierten bis Frühjahr 1948 in verschiedenen Orten Ostpreußens, ohne Habe und nur mit dem, was wir im Januar 1945 am Leibe trugen.

Meine Frage: Darf eine Landsmannschaft über die Köpfe der Vertriebenen hinweg diese Erklärung abgeben? Denn eine Entschädigung, die bis heute nicht anerkannt wurde, was allein schon eine Ungerechtigkeit darstellt, kann man nicht einfach „zukunftsfest“ machen.

Wenn alle Bundesländer davon betroffen wären, könnte man von Gerechtigkeit sprechen, weil alle Deutschen diesen Krieg verloren haben und nicht nur die Ostpreußen, Sudetendeutschen oder Schlesier. Die Bundesregierung war für Reparationsleistungen zuständig und nicht die Vertriebenen, die nicht nur mit dem Verlust ihrer Heimat zahlten, sondern zusätzlich noch mit ihrem Eigentum, wovor die Bewohner des übrigen Teils Deutschlands verschont blieben.

Doris Richter, Berlin

Lehrreiches Dinterbuch

Zu: Der Lehrer aller Volksschullehrer (Nr. 9)

Zu dem Artikel über den Pädagogen Gustav Friedrich Dinter möchte ich einen Aspekt ergänzen, der nur jenen bekannt sein dürfte, die das Buch „G. F. Dinters Leben, von ihm selbst beschrieben“, Verlag von A. Pichlers Witwe & Sohn, kennen. Ich besitze es, da meine Vorfahren väterlicherseits mit Dinter familiär verbunden waren.

Dinter ging nicht allein nach Königsberg, sondern mit der mit ihm befreundeten Familie Günther. Schon in Sachsen hatte er zusammen mit meinem Ururgroßvater Johann Carl Gottlieb Günther eine höhere Bürgerschule/Progymnasium in Görnitz gegründet. Günther wirkte dort als Hauslehrer, wie Dinter auf Seite 206 schreibt. Das Buch von Dinter ist sehr interessant aus zeitgeschichtlicher Sicht. Wer sich dafür interessiert, wie Dinter es geschafft hat, das damals sehr schlecht funktionierende Volksschulwesen zu reformieren, kann sich in dem Buch ausgiebig darüber informieren. Es ist wohl noch über das Internet zu erhalten.

Er beschreibt darin auch, mit welchen Methoden und teilweise angewandter List er die Lage der Lehrer und auch der Schüler verbessert und vor allem eine angemessene Ausbildung erst eingeführt hat.

Traute-Rose Lietzow, Pansdorf

Untat von Dresden

Zu: Mit Worten zugebombt (Nr. 7)

Hoffentlich darf ich mich heute noch mit einem Dichterzeugnis vom Untergang Dresdens zu Wort melden, das Jahr für Jahr im Zentrum des Gedenkens stehen sollte. Es handelt sich um Gerhart Hauptmann, der am 5. Februar 1945 einen Aufenthalt im Sanatorium Dr. Weidner in Oberloschwitz antrat. Als dort am 13. Februar „das Licht verlosch, die Scheiben zerklirrten, die Möbel umfielen, wurde Hauptmann aus dem Bett gerissen“ und hat im Freien den „Anblick des Flammenmeers“ unter ihm, „das bis zu den fernen Horizonten reichte“, erlebt (Gerhart Pohl: „Bin ich noch in meinem Haus?“, Berlin 1953).

„Mein Dresden, mein Kleinod“, stammelte er und diktierte in einem Zug den Artikel „Die Untat von Dresden“, der mit den Worten beginnt: „Wer das Weinen verlernt hat …“

Gudrun Schlüter, Münster



Heldenverehrung: Nach der Ermordung des Kreml-Kritikers Boris Nemzow nahmen Zehntausende bei den Trauerfeiern teil

Bild: action press

Eine andere Tatsache

Zu: Euromajdan war abgekartetes Spiel (Nr. 9)

Die in der Unterzeile wiedergegebene Äußerung, „Wie die USA und die EU die rechtmäßige Regierung in Kiew entmachteten und damit die Ukraine-Krise auslösten“, ist meiner Ansicht nach falsch. Andersartige Kenntnisse ergeben ein anderes Bild. Der rechtmäßige ukrainische Präsident Janukowitsch wurde auf dem Majdan in Kiew wegen Korruption und deren Folgen angeklagt. Der flüchtete mit seinem umfangreichen Privatbesitz. Der gleichfalls geflohene Ministerpräsident Asarow erzählte später: „Folgerichtig kam es in Kiew zu den ersten Ausschreitungen, als sich Janukowitsch weigerte, den EU-Vertrag zu signieren.“ Ob das stimmt, sei dahingestellt.

Tatsache ist, dass seit Zarenzeiten in Russland Korruption und Mord nach alter Väter Sitte herrschen. Die Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern wurden nachhaltig gestört, als die Bolschewiki die Kulaken (Bauern) beraubten und von ihren Höfen vertrieben mit der Folge, dass viele Ukrainer verhungerten.

Erstaunlich ist die Behauptung im Artikel, „angesichts der Urheberschaft von USA und EU passen die Anwürfe gegen den Kreml-Chef nicht zu den Tatsachen“. Tatsache ist jüngst die Ermordung des Kreml-Kritikers Boris Nemzow auf der Kreml-Brücke in Moskau, der auch gegen Korruption und für ein freies Russland besonders gegen Putin persönlich kämpfte. Mord an Kreml-Kritikern hat bedingungslosen Anschluss an Tradition.

Selbst wenn Putin, ein intelligenter und erfolgreicher Patriot, an der Ermordung seines persönlichen Widersachers Nemzow direkt unschuldig sein sollte, so wurden doch seine vielen Kreml-Kritiker in ihre Schranken gewiesen und wurde Abschreckung erzielt.

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Nemzow war nur das Bauernopfer

Zu: „Helden sterben nicht“ (Nr. 10)

Die Begleitumstände des Mordes an dem Kreml-Kritiker Boris Nemzow sind zu kontrastreich, als dass sie nur die eine Deutung zuließen, dass er seine Haltung als Oppositioneller mit dem Leben hat bezahlen müssen.

Alles deutet darauf hin, dass westliche Geheimdienste mit allen Mitteln versuchen, ihre Einkreisungspolitik fortzusetzen, um über die Ukraine hinaus das innere Gefüge Russlands zu destabilisieren. Dazu dient nicht zuletzt ein dichtes Netz von gut getarnten „Freunden“, die im geeigneten Moment ihre Tarnung aufgeben, ob sie nun Kasparow, Klitschko oder Nemzow heißen.

Aber auch die CIA liebt den Verrat und nicht den Verräter. Eine wichtige Rolle spielen Frauen in der Nähe der ausgewählten Opfer. Die Begleitumstände ähneln sich, ob es nun der versuchte Mordanschlag der CIA an Fidel Castro durch seine Geliebte, eine Deutsch-Amerikanerin, oder das Attentat auf Nemzow unter Einbindung der ukrainischen Freundin/Geliebten Anna Duritskaya war. Der erhoffte Erfolg, durch Nemzows Ermordung Unruhe und Destabilisierung zu erreichen, ist nicht eingetreten. Der gewünschte Erfolg hätte mehr als ein Menschenleben gefordert.

Es ist wohl davon auszugehen, dass sein Tod im Zusammenhang mit der für den nächsten Tag genehmigten Demonstration von Regimekritikern zu sehen ist. Die Veranstaltung in Verbindung mit einem Attentat und Aktivitäten eingeschleuster Störer bot sich als idealer Ausgangspunkt für gewalttätige Unruhen à la Majdan an. Dazu war auch das Opfer eines Regimekritikers und offensichtlichen Freundes der USA ein akzeptabler Preis. Dieses war offensichtlich auch der Eindruck des russischen Präsidenten, der von einem sakralen Mord sprach.

Nemzow selbst gehörte zum Kreis Boris Jelzins und war am Ausverkauf Russlands maßgeblich beteiligt. Seine Vernetzung mit anderen Oligarchen, die einen von den USA gesteuerten Umsturz anstrebten, führte ihn zwangsläufig in die Opposition. Seine Kontakte zu den USA waren auch in der Folgezeit nicht zu übersehen. So soll er nahezu täglich Gast in der US-Botschaft gewesen sein, auch unterstützte er die Majdan-Bewegung.

Die Auflösung der Sowjetunion wurde durch Personen und Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen der USA und der EU genutzt, um eine ordnungsgemäße Auflösung der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Satelliten zu verhindern. Nach dem Führungswechsel unter Putin verlor Nemzow seinen Einfluss. Mit seiner offenen Kritik am System in Russland und dem Krieg in der Ukraine geriet er zunehmend in die Isolation, auch und gerade weil die Mehrheit der russischen Bevölkerung mit zirka 80 Prozent hinter Putins Politik steht. Auch die immer wieder bekannt gewordenen Affären und häufigen Besuche in zweifelhaften Clubs ließen seine Popularität schwinden.

Für Putin stellte er somit keine Gefahr dar, die angesichts der zu erwartenden Reaktionen des Volkes und des Westens ein gewaltsames Ende gerechtfertigt hätte. Daher ist ein Liquidieren durch staatstreue Organe eher unwahrscheinlich. Nemzow ist also das berühmte Bauernopfer.

Die durch deutsche Medien als Massendemonstration gegen Putin beschriebene Aktion war mit 21000 – und nicht wie von anderen Quellen behauptet 51000 – Teilnehmern in Wirklichkeit ein Trauermarsch bei dem die russischen Fahnen, wie auch die Losung „Helden sterben nicht, diese Kugeln waren für jeden von uns gedacht“, als ein Zeichen der Solidarität gegen jede Art von Einmischung durch ausländische Kräfte zu sehen war.

Peter Westphal, Goslar

Ball in die richtige Richtung gespielt

Zu: Was Nafta über TTIP verrät, (Nr. 9)

Der Bericht spielt den Ball in die richtige Richtung. Denn erstens sagt ein Blick in die Geschichtsbücher oftmals sehr viel mehr über das reale Wirtschaftsleben aus, als wenn man sich mit den theoretischen Modellen der modernen Volkswirtschaftslehre beschäftigt. Und zweitens gibt es in einem wichtigen Punkt eine starke Parallele zwischen der Nafta und TTIP: In Ländern wie Italien existieren beispielsweise sehr viele äußerst kleine und wenig international ausgerichtete Familienbetriebe, denen bei einer kompletten Marktöffnung ein ähnliches Schicksal droht wie den etlichen mexikanischen Bauern durch die übermächtige neue Konkurrenz von US-amerikanischen Großkonzernen. Deswegen spricht bei einem Abschluss des Handelsvertrages sehr viel für eine weitere Verschärfung der (Euro-)Krise in Südeuropa.

So wäre es eindeutig besser, sogenannte „Goldstandards“ – wenn überhaupt – nur über die der Welthandelsorganisation gemeinsam mit allen Schwellen- und Entwicklungsländern zu setzen.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt

Nr. 12 – 21. März 2015

MELDUNGEN

Neuer Stellvertreter

Allenstein – Der Warschauer Weihbischof Jozef Gorzynski hat das Amt des Erzbischof-Koadjutors der ermländischen Erzdiözese übernommen. Nach der Entscheidung von Papst Franziskus folgt er Erzbischof Wojciech Ziemba im Falle dessen Todes beziehungsweise dessen Eintritts in den Ruhestand. Während der Feierlichkeit im Bischofspalast in Allenstein legte Gorzynski das Glaubensbekenntnis und Gelöbnis ab. Er soll im nächsten Jahr Metropolit des Ermlandes werden, das heißt, wenn Wojciech Ziemba sein 75. Lebensjahr vollendet. *PAZ*



Jozef Gorzynski Bild: stefzyk

Rapsfabrik als Vorzeigeobjekt

Stallupönen [Ebenrode] – Im Osten des Königsberger Gebietes ist eine neue Rapsfabrik eröffnet worden. Die Anlage soll pro Jahr 60 000 Tonnen Raps und potenziell auch weitere Ölsaaten zu Speiseöl und Tierfutter verarbeiten und dabei von nur 30 Fachkräften betrieben werden. In russischen Rapsverarbeitungsanlagen gleicher Größe ist bisher etwa die fünffache Zahl an Arbeitern beschäftigt. Die Fabrik dient als Vorzeigeobjekt der Königsberger Landwirtschaft, um die es nicht gut bestellt ist. Im russischen Teil Ostpreußens kommt es durch das Embargo der EU momentan zu erheblichen Lebensmittelengpässen. Die Gebietsregierung unterstützt daher den Bau der neuen Anlage maßgeblich und ist nach den Worten von Gouverneur Nikolaj Zukanow bestrebt, insbesondere die Fleisch- und Milchproduktion des Königsberger Gebietes massiv auszubauen. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 16: Dombrowken [Dabrówka] – Erlenau [Olszewo], Fällarbeiten, Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Renovierung der Fußgängerzonen. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynska Str., Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne], Plankenreparatur. Straße Nr. 54: Verkehrsknoten Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. Straße Nr. 57: Rothfließ [Czerwonka] – Bischofsburg [Biskupiec], Baustelle. Straße Nr. 58: Johannisburg [Pisz] – Bialla [Biała Piska], Baustelle. Straße Nr. 59: Farienen [Faryny] – Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Fällarbeiten. *PAZ*

Ideen für Dragonerkaserne gesucht

Kunstzentrum, Bibliothek oder Kneipe: Allenstein will Bürger an der Entscheidung beteiligen

Die Erkenntnis, dass die alten Kasernen in Allenstein zum Kulturerbe gehören, hat dazu geführt, dass die ehemalige Dragonerkaserne vor dem Verfall gerettet werden soll. In die Entscheidung über ihre zukünftige Nutzung bezieht die Stadt ihre Bürger mit ein.

Der Gebäudekomplex der ehemaligen Dragonerkaserne verfällt schon seit vielen Jahren und benötigt eine dringende Restaurierung. Dazu haben gesellschaftliche Organisationen gemeinsam mit dem Magistrat Bürgerbefragungen durchgeführt, wie man die Kaserne dann bewirtschaften könne. Zu den ersten Ideen gehört die Nutzung als Sportplatz oder als Wohnraum.

Małgorzata Jackiewicz-Garniec, Direktorin des Museums für Moderne Kunst, schlug ein interdisziplinäres Kunstzentrum vor. Dort könnten Sammlungen der Gegenwartskunst von der Gesellschaft „Zacheta“ ausgestellt werden. Krzysztof Dabkowski, Direktor der Stadtbibliothek, empfahl eine moderne multimediale Bibliothek. Außer der Bücherausleihe könnten dort auch Workshops und Autorenlesungen stattfinden. Tomasz Birezowski vom Forum Rozwoju Olsztyna meinte, dass die Kaserne ein Ort für verschiedene Initiativen sein könne. Es gebe nur eine Bedingung: Es müsse interessant sein! Er hält nicht nur kulturelle Einrichtungen für möglich, sondern auch Kneipen, Restaurants, verschiedene Unternehmen, sogar kleine Produktionsbetriebe, aber auf keinen Fall einen Großhandel. Organisatoren der Konsultationen sind die Gesellschaft Warnija, die Stadtverwaltung, das Forum Rozwoju Olsztyna, Olcamp sowie der Verband der Gesellschaften „Razem w Olsztynie“. Jeder kann seinen Vorschlag für die Nutzung der Kaserne per E-Mail unter konsultacje@warnija.org.pl oder kontakt@warnija.org.pl oder mit einem Formular aus der Internetseite warnija.org.pl einreichen. Nach den Bürgerkonsultationen wird ein Projekt entstehen, das der Stadtverwaltung übergeben wird und in der Revitalisierung der Dragonerkaserne berücksichtigt wird.



Zurzeit noch eine Ruine: Fassaden der ehemaligen Dragonerkaserne in Allenstein Bild: fro.olsztyn

Die Dragonerkaserne in der Magazinstraße [Dabrowskiego] und Gietkowskastraße ist Ende des 19. Jahrhunderts entstanden. Die Gebäude wurden wegen ihres historischen Wertes in das Denkmalregister eingetragen. Die Kasernen sind wichtige Elemente der Stadtgeschichte und somit auch Kulturerbe. Allenstein wurde früher sogar

Kasernen gehören zum kulturellen Erbe

„Kasernepolis“ genannt. 1912 waren von 35 500 Einwohnern 5500 Militärs. Die Allensteiner Dragoner waren eine Eliteformation, die vor allem Adelsvertreter aufnahm und sich von anderen Truppen, die an der Alle stationiert waren, durch ihren besonderen Charakter hervorhob. Das 1866 aufgestellte Ostpreußische Dragoner-Regiment Nr. 10 nahm am Deutsch-Französischen Krieg in Frankreich teil.

Nach der Annexion Elsass-Lothringens durch das Deutsche Reich wurde das Regiment 1872 in Metz stationiert und im März 1886 mit zehn Transportzügen nach Allenstein verlegt. Die Kaserne wurde fürs Regiment schon zuvor auf dem vom Militärfiskus gekauften Gelände zwischen der Alle und der Straße nach Guttstadt, nördlich der Eisenbahnstrecke und des katholischen Friedhofs, von Unternehmern aus Bartenstein, Wurm und Spakler gebaut. Ziegelsteine lieferte eine Firma aus Thorn. Die Mehrzahl der Gebäude längs der Kasernengasse waren Fachwerkkonstruktionen. Die fünf Eskadronen des Regiments waren die einzigen Kavallerieeinheiten im kaiserlichen Allenstein. Chef des Regiments war König Albert von Sachsen (1873–1902). In der offiziellen Regimentsgeschichte fehlt der Name des Regimentskommandeurs von 1905 bis 1908, Oberstleutnant Graf Harold von der Groeben (er war in den Skandal des Majors von Schönebeck verwickelt), dagegen ist Oberstleutnant v. Lewinski zu finden, unter dessen Kommando das Regiment 1914 in einer Stärke von etwa 680 Säbeln in den Krieg zog.

Edyta Gładkowska

Kultur im »Wasserwürfel«

Erweiterung des Ozeanmuseums: Am Pregelufer in der Bohlwerksgasse entsteht ein neuer Ausstellungskomplex

Fast alle am Pregelufer in der Bohlwerksgasse [Straße Peters des Großen] in Königsberg gelegenen Gebäude gehören zum Ozeanmuseum. Sie liegen alle zwischen dem Denkmal für die „Eroberer der Meere“ und der doppelbögigen Brücke. Eine solch große Zahl neuer Gebäude und Konstruktionen kann kein anderes Museum im Königsberger Gebiet sein eigen nennen. In den kommenden Jahren wird das Museum eine große Baustelle sein, da dank der finanziellen Unterstützung aus dem Föderationshaushalt eine Reihe ehrgeiziger Pläne umgesetzt werden sollen.

Das erste dieser groß angelegten Programme des Museums war der Bau eines „Wasserwürfels“. Sein Aussehen ist recht ungewöhnlich. Man kann davon ausgehen, dass das Gebäude selbst mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird als die Ausstellung im Inneren. Das würfelförmige Gebäude aus blauem Glas und Chromelementen erweckt den Eindruck, als ob Wasser darüber flösse.

An der Fassade befindet sich die Aufschrift „H_2O“ und „2460 m²“, womit das Volumen im Inneren des Gebäudes angegeben wird. Im Wasserwürfel befinden sich ein Café und ein Ausstellungssaal. Auf dem Gelände neben dem Wasserwürfel befindet sich eine Ausstellung von Schiffsausrüstungen, Rettungsgerät, ein Wasserflugzeug und ein U-Boot des Typs B-413, die alle zum Bestand des in der Nähe liegenden Ozeanmuseums gehören. Im Wasserwürfel selbst läuft zurzeit die Ausstellung „Erster Weltkrieg. Krieg zur See“, die eine umfassende Sammlung von Auszeichnungen während des Ersten Weltkriegs enthält sowie eine Sammlung von Waffen aus Deutschland, Russland und Frankreich. Diese Ausstellung in dem futuristischen Gebäude wird ein Jahr dauern, danach soll der Wasserwürfel für neue Ausstellungen



Futuristisches Gebäude: Der neue Wasserwürfel am Pregelufer soll Besucher anlocken Bild: J.T.

Bauarbeiten wurden staatlich gefördert

genutzt werden. Es ist möglich, dass die nächste Ausstellung die moderne Seekriegsflotte Russlands zum Gegenstand haben wird.

Der Wasserwürfel ist das erste fertiggestellte Objekt von neuen Gebäuden, die aus Mitteln des föderalen Zielprogramms „Russische Kulturförderung 2012–2018“ finanziert wurden. Es wird erwartet, dass in diesem Jahr weitere Geldbeträge fließen werden und 2017 die Bauarbeiten für den „Planet Ozean“, einem kugelförmigen Gebäude für Ausstellungen, abgeschlossen sein werden.

Jurij Tschernyschew

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist immer eine kleine Überraschung, wenn man beim Lesen unserer Zeitung unerwartet den eigenen Familiennamen liest. Ist man nun mit dem Träger oder der Trägerin verwandt, wenn auch über viele Ecken? Ostpreußische Familien waren ja nicht gerade nachwuchsarm, im Gegenteil, die Kinderzahl war oft zweistellig, und da gab es eben schon eine Menge Verwandtschaft. So wurde auch unser Leser **Karl-Heinz Gast** aus Geilenkirchen aufmerksam, als er seinen Familiennamen in der Liste der älteren Geburtstagskinder fand. Er stand in der *PAZ* Folge 29 vom 19. Juli 2014 in der Gratulationsliste. Einer Frau **Ursel** Gast geborene **Walendy** aus Nussberg wurde zum 85. Geburtstag gratuliert. Karl-Heinz Gast bat uns nun um die Anschrift der Betreffenden, um mit ihr Kontakt aufnehmen zu können. Wir konnten ihm die Adresse aber leider nicht übermitteln. Doch können wir ihn insoweit unterstützen, als wir auf diesem Wege Frau Ursel Gast bitten, ihm ihre Adresse zukommen zu lassen oder sich selber bei ihm zu melden. Seine Anschrift: Karl-Heinz Gast, Maarstraße 29 in 52511 Geilenkirchen-Lindern, Telefon (02462) 6670.

Für seine familiengeschichtlichen Nachforschungen ist Herrn Gast jede Zuschrift willkommen, und so übermitteln wir gerne ein paar Angaben, die zu Hinweisen führen können. Wahrscheinlich geht seine Linie auf einen **Johann Gottlied** Gast zurück, der 1786 in einer Papiermühle in Klein-Katz genannt wird. Sein Großvater **Karl Wilhelm Eduard** Gast, *1872 in Zinten, stammte aus einer Bauern- und Posthalterfamilie, blieb aber nicht auf dem Lande, sondern zog mit seiner aus Schrengen stammenden Ehefrau **Maria Elisabeth** geborene **Rutkowski** nach Königsberg, wo er eine Anstellung als Telegraphensekretär gefunden hatte. Er verstarb 1915 in Segepanken, Kreis Ortelsburg. Sein Vater **Arthur Emil Michael** Gast, *1903 in Riesenburg, heiratete 1929 im Königsberger Dom die aus der Pregelstadt stammende **Erna Frieda Gertrud Marquardt**. Sohn Karl-Heinz wurde 1933 in Berlin geboren, die Flucht erlebte der Elfjährige in Kutno aus. Sie führte den scheinbar elternlosen Jungen nach Berlin, wo er in Waisenhäusern und Pflegefamilien lebte, bis er 1948 seine Mutter wieder fand. Aber das ist eine andere, sehr abenteuerliche Geschichte, in der auch die Fliegerin **Hanna Reitsch** eine Rolle spielt. Bei dieser allein wird es nicht bleiben, denn Herr Gast bemüht sich noch in einem ganz anderen Fall, der unsere Ostpreußische Familie schon lange beschäftigt, eine Lösung zu finden, die sich schon in vagen Umrissen abzeichnet. Wir werden also noch viel von diesem aktiven Landsmann hören. Vorerst bleiben wir bei seinem Wunsch nach Meldungen zu seiner Namenssuche.

Ich freue mich über jede Rückmeldung, die Positives beinhaltet, auch wenn es keine großen Wunder sind – wir dürfen eben heute die Messlatte nicht mehr so hoch legen, wenn es um Suchmeldungen geht. Und so schreibt Frau **Hannemarie Bremser**, dass die Veröffentlichung ihres Wunsches keinen wirklichen Erfolg erbrachte – das besagt aber, dass es erfreuliche Nebeneffekte gegeben hat. Und die bewirkten ein Anruf aus ihrer Heimat und ein Video, das sie von einem Leser geschenkt bekam. Es handelte sich um den Film „Die Reise nach Tilsit", in dem ihr Vater als Komparse mitgewirkt hatte: Er fing das durchgehende Pferd an der Düne ein. Na bitte, das ist doch schon was!



Unvergessen und im Lied bewahrt: Das Tannenberg-Ehrenmal bei Hohenstein Bild: privat

Dass wir uns immer stärker mit Familienforschung befassen, liegt nicht nur an der Verpflichtung, die uns der Name „Ostpreußische Familie" vorgibt, sondern hat mehrere Gründe. Ältere Vertriebene kommen erst im späten Alter dazu, eine Familienchronik zu schreiben – und oft sind es die Enkel, die unbelastet von allen Fluchterlebnissen der Großeltern und Eltern diese als Zeitzeugen dazu auffordern. Dann sind es die Chronikschreiber, die ihren Heimatort in Wort und Bild bewahren und die eigene Familiengeschichte mit einbinden. Andere werden als noch authentische Zeitzeugen aufgefordert, ihre Familiengeschichte in Dokumentationen einzubringen. Wie auch immer: Es werden wohl nicht wenige Leser sein, die sich von dem Angebot angesprochen fühlen, das uns Frau **Ute Eichler** übermittelt. Und zwar im Auftrag von Herrn **Bernd Baran**, der sich wohl auch jahrzehntelang mit Familienforschung beschäftigt hat, sonst hätte er nicht sämtliche Schriften des Vereins für Familienforschung in Ost- und Westpreußen gesammelt – und das lückenlos seit dem Jahr 1980! Obgleich Herr Baran in Breslau geboren wurde, hat er einen familiengeschichtlichen Bezug zu Ostpreußen, denn er hat auch masurische Vorfahren, die im Kreis Lötzen gelebt haben. Daher hat er Verbindung zu Frau Ute Eichler, die für Archiv, Heimatmuseum und Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen verantwortlich ist. Dass sie das Angebot von Herrn Baran, die Sammlung gegen einen symbolischen Betrag abzugeben, nicht für das Kreisarchiv annimmt, liegt daran, dass sich dort bereits solch eine vollständige Schriftensammlung befindet. Also, liebe Ostpreußische Familie, nun seid Ihr gefragt. Die Sache hat nur einen Haken, vielmehr zwei: Die Sammlung muss abgeholt werden, denn es handelt sich um 125 Kilo bedrucktes Papier! Und der Wohnort von Herrn Bernd Baran liegt – in Dänemark! Nicht gerade eine kurze Anfahrt für Interessenten, die nicht in Norddeutschland wohnen. Deshalb stellt Herr Baran sein Gästezimmer kostenlos für ein oder zwei Nächte zur Verfügung. Vielleicht lässt sich die Abholung mit einem geplanten Dänemark-Urlaub verbinden. Herrn Bernd Baran wohnt in 4760 Vordingborg, Tromlevaenget 7, Telefon (0045) 25378445.

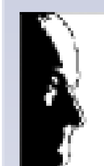
Es war nur eine kurze Notiz , in der wir in Folge 5 auf das Buch „Entkommen" von **Lutz Radtke** hinwiesen – und es stand auch nicht einmal in Zusammenhang mit den Fluchtberichten, sondern mit der geplanten Dokumentation über „Die Kinder Königsbergs" –, aber sie ließ bei unserem Leser **Dieter Kempe** sofort Erinnerungen wach werden, Erinnerungen an die Flucht vom elterlichen Gut bei Deutsch-Eylau, die er als Kind erleben musste. Dieser in der Notiz erwähnte Ortsname, Heimatort des Autors, genügte, um uns zu bitten, ihm bei der Beschaffung eines Exemplares von „Entkommen" zu verhelfen – aber ehe wir dazu kamen, hatte Herr Kempe sich das Buch selber besorgt und bereits Verbindung mit dem Herrn Radtke aufgenommen. Denn so, wie dieser seinen Fluchtweg schildert, war auch der seiner Familie gewesen, die – wie Herr Kempe sich genau erinnert – am 21. Januar 1945 morgens um sieben Uhr vom Hof fuhr. Da wird sich viel Gemeinsames finden lassen, ein Erfahrungsaustausch nach 70 Jahren! Als Herr Kempe vor zwei Jahren mit seiner Familie die Strecke abfuhr, die der Treck damals genommen hatte, war er sehr verwundert, dass er nun für diese Drei-Tage-Tour gerade mal drei Stunden benötigte.

Ja, es ist schon erstaunlich, auf welchen Wegen die Kindheit einen Menschen auch im hohen Alter einholt und so manches vergessen Geglaubte wieder lebendig werden lässt. Bei Herrn **Gustav Rupietta** aus Ober Ramstadt war es der Text eines Liedes, das ihn in seine Schulzeit versetzte – und was daraus geworden ist, wird manchen alten Hohensteiner und andere Landsleute aus dem Kreis Osterode erfreuen. Es handelt sich nämlich um das „Hohensteiner Lied", das Gustav Rupietta in der Schule gelernt hatte, und das er sozusagen aus erster Hand bekam, denn Texter und Komponist war sein Klassenlehrer **Friedrich Nabakowski**. Er hat es seinen Schülern oft vorgesungen und auf der Geige gespielt – es prägte sich so sehr in das Gedächtnis des damals zwölfjährigen Jungen ein, dass er nun als 91-jähriger Senior dem Lied wieder zu seiner Melodie verhelfen konnte. Den sechsstrophigen Liedtext hatte die „Osteroder Zeitung" vor zwei Jahren abgedruckt mit der Bitte um Zusendung der Noten, falls jemand sie besäße. Leider schien das nicht der Fall zu sein, niemand meldete sich. Aber Herr Rupietta hatte sie im Kopf, und so beschloss er, die Kirchenmusikerin Frau **Frike** zu bitten, ihm bei der Niederschrift zu helfen. „Ich habe ihr das Lied Zeile für Zeile vorgesungen, und sie hat die Noten aufgeschrieben", berichtet Herr Rupietta. „Und dann ging sie in ein anderes Zimmer, kam nach zehn Minuten zurück und gab mir ein Blatt mit den Noten. Ich bin stolz darauf und freue mich, dass jetzt das Hohensteiner Lied komplett mit den Noten und den sechs Versen vorhanden ist." Das Lied wurde von Konrektor Nabakowski um 1936 geschaffen und hat das alte Hohenstein mit dem berühmten Ehrenmahl zum Inhalt. Jede Strophe beginnt mit „Mein Hohenstein, mein Hohenstein" – hier sei nur die letzte wiedergegeben, weil sie auf den treuen Bewahrer zugeschnitten scheint: „Mein Hohenstein, mein Hohenstein, ich will mit dir verbunden sein. Ja, müsst ich leben in der Fern', ich denke deiner oft so gern." Seiner Bitte, das ganze Lied samt Noten zu bringen, können wir leider aus Platzgründen nicht nachkommen. Falls sich jemand für das Lied interessiert, wende er sich bitte an Gustav Rupietta, Neugasse 40 in 64372 Ober Ramstadt, Telefon (06154) 4324.

Ein Satz aus der Fluchtgeschichte von **Dieter Packheiser**, die wir in der letzten Folge brachten, beschäftigt mich noch immer und wird es noch lange tun. Aus ihm geht hervor, wie stark die Flucht Mutter und Kind verband, unlöslich voneinander und eins in allen Empfindungen. „Unsere Gefühle laufen ganz einfach: Ist Mutter glücklich, sind wir auch glücklich – ist Mutter traurig, sind wir es auch." Mutter war eben alles: Familie, Heimat, Zuhause, sie gab Geborgenheit und Wärme, schenkte Vertrauen, spendete Trost. Was haben Mütter und Kinder gelitten, wenn sie getrennt wurden – niemand wird das verstehen, wer es nicht selbst erlebte. **Betty Römer-Götzelmann** hat es erlebt und ihre Ängste und Nöte in ihrem Buch „Rosen im Dezember – Erinnerungen einer Ostpreußin" festgehalten. Als sie nun unsere Fluchtberichte las, mit denen wir das Geschehen vor 70 Jahren dokumentieren, fühlte sie sich wieder mitgenommen in ihre Erlebniswelt der eisigen Fluchttage 1945 und übersandte uns einen entsprechenden Ausschnitt aus ihrem Buch, den wir etwas gekürzt bringen. Wir sagen der Autorin Dank für die Überlassung dieses Erlebnisberichtes, der an einem der letzten Januartage 1945 auf dem Königsberger Hauptbahnhof beginnt, auf dem sich Flüchtlinge, Soldaten, Verwundete so dicht drängen, dass kaum ein Durchkommen ist.

Eure

Ruth Gede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Und plötzlich war meine Mutter nicht mehr da

Als Kind allein im Flüchtlingszug – Betty Römer-Götzelmann erinnert sich

Dicht an dicht stehen wir gedrängt auf dem Bahnsteig, nachdem uns Mutter wie eine Figur der Käthe Kollwitz hinter sich hergezogen hatte. Sie ist immer „die" Mutter Courage allein wegen dieser Tat geblieben. Es fährt tatsächlich ein Zug ein. Langsam rollt er heran. Er ist lang, hat vorne und hinten eine Lokomotive. Er steht noch nicht, da geht das Geschiebe, Gestoße, Gedränge, das Gekreische und Gezeter los. Neben uns schimpft eine Frau, sie schlägt auf die Menschen ein, die es ihr verwehren wollen, ihre Nähmaschine mitzunehmen. Mutter ist nicht da. Meine kleine Schwester Anni ist nicht da. Ich habe meine wunderschöne Echthaar-Puppe, die „Mama" sagen kann, in meinen Armen. Auf dem Rücken trage ich einen Tornister, in dem aber keine Hefte und Stifte sind, sondern Bekleidung. Ich weine.

Es ist ein langer Zug, der mit Verwundeten gefüllt ist. In Königsberg sollen nur Kinder aufgenommen werden, kein Erwachsener darf mit. Ich werde von Irgendjemandem hochgehoben. Er wirft mich in ein Abteilfenster, darin bleibe ich an anderen Kinderkörpern hängen. Wir knäueln uns irgendwie auseinander. Die Mütter bleiben zurück, sie klammern sich von draußen an die Waggons. Meine Puppe ist weg. Ich weine. Ein verwundeter Soldat zieht mich auf seinen Schoß. Noch immer werden Kinder wie Pungel durch das Fenster geworfen, auch Wickelkinder sind darunter. Dann wird es dunkel vor den Fenstern. Die Dunkelheit kommt von den Menschen, die sich draußen auf das Dach hoch kämpfen. „Wo ist meine Mutti?", wimmere ich, als ich merke, dass der Zug fährt. „Deine Mutti wird schon kommen", tröstet mich der Soldat. Es beruhigt mich für einen Augenblick, dennoch wimmere ich weiter: „Meine Mutti, Muttiii ..." Bin ich eingeschlafen? Ich kann mich nicht erinnern. Ich schrecke durch einen entsetzlichen Lärm auf. Es kracht, es wird geschossen. Tiefflieger. Man wirft mich aus dem Fenster: „Kind, lauf!" ruft man mir und anderen Kindern zu. Ich laufe, weil alle laufen. Irgendwo zwischen Büschen und Sträuchern suchen sie Schutz. Ich folge ihrem Beispiel, werfe mich hin, lege schützend die Hände um meinen Kopf, drücke mein Gesicht in die Erde. Wie lange liege ich so? Man packt mich wieder, reißt mich hoch, ruft: „Lauf!" Ich laufe zum Zug. Dort stehen Kinder, viele Kinder. Sie stehen da, verharren still. Die Erwachsenen sind im Zug. Soldaten, Bahnbedienstete, Rotkreuzschwestern, Diakonissen gebieten dem Einhalt. Sie schimpfen mit den Menschen, die im Zug sind. „Erst kommen die Kinder in den Zug, andernfalls fahren wir nicht weiter", schreit ein Soldat. Einige Menschen kommen heraus, sie klettern auf das Dach. Man wirft mich wieder in den Zug. Dieses Mal lande ich mit dem Gesicht an dem Hintern eines größeren Jungen. Meinen Kopf kann ich nicht bewegen, dazu ist es zu eng. So bleibe ich lange stehen. Meine Unterhose ist nass. „Muttiii" wimmere ich, wimmern alle anderen Kinde mit, der größere Junge nicht. Es ist niemand da, der uns tröstet, in den Arm nimmt, unsere Tränen trocknet.

Wieder sind Tiefflieger über uns. Der Zug wird beschossen. Die Menschen, die draußen wie die Kletten hängen, kreischen und schreien. Der Zug fährt ratternd weiter. Mit meinem Gesicht an den warmen Körper des Jungen gelehnt, schlafe ich wohl ein. Ich werde wach, als der Zug seine Geräusche verändert, sie klingen lauter. Einige Menschen fangen an zu sprechen, sie sagen: „Wenn jetzt die Tiefflieger kommen sind wir geliefert. Sie werden uns wie die Katzen ertränken." Der Zug macht jetzt ganz eigentümliche Geräusche. Es wird ganz still unter den Menschen, es ist so, als würde die Welt den Atem anhalten. Wir fahren in diesen Augenblicken über die Weichselbrücke – das werde ich später von meiner Mutter erfahren. Die Brücke wurde, nachdem unser Zug sie passiert hatte, von deutschen Soldaten gesprengt, Mutter hat es gesehen. Irgendwann hält der Zug. Wir sind auf einem großen Bahnhof, es ist die Reichshauptstadt Berlin. Die Menschen drängeln, sie wollen ins Freie. Ich werde durch das Abteilfenster in die auffangbereiten Arme einer Schwester gegeben. Ich habe meine wunderschöne Puppe nicht mehr. Ich weine: „Meine Puppe ... meine Mutti ..."

Aber das Heftpflaster auf meiner Brust sitzt noch fest. „Schreib die Namen der Mädchen und unsere Adresse auf ein Pflaster und klebe es ihnen auf die Brust", hatte Tantchen geraten, als wir auf die Flucht gingen. Ich stehe im Gedränge auf dem Berliner Bahnhof. Neben mir fallen sich Menschen in die Arme und küssen sich.

„Betty, Bettychen!" Die Stimme der Mutter, ganz in der Nähe! Ich kann sie nicht sehen, ich bin noch viel zu klein. Und um zurückzurufen, bin ich zu schüchtern. Das liegt daran, dass ich ohne fremde Menschen auf unserem Abbauhof in Klein Jodupönen aufwuchs. Dann steht sie vor mir: meine Mutter! Sie nimmt mich in die Arme, sie liebkost mich, flüstert mir zärtliche Worte zu. Sie hat Platz für diese Umarmung, ihre Hände sind frei, sie hat alles verloren, selbst ihre Handtasche mit den wichtigen Papieren. Sie brauchte ihre Hände, um sich an das kalte Eisen des Zuges zu krallen. Sie wusste: Meine Kinder sind in dem Zug, ich muss mit ihm fahren." Sie findet mit sicherem Mutterinstinkt dann auch die kleine Anni. Und sie wird später, wenn von der Flucht gesprochen wird, so manches Mal sagen: „Es waren glückliche Momente in meinem Leben, aber der glücklichste war, als ich dich und Anni auf dem Berliner Bahnhof wieder fand."



ZUM 103. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, Kreis Wehlau, am 25. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Karasch, Frieda, geb. **Karpinski**, verwitwete **Nowitzki**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 22. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März
Hombosch, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. März
Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März
Konietzke, Ursula, geb. **Schultz**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 23. März
Rudorf, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. März
Schall, Erna, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 23. März
Tulowitzki, Herta, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 27. März
Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, am 24. März
Wohlgemuth, Ernst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kaminski, Hilde, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 26. März
Mallwitz, Kuno, aus Bartenstein, und aus Königsberg-Methgeten, am 27. März
Willumeit, Erna, geb. **Weßlowski**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beckherrn, Herbert, aus Lyck, Lycker Garten 29, am 22. März
Borowski, Agnes, geb. **Bergrath**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Dömpke, Lucie, geb. **Schendel**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. März
Hauenschild, Elli, geb. **Thurau**, aus Elbing, am 22. März
Kolenda, Hildegard, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Str. 4, am 24. März
Kröhnert, Günther, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. März
Mühlmann, Ida, geb. **Mehrmann**, aus Lötzen, am 22. März
Schneider, Eva, geb. **Hein**, aus Eichhorn, Kreis Preußisch Eylau, am 27. März
Schwartz, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Str. 4, am 24. März
Sommer, Anna, geb. **Waschulewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23.März
Spell, Karl, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Tuchlinski, Toni, geb. **Suchner**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 27. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Berg, Gertrude, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 26. März
Blohm, Kurt-Willi, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 22. März
Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März
Harmsen, Elfriede, geb. **Troeder**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. März
Herboth, Gisela, geb. **Timsries**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 21. März
Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März
Kluczik, Gertrud, geb. **Konopka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. März
Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 26. März
Paare, Helmut, aus Ebenrode, am 21. März
Pawlowski, Otto, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. März
Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Schulz, Marie, geb. **Rama**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 25. März
Smoktun, Elsa, geb. **Duddek**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 24. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baumgärtner, Martha, geb. **Schupetta**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 26. März
Casper, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März
Führer, Heinz, aus Erlenhagen, Kreis Ebenrode, am 28. März
Gregor, Elly, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 30. März
Grimm, Gertrud, geb. **Schudi**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 23. März
Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März
Habicht, Heinrich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Jedamski, Walter, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 23. März
Kasper, Benno, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 24. März
Krause, Luise, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Kühl, Willi, **(Kyjewski)**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Pachaly, Adelheid, geb. **Jackus**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 21. März
Pajonk, Martha, geb. **Wischnewski**, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 27, März
Pickel, Ursula, geb. **Jablonowski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Scheyko, Edith, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. März
Schönfelder, Margot, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. März
Stein, Martha, geb. **Schittek**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 25. März
Thalmann, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 24. März
Wendland, Irmgard, aus Lyck, am 22. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bantke, Elly, geb. **Hantel**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. März
Fischer, Sabine, geb. **Schmidt**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, am 23. März
Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Glashoff, Heinz, aus Pillau, Kreis Samland, am 27. März
Kepp, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 24. März
Knischewski, Ernst, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. März
König, Hildegard, geb. **Kaupat**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 23. März
Körber, Lucie, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Samland, am 26. März
Kruppa, Alfred, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Lawes, Anneliese, geb. **Grunau**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 22. März
Mathwig, Ursula, geb. **Butsihkau**, aus Zielkeim, Kreis Samland, am 27. März
Meier, Irma, geb. **Schmidt**, aus Neidenburg, am 21. März
Mohrdieck, Gerda, geb. **Lopian**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 22. März
Naujok, Erna, geb. **Quednau**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 22. März
Oertwig, Rosemarie, geb. **Titius**, aus Wehlau, am 24. März
Pallasch, Walter, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Rosteck, Edeltraud, geb. **Smorra**, aus Treuburg, am 25. März
Sender, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 27. März
Simon, Waltraut, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 21. März
Staffeldt, Helene, geb. **Roy**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 24. März
Stender, Gertrud, geb. **Krysewski**, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 24. März
Wuttke, Eleonore, geb. **Kreutz**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 23. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alex, Gerda, geb. **Engelke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 22. März
Bannach, Wilhelm, aus Powunden, Kreis Samland, am 24. März
Baran, Willi, aus Großalbrechtsort-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Bauer, Eva, geb. **Behr**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung
Baxmann, Lieselotte, geb. **Nowotsch**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 22. März
Bengsch, Edith, geb. **Leguttky**, aus Otterwangen, am 21. März
Brandstädter, Ingrid, geb. **Popall**, aus Lyck, am 27. März
Brunkhorst, Rosa, geb. **Ademeit**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 26. März
Buchholz, Hannelore, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 24. März
Chudzian, Erika, geb. **Biallas**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Ferster, , Erika, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 26. März
Freynhagen, Jürgen, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 21. März
Kalisch, Ruth, geb. **Scharkowski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 25. März
Knorr, Edeltraud, geb. **Gudde**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 27. März
Kühne, Hildegard, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 26. März
Lippick, Adolf, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 21. März
Martens, Waltraut, geb. **Sbrzesny**, aus Lyck, Falkstraße 20, am 22. März
Meincke, Renate, geb. **Dolenga**, aus Pillau, Kreis Samland, am 23. März
Pischon, Annemarie, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Radtke, Erwin, aus Motitten, Kreis Mohrungen, am 18. März
Sablotny, Herbert, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 27. März
Sallowski, Harry, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 23. März
Schimpf, Ilse, geb. **Langhans**, aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 25. März
Schmalstieg, Else, geb. **Gaurun**, aus Ebenrode, am 27. März
Schulz, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. März
Staben, Lieselotte, geb. **Wittkau**, aus Rothenen, Kreis Samland, am 23. März
Stein, Horst, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 23. März
Sukowski, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 24. März
Theophil, Walter, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 27. März
Vogel, Siegfried, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 26. März
Zabel, Rudolf, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 24. März
Zelies, Erna, geb. **Hein**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 27. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bisgiel, Erika, geb. **Eim**, aus Peyse, Kreis Samland, am 24. März
Dinius, Edith Irmtraut, geb. **Cessarek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 21. März
Dvarionas, Herta, geb. **Tupeit**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung,a 25. März
Eilf, Hans-Georg, aus Treuburg, am 27. März
Erdt, Scharnhorst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 27. März
Gebauer, Waltraud, geb. **Sussek**, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 21. März
Hagemeier, Christel, geb. **Kaffka**, aus Thomken, Kreis Lyck, am 23. März
Heims, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. März
Janneck, Waltraud, geb. **Sobottka**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Katsch, Ruth, geb. **Gronau**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 25. März
Kniza, Günter, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. März
Kulessa, Kurt, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. März
Lehmann, Manfred, aus Königsberg Preußen, Tapiauerstr. 4 b, am 6. März
Leifels, Ursula, geb. **Orlowski**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 23. März
Masuch, Siegfried, aus Lyck, am 22. März
Meißner, Käte, geb. **Czichowski**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Musall, Margarete, geb. **Blaudzun**, aus Ebenrode, am 24. März
Nikolai, Kurt, aus Keipern, Kreis Lyck, am 25. März
Ollech, Waltraud, geb. **Slembeck**, am Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 21. März
Renz, Waldemar, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 21. März
Rose, Gerhard, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 23. März
Rutkowski, Anneliese, geb. **Treziak**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Schelling, Edeltraut, geb. **Albin**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 22. März
Schläfli, Maria, geb. **Wach**, aus Forsthaus Trausen, Kreis Gerdauen, am 25. März
Schlake, Edith, geb. **Hess**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 22. März
Symannek, Horst, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Turba, Hannelore, geb. **Brosio**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 21. März
Winkler, Adelheid, geb. **Brack**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 25. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Behrend, Gerda, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. März
Bischoff, Sabine, geb. **Dobat**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 24. März
Geldschus, Günter, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 21. März
Klooß, Manfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. März
Magnus, Edelgard, geb. **Meyer**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 24. März
May, Hans-Uwe, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. März
Pietrzeniuk, Rainer, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 26. März
Reich, Gudrun, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 27. März
Rosan, Manfred, aus Neidenburg, am 22. März
Siegmund, Dieter, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Skambraks, Dieter, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 28. März
Trapp, Ingrid, geb, **Krischkewitz**, aus Treuburg, am 23. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2015

11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

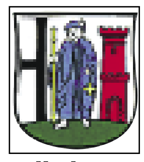
HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 21. März, 20.15 Uhr, tagesschau24: Otto von Bismarck – Der Junker aus der Altmark.
SONNABEND, 21. März, 21.02 Uhr, tagesschau24: Bismarck – Der eiserne Kanzler.
SONNABEND, 21. März, 22 Uhr, tagesschau24: Otto Fürst von Bismarck – Historische Gestalten im Kreuzverhör.
SONNABEND, 21. März, 22.30 Uhr, tagesschau24: Die Einsteiger – Warum Deutschland so attraktiv für Einbrecher ist.
SONNTAG, 22. März, 11.15 Uhr, ZDF: Geheimnisvolle Orte (8): Schloss Bellevue – Ein Amtssitz mit Geschichte.
SONNTAG, 22. März, 23.55 Uhr, ZDF: Helmut Kohl – Triumph und Tragödie. Dokumentation, D 2015.
MONTAG, 23. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 75 Jahren: Die Pakistan-Resolution zur Gründung eines selbstständigen Staates der indischen Muslime wird verabschiedet.
DIENSTAG, 24. März, 21 Uhr, rbb: Geheimnisvolle Orte (6): Geltow – Das geheime Militärkommando der Deutschen.
DIENSTAG, 24. März, 23.30 Uhr, rbb: Staatsgeheimnis Bankenrettung. Dokumentation, D 2013.
DIENSTAG, 24. März, 20.15 Uhr, Tele 5: Flags of Our Fathers. Spielfilm, USA 2006.
MITTWOCH, 25. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 25 Jahren: In Ungarn finden die ersten freien Wahlen statt.
MITTWOCH, 25. März, 20.45 Uhr, MDR: Verheimlicht, vertuscht, verdrängt – Straftaten sowjetischer Soldaten in der DDR. Dokumentation, D 2014.
MITTWOCH, 25. März, 22 Uhr, Bayern: Jahre des Überlebens – Augsburg im Bombenkrieg.
DONNERSTAG, 26. März, 13.30 Uhr, ZDFinfo: Abrechnung mit Afghanistan.
DONNERSTAG, 26. März, 23.05 Uhr, N24: Helitechnik Extrem – Erfolgsmodell Bo 105.
DONNERSTAG, 26. März, 23.50 Uhr, Servus TV: Vom Pionier zum Millionär (3): Henry John Heinz – Leidenschaft für Ketchup. Dokumentation, D 2010.

Die Heimattreffen 2015

Auf einen Blick: Von Allenstein bis Wehlau – die wichtigsten Termine unserer Heimatkreise bis zum Dezember

Allenstein-Land



29. März, Essen-Steele: Kirchspieltreffen Jonkendorf, Wengaithen, Mondtken, Steinberg und Polleiken mit Messe in der St. Antonius-Kirche, Kütings Garten 3. Beginn: 10 Uhr. Weitere Informationen: Ernst Langkau, Telefon (02133) 61177.

29. März, Essen-Steele: Kirchspieltreffen Klaukendorf, Purden, Gr. Kleeberg mit Messe in der St. Antonius-Kirche, Kütings Garten 3. Beginn: 10 Uhr. Weitere Informationen: Ernst Langkau, Telefon (02133) 61177.

3. Mai: Wallfahrt Werl.

8./9. Mai, Münster-Handorf: Kirchspieltreffen Braunswalde im Hotel und Restaurant „Enyck“ früher "Deutscher Vater", Petronillaplatz 9, Beginn: 15 Uhr. Weitere Informationen: Clemens Seidel, Telefon (0251) 932090

16. Mai, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig und Honigswalde in den „Südtiroler Stuben“, Freiherr-vom-Stein-Straße 280. Beginn: 11 Uhr. Weitere Informationen: Hildegard Gerigk, Telefon (02102) 471477

30. Mai, Bochum-Werne: Kirchspieltreffen Göttkendorf, Alt Schöneberg, Jonkendorf zusammen mit Kirchspiel Dietrichswalde, Nagladen und Woriten im Hölterweg 2. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Familie Sawitzki, Telefon (0234) 230624 oder J. Certa (02334) 54077

12. September, Gelsenkirchen: Heimattreffen Allenstein-Stadt und Allenstein-Land im Schloss Horst, Turfstraße.

12. September, Gelsenkirchen: Kirchspieltreffen Deuthen im Schloss Horst. Weitere Informationen: Heinz Spiewack, Telefon (02335) 3969

16. Oktober, Meinerzhagen: Kirchspieltreffen Gr. Bertung, Jomendorf in der Stadthalle Meinerzhagen, An der Stadthalle 1. Weitere Informationen: Robert Wiech, Telefon (02131) 940955

Für das Kirchspieltreffen Gr. Cronau und Lapken gibt es noch keinen Termin und keinen Ort. Ebenso für das Treffen von Prohlen, Kallacken und Alt-Vierzighuben. Organisatoren werden noch gesucht. Bei Interesse bitte melden bei J. Certa, Telefon (02334) 54077

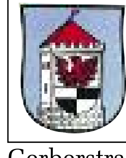
Allenstein-Stadt



2. bis 12. September, Gelsenkirchen: Gemeinsames Jahrestreffen der Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein im Schloss Horst

11. bis 13. September, Gelsenkirchen: 60. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein

Angerburg



12./13. September, Rotenburg (Wümme): 61. Angerburger Tage in der Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16.

Angerapp



30. Mai, Handeloh/Heide: Jahreshaupttreffen im Hotel Fuchs, Hauptstraße 35. Beginn: 10 Uhr.

August: Ostpreußenreise.

Bartenstein



5. September, Nienburg/Weser: Kreistreffen im „Hotel zur Krone“.

Braunsberg

22. Juni bis 1. Juli: Ostpreußenreise gemeinsam mit der LO Kreisgruppe Bonn.

3./4. Oktober, Münster: Kreistreffen in der Johanniter Akademie Weißenburg Straße 60–64.

28. November, Mülheim an der Ruhr: Adventsfeier im Hotel Handelshof, Friedrich-Straße 15–19.

Ebenrode

10. bis 17. Mai, Bad Sooden–Allendorf: 46. Eydtkuhner Treffen im Hotel Martina, Westerburgstraße 1, Anmeldung und Informationen bei den Kirchspielvertretern Gerd Steinbacher und Hans Raeder.

25./26. April, Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen im Hotel Michaelishof, Hauptstraße 5. Anmeldung und Informationen bei Kirchspielvertreterin Margarete Malchow.

30./31.Mai, Kassel: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft im Rathaus Kassel, Obere Königsstraße 8. Die ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) findet am 30. ab 14 Uhr statt.

30./31. Mai, Kassel: Feier der 100 Jahre Patenschaft mit der Stadt Kassel im Rathaus, Obere Königsstraße 8.

30./31. Mai, Kassel: Noreitscher Treffen mit Anmeldung und Informationen bei Helmut Perrey.

5. bis 8. Juni, Hermannsburg: Schülertreffen,

18. bis 27. Juni, ab Wuppertal: Ostpreußen-Busreise der Kreisgemeinschaft.

12. September, Winsen/Luhe: Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode im Schützenhaus, Luhdorfer Straße 29c.

Elchniederung



8./9. Mai, Bad Bentheim: „60 Jahre Patenschaft zum Landkreis Grafschaft Bentheim“ – Jubiläumsfeier im Forum Burg-Gymnasium.

2. August, Heinrichswalde (Slawsk): Teilnahme am Stadtfest.

10./11. September, Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung.

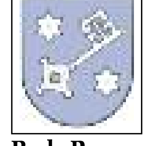
12. September, Bad Nenndorf: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit.

Fischhausen



19./20. September, Pinneberg: Kreistreffen.

Gerdauen

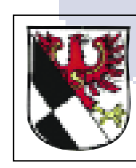


27. April bis 1. Mai, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Ostheim.

22. bis 25. Juni, Bad Pyrmont: Ortstreffen Skandau, Sillginnen, Solknick (auch Landsleute aus dem übrigen Kirchspiel Laggarben willkommen) im Ostheim.

3./4. Oktober, Bad Nenndorf: Hauptkreistreffen im Hotel Esplanade.

Goldap



23. April, Berlin: „Ostpreußische Bräuche“ – Veranstaltung der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354

21. Mai, Berlin: „Muttertag“ – Veranstaltung der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354

18. Juli, Zakatek am Goldaper See: Goldaper Sommerfest. Weitere Informationen: Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552. E-Mail: museum@goldap.de

11. bis 13. September, Stade: Goldaper Heimattreffen. Weitere Informationen: Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552. E-Mail: museum@goldap.de

17. September, Berlin: „Erntedank in Ostpreußen“ – Veranstaltung der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354

3. Dezember, Berlin: Adventsfeier. Veranstaltung der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354

Gumbinnen



14. April, Berlin: Treffen im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41 (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Beginn: 13 Uhr. Weitere Informationen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

17./18. April, Bielefeld: Treffen der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt“ im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Str. 133. Beginn ist am 17. April um 14 Uhr. Weitere Informationen: Dieter Mau, Telefon (02378) 3663.

23. Mai, Hamburg: Treffen im Restaurant Lackermann, Litzowstieg 8. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Hilde Janssen-Kayda, Telefon (040) 517931.

9. Juni, Berlin: Treffen im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41 (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Beginn: 13 Uhr. Weitere Informationen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

11. August, Berlin: Treffen im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41 (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Weitere Informationen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

12./13. September, Bielefeld: 62. Bundestreffen der Gumbinner, Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133. Beginn ist am 12. September um 13.30 Uhr. Weitere Informationen: Karin Banse und Walter Fenselau.

Oktober, Bielefeld: Treffen der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt“ im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Str. 133. Weitere Informationen: Dieter Mau, Telefon (02378) 3663.

13. Oktober, Berlin: Treffen im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41 (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Beginn: 13 Uhr. Weitere Informationen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

November, Spornitz: 45. Heimattreffen des ehemaligen Regierungsbezirkes Gumbinnen im „Landhotel Spornitz“ Am Alten Dütschower Weg 1 D-19372 Spornitz (An der B191). Beginn: 10 Uhr. Weitere Informationen: Friedrich-Eberhard Hahn, Telefon: (03871) 226238.

8. Dezember, Berlin: Treffen im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41 (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Beginn: 13 Uhr. Weitere Informationen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

Heiligenbeil



4. September, Burgdorf: Sondertreffen Kirchspiel Bladiau im Hotel „Försterberg“, Immenser Straße 10 unter der Leitung von Wolfgang Milewski. Beginn: 15 Uhr.

5. September, Burgdorf: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten im Veranstaltungszentrum Burgdorf, Sorgenser Straße 31 unter der Leitung von Viola Reyentanz. Beginn 15.30 Uhr

5./6. September, Burgdorf: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft im Veranstaltungszentrum, Sorgenser Straße 31.

5./6. September, Burgdorf: Sondertreffen Kirchspiele Brandenburg und Pörschken im Veranstaltungszentrum.

Heilsberg



26. bis 27. Juni, Werlte: Heimattreffen und Feier zur 60-jährigen Patenschaft mit dem Landkreis Emsland.

Insterburg



20. bis 23. März, Bad Pyrmont: Treffen der Heimattreuen Insterburger. Weitere Informationen: Ursel Schubert, Telefon (0211) 681243, E-Mail: ursel26@googlemail.com.

1. April, Hamburg: Frühlingsfest im Hotel Zeppelin, Frohmestraße 125–125. Beginn: 12 Uhr. Weitere Veranstaltungen der Heimatgruppe Hamburg: Monatstreffen am 6. Mai, Autorenlesung oder Videovortrag am 3. Juni, Tagesfahrt im Juni, Autorenlesung oder Vortrag am 5, August, Autorenlesung oder Videovortrag am 2. September, Erntedank am 7. Oktober, Gedichte und Geschichten am 4. November, Vorweihnachtsfeier am 2. Dezember. Weitere Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585m E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

11. April, Darmstadt: Stammtisch mit Programm im Restaurant Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17. Beginn: 11 Uhr. Weitere Veranstaltungen der Heimatgruppe Darmstadt: Stammtisch am 6. Juni, Seniorenfreizeit vom 21. bis 28. Juni in Bad Pyrmont, Busreise nach Königsberg und Insterburg vom 27. Juni bis 8. Juli, Stammtisch am 17. Oktober, Weitere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

11. April, Osnabrück: Frühjahrstreffen im Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 41. Beginn: 14 Uhr. Weitere Termine der Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück: Herbsttreffen am 24. Oktober. Weitere Informationen: Barbara Kleine, Telefon (0541) 74282 oder Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

15. April, Kiel: Jahrestreffen mit dem Thema Siegfried Lenz im Haus der Matthias-Claudius-Gemeinde, Alte Dorfstraße 53. Beginn: 15 Uhr. Weitere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

22. April, Köln: Treffen in der Gaststätte „Em Kappeseng“, Aachener Straße 1332. Weitere Treffen der Heimatgruppe Köln: 24. Juni, 22. Juli (Sommerfest), 26. August, 28. Oktober, 2. Dezember (Weihnachtsfeier). Weitere Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

24. April, Schwerin: Treffen in der Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt. Beginn 12 Uhr. Weitere Treffen: 26. Juni, 18. September, 20. November, 18. Dezember. Weitere Informationen: Helga Harting, Telefon (0385) 3922633, E-Mail hehartig@web.de.

13. Mai, Schmalkalden: Treffen der Kirchspielgemeinde Schwägerau/Waldhausen im Hotel Jägerklause. Weitere Informationen: Siegried Schulz, Telefon (038458) 50552.

31. Mai, Erfurt: Mitgliedertreffen. Beginn: 14 Uhr. Weitere Termine: Gartentreffen in Mosbach am 30. August, Mitgliedertreffen in Eisenach am 11. Oktober, Weihnachtsfeier in Eisenach am 13. Dezember. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Telefon (03691) 211105.

13. Juni, Zwickau: Weiterführung der Insterburger Chronik im Haus der Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1. Beginn: 14 Uhr. Weitere Veranstaltungen der Heimatgruppe Sachsen: Ganztägige Ausfahrt am 12. September, Weihnachtsfeier am 12. Dezember. Weitere Informationen: Gerd Berger, Telefon/Fax (0371) 361410.

22. Juni, Bad Pyrmont: Treffen der Seniorenfreizeit der Heimatgruppe Darmstadt und der Kirchspielgemeinde Puschdorf. Weitere Informationen: Werner Kleist, Telefon (05351) 41770.

9./10 Oktober, Krefeld: Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land. Am 9. Oktober findet die jährliche Jahreshauptversammlung im Rathaus der Stadt Krefeld, Von-der-Leyen Platz 1, statt. Am 10. Oktober treffen wir uns zur Festveranstaltung im Gemeindesaal der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Mariannenstraße 106.

Johannisburg



12. April, Dorsten: „Pilchen 550 Jahre“ – 10. Heimattreffen im Hotel Jägerhof, Dorfstraße 3. Beginn: 10 Uhr. Eingeladen sind alle Heimatfreunde aus Pilchen sowie Nachbargemeinden des ehemaligen Kirchspiels Adlig Kessel in Masuren

28. April, Berlin: Frühlingsfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917

1. Mai, Düsseldorf: Johannisburger-Kreistreffen im Gasthof „Im Goldenen Ring“, Burgplatz 21. Beginn: 12 Uhr. Anmeldungen: Paul Sobotta, Telefon: (0281) 45657

Juni, Berlin: Sommerfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917

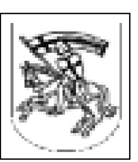
13. September, Dortmund: 60. Hauptkreistreffen im Kongresszentrum Westfalenhallen, Rheinlanddamm 200, Beginn 11.00 Uhr

13. September, Nindorf-Hanstedt: Treffen der Schulgemeinschaft Fichtenwalde / Grünheide / Hirschwalde / Kullik im Restaurant des Wildparks Lüneburger Heide. Beginn: 11 Uhr.

20. Oktober, Berlin: Herbstfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917

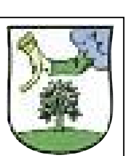
15. Dezember, Berlin: Adventsfeier im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917

Königsberg-Land



5./6. September, Minden: Kreistreffen zum 60. Jubiläum der Patenschaft mit dem Kreis Minden-Lübbecke im Hotel Holiday Inn

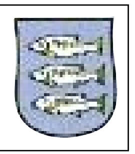
Labiau



20. Juni, Leipzig: 3. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Labiau, Königsberg-Land, Fischhausen und Wehlau. in der Gaststätte „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91. Beginn: 10 Uhr. Weitere Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730

11. bis 13. September, Otterndorf/Niederelbe: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Labiau in der Stadthalle, Fröbelweg. weitere Informationen bei der Kreisvertreterin, Telefon (04853) 562

Lötzen



28. April, Berlin: Frühlingsfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633

23. Mai, Davensberg: Treffen der Dorfgemeinschaft Weidicken (und umliegende Gemeinden) in der Gaststätte Haus Börger, Burgstraße 60. Organisation: Johannes Waschulewski, Telefon: (05251) 55 524

Juni, Berlin: Sommerfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633

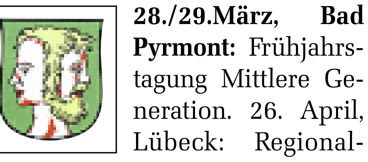
22./23. August, Bochum: Rheiner Ortstreffen im Kolping-Haus, Maximilian-Kolbe-Straße. 14/18. Organisation: Heinz Rothkamm, Telefon und Fax (02204) 5869835

26. September, Schwerin: 20. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in der Sport- und Kongreßhalle. Die Lötzener sowie der Stadt und dem Kreis Lötzen verbundene Menschen sind dabei.

20. Oktober, Berlin: Herbstfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633

15. Dezember, Berlin: Adventsfeier im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633

Lyck



28./29.März, Bad Pyrmont: Frühjahrstagung Mittlere Generation. 26. April, Lübeck: Regional-

Heimattreffen 2015
Fortsetzung auf Seite 17

Heimattreffen 2015
Fortsetzung von Seite 16

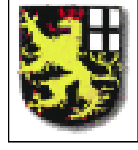
treffen Nord im Hotel Hanseatischer Hof. Beginn: 11 Uhr
5./7. Mai, Bad Pyrmont: Ortstreffen Morgengrund, Mostolten, Siegersfeld, Stettenbach.
11./18. Juni: Lyckreise unter der Leitung von Heidi Mader.
13./14. Juni, Oerlinghausen: Gorlau–Treffen im Hotel Mügge.
20./28. Juni: Lyckreise unter der Leitung von Reinhard Donder.
29./30 August, Hagen: Heimattreffen in der Stadthalle Hagen,
23./25. Oktober, Ellingen: Herbstfahrt Mittlere Generation.
19. November, Bremen: Lycker Treffen im Hotel zur Post. Beginn; 14 Uhr.

Memel-Stadt, Memel-Land, Heydekrug



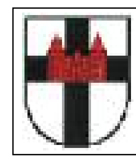
1. August, Memel: Feier zum 100. Patenschaftsjubiläum zwischen Mannheim und Memel in der Kulturfabrik
1. Oktober, Memel: Beginn der 17. Deutschen Kulturtage
3. Oktober, Memel: Feier zum Tag der Deutschen Einheit mit anschl. Oktoberfest in der Kulturfabrik

Mohrungen



19./20. September, Bad Nenndorf: Heimatkreistreffen im Grandhotel Esplanade, Bahnhofstraße 8. Kreisausschuss und Kreistag tagen am 19. September. Feierstunde und Mitgliederversammlung finden am 20. statt.

Neidenburg



6. September, Bochum: Heimattreffen im Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Ortelsburg



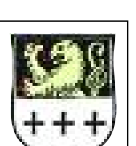
24. bis 26. April, Bad Pyrmont: Sechstes Ortelsburger Heimatseminar
25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke, Altkirchen, Klein Jerutten und Wildenau.
25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Deutschheide und Wilhelmsthal.
25. April, Herne: Heimattreffen des Amtsbezirkes Rheinswein.
25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Farienen und Friedrichshof.
25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg
26. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen, Schöndamerau.
9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Albrechtsort und Groß Dankheim.
9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Großheidenau und Kannwiesen.
9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Kobulten, Steinhöhe.
9. Mai, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Malschöwen, Mensguth und Rummau.
9. Mai, Herne: Kirchspieltreffen Willenberg.
31. Mai bis 09. Juni: Heimatreise der Kreisgemeinschaft
20. September, Herne: Ortelsburger Hauptkreistreffen
25. bis 27. September, Bad Harzberg: Treffen der Ortelsburger Oberschulen.
17. bis 19. April, Bad Laer: Dorftreffen Frögenau und Kaulbruch.

Osterode



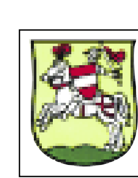
9. Mai, Dierhagen: Dorftreffen Baarwiese, Altfinken, Hirschberg und Thomareinen.
17. Mai, Hamm-Westtünnen: Regionaltreffen.
20. September, Osterode am Harz: Hauptkreistreffen.

Preußisch Eylau



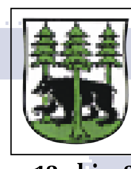
19./20. September, Verden an der Aller: Hauptkreistreffen

Ortelsburg



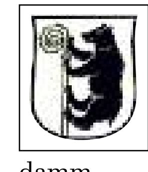
12./13. September, Itzehoe: Hauptkreistreffen

Rastenburg



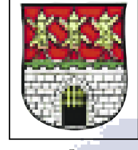
22./23. August, Wesel: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle, an der Trend 1.
13. bis 21. Mai: Busreise nach Rastenburg. Weitere Informationen: Telefon (05261) 2882600.
26. bis 28. Juni, Bad Fallingbostel: Korschener Treffen im Hotel Schnehagen, Adolphsheider Straße 33.

Rössel



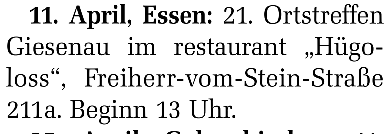
19. / 20. September, Neuss: Hauptkreistreffen in der Aula des Berufsbildungswerks, Hammfelddamm

Schlossberg



21. bis 23. August, Meiningen: Treffen der Schirwindter im Gasthof „Zum Schlundhaus“.
11. bis 13. September, Lügde-Elbrinxen: Haselberger Treffen
11. September, Winsen (Luhe): Treffen der Schülergemeinschaft der Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg in der Stadthalle.
12. Septmeber, Winsen (Luhe): Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode im Schützenhaus (hinter der Stadthalle).
25. Juli bis 2. August, Otterndorf: Jugendfreizeit in der Jugendherberge in Otterndorf
26. Juli bis 8. August, Otterndorf: Kinderfreizeit in der Jugendherberge Otterndorf.

Sensburg



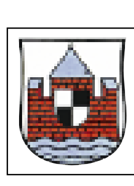
11. April, Unkel /Rhein: 19, Kirchspieltreffen Hoverbeck und 14. Ortstreffen Selbongen im „Weinhaus zur Traube“, Lühlingsgasse 5. Beginn: 10.15
11. April, Essen: 21. Ortstreffen Giesenau im restaurant „Hügoloss“, Freiherr-vom-Stein-Straße 211a. Beginn 13 Uhr.
25. April. Gelsenkirchen: 11. Treffen der Kirchspiele peitschendorf und Aweyden in der Gaststätte „Zum Türmchen“, Oststraße 41. Beginn: 10.30 Uhr.
25. April, Bad Sassendorf: 20. Kirchspieltreffen Sorquitten im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1. Beginn: 9.30 Uhr.
28. April, Berlin: Frühlingsfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917
28. bis 30. April, Willingen: 63. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg im „Waldekker Hof“, Korbacher Straße 24.
9. Mai, Remscheid: 54. traditionelle Stinthengstwasserung am Stadtparkteich beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133. Beginn: 15 Uhr.
Juni, Berlin: Sommerfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917
26. bis 29. Juni, Eberbach/Neckar: 30. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde im Hotel „Krone-Post“, Hauptstraße 1.
20. Oktober, Berlin: Herbstfest im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917
15. Dezember, Berlin: Adventsfeier im Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52. Beginn: 13 Uhr. Anmeldung: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917

Tilsit-Ragnit



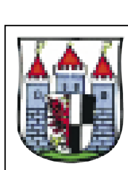
11. September, Bad Nenndorf: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen im Hotel Hannover, Buchenallee 1. Beginn: 14 Uhr. Weitere Informationen: Telefon (05723) 7920.

Tilsit-Stadt



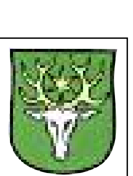
12. September, Bad Nenndorf: Heimattreffen im Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8.

Treuburg



17. bis 22. Mai, Fintel (Nähe Lüneburg): Treffen Schwentainen im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11. Weitere Informationen: Hannelore Kedzierski, Telefon (0371) 855079 oder Fritz Pulla, Telefon (0451) 59621, E-Mail: Fritz.Pulla@web.de.
31. Mai, Gütersloh: Treffen Bärengrund im Restaurant „Bonne Vie“, Carl-Bertelsmann-Straße 267. Weitere Informationen: Manfred Bednarzik (05244) 9275888, E-Mail: M.bednarzik@versanet.de.
1. bis 5. Juni, Fintel: Hauptkreistreffen der Treuburger aus Stadt und Land im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11. Weitere Informationen: Gabriele Janßen, Telefon (02833) 3228, E-Mail: jansen.53@web.de.
1. bis 5. Juni, Fintel: Treffen Rogonnen im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11. Weitere Informationen: Achim Rattay, Telefon (02152) 8099041, E-Mail: Gabi.Holtmanns@GMX.net.
25. bis 28. August, Schneverdingen: Treffen Schwalgenort im Hotel Schäferhof, Heberer Straße 100. Weitere Informationen: Günter Meyer, Telefon (05162) 985088.
28. bis 30. August, Urbar bei Koblenz am Rhein: Treffen Herzogskirchen im Hotel Rhein-Mosel-View. Weitere Informationen: Ronny Haase, Telefon (033731) 10394.
12. September. Schneverdingen: Treffen Reuß im Landhotel Schnuck, Osterwaldweg 55. Weitere Informationen: Ulf Püstow, Telefon (0385) 5571167, E-Mail: ulf.puestow@googlemail.com.

Wehlau



4. bis 6. September, Syke: Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung und Feier zum 60-jährigen Bestehen der Patenschaft mit dem Landkreis Diepholz. Beginn am 4. September: 11 Uhr.

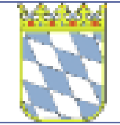
Landestreffen für alle

Am Sonnabend, 26. September 2015, ist es wieder soweit. In der Sport- und Kongresshalle Schwerin findet das große Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern statt. Mehr als 2000 Besucher werden erwartet. „Angehörige und Interessenten von nah und fern sind herzlich eingeladen“, betont der Landesgruppenvorsitzende Manfred F. Schukat. Alle 40 Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich sieben Chöre aus Ostpreußen (Masuren, Königsberg, Memelland). Ehrengäste sind der Botschafter der Republik Litauen, die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Schriftliche Auskunft gegen Rükkporto auch bei: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V, Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, oder per Telefon (03971) 24 56 88.



Nicht nur für Ostpreußen aus Mecklenburg-Vorpommern: Die jährlichen großen Treffen der Landesgruppe. Bild: PAZ

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – 18. April, 14.30 Uhr: „Reiseland Pommern 2014“ – Astrid Külbrich berichtet von ihrer Reise.

Kitzingen – Freitag, 10. April, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Gemütlicher Kaffeenachmittag mit Ehrungen.

Landshut – Dienstag, 7. April, 14 Uhr, Haus der Heimat: Bestükkung unserer Glasvitrine

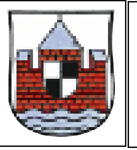
Nürnberg – 24. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation der U 1): Vortrag zum Thema „Kirchen in Ostpreußen“. Gäste und Freunde der Heimat sind willkommen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

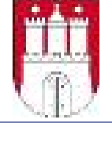


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr




Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 28. März, Ratskeller Charlottenberg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Gemeinsames Treffen. Anfragen bei Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 28. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat: Ostermarkt der mittel- und ostdeutschen Landsmannschaften. Angeboten werden heimatliche Spezialitäten. Auch der Ostpreußenstand ist dabei.

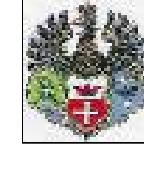
KREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 11. April, 14 Uhr, AWO Seniorentreff, Beuerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst ein, um bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden, in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig wird das Treffen laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V zur Jahreshauptversammlung genutzt. Der Vorstand wünscht sich, ein zahlreiches Erscheinen von allen Mitgliedern der Kreisgruppe Heiligenbeil. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation; Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen: 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (040) 32049041, bis Freitag, 10. April.



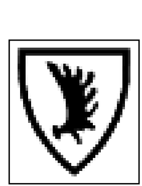
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Königsberg – Sonnabend, 28. März, 10 Uhr, Haus der Heimat: Ostermarkt.



Osterode – Einladung zum Frühlingsfest am Sonnabend, den 21. März, um 14. Uhr, in das Restaurant Ribling (früher Krohn) Magnolienzimmer, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg. Das Restaurant liegt direkt am U/S-Bahn Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, um bei einem gemütlichen Nachmittag mit Liedern und Erzählungen den herannahenden Frühling zu begrüßen.



Frauengruppe – Freitag, 27. März, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen in Hamburg-Bergedorf lädt zur Jahreshauptversammlung ein. Weitere Themen am Freitag: die Jahresrückschau, ein Ausblick auf das neue Jahr und ein Reisebericht über ein Fahrt nach Nordostpreußen“.

HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Wetzlar – Montag, 13. April, 19 Uhr. Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Als Heimwehtourist im Königsberger Gebiet“ – so lautet das Thema beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen - Kreisgruppe Wetzlar. Dazu zeigt Rudolf Virnich einen Lichtbilder-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

vortrag. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

– Bericht –

Die Landesgruppe Hessen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hat langjährige treue Mitglieder und aktive Mitarbeiter der Kreisgruppe Wetzlar geehrt. Im Auftrag des Vorstandes überreichte Kuno Kutz die Ehrennadeln in Silber und die Urkunden. Kutz ist nicht nur Vorsitzender der Kreisgruppe, sondern auch Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes. Die Ehrung erhielten Edith Chowanetz, Adele Häuser, Hildegard und Karl-Oskar Henning, Christel Kalweit, Christa und Kuno Kutz, Karin Mößer, Elisabeth und Dietmar Saklowsky, Gisela Steinbach, Edith Strack und Margarete Weise.

Der Landesverband erinnerte daran, dass direkt nach dem Krieg viele Mitglied in der Landsmannschaft wurden, weil sie sich erhofften, bald wieder in ihre Heimat zurückzukönnen. Bis heute würden sich viele in der Landsmannschaft engagieren, um die Bräuche der alten Heimat aufrechtzuerhalten.

Solch ein Brauch wurde bei dem Treffen wieder lebendig. Die Kreisgruppe hatte zum Grützwurstessen ins Restaurant „Grillstuben“ eingeladen und zahlreiche Gäste waren dieser Einladung gefolgt. Grützwurst, diese Delikatesse, kennen die Mitglieder der Landsmannschaft aus der Heimat. Karla Weyland erinnerte mit einem Beitrag an die Sitte der Hausschlachtungen. Angesichts der ärmeren Zeiten wurde die Wurst mit Grütze, also grob gemahlenem Korn, verlängert. In früheren Jahren wurde das Grützwurstherstellen vom Vater auf den Sohn weitergegeben, damit sich diese Tradition fortsetzt, so Weyland.

Die 85-jährige Friederike Preuß trug ebenfalls Gedichte und Texte aus Ost- und Westpreußen zum Thema „Was Essen zum Genuss macht“ vor. Dabei erinnerte sie an die Zeiten des Deutschordens. 1410 hatte dieser bei der Schlacht von Tannenberg eine Niederlage erlitten. Hochmeister Heinrich von Plauen berief 1412 den Ritterkonvent in der Marienburg ein. Dabei wurde die Lage der Bevölkerung diskutiert, die durch den Krieg unterschiedliche Lasten zu tragen hatte. Dabei machte der Rittmeister den Vorschlag: So ein Land geht zugrunde, wo Schlemmer und Hungerleider voll Bitternis nebeneinander liegen. Daher solle jede zweite Münze des Ersparten in den Bau von Häusern fließen. Auch das erste Kalb einer Kuh solle dazu dienen, den Armen zu helfen.

In einem Gedicht ging es um die Königsberger Speisekarte. Es stammt von Ruth Geede, die in Königsberg geboren wurde und ihr Arbeitsleben einst beim Reichssender Königsberg begann. Dort wirkte sie als freie Mitarbeiterin und setzte sich für den Erhalt der ostpreußischen Mundart ein. In ihrem Werk heißt es „Ein jeder schwärmt auf seine Weise für eine ganz gewisse Speise.“ Geede fährt fort: „Und wär Lukullus hier geboren, hätt' er wie ich sein Herz verloren – an Königsberger Klops natürlich.“

Dann erinnert Geedes Gedicht an Speisen wie „Fleck aus Rindskaldaunen“, also Streifen von Pansen, die mit Senf, Majoran und Zwiebeln gar nicht übel schmeckten. Zudem erwähnt sie graue Erbsen, fett in Speck, Spirkel (Schweinebauch) mit Kartoffelbrei, Sauerampfer mit Ei, Flinsen (Kartoffelpuffer) mit Farin (Zucker) bestreut. Noch viele Gerichte aus Ostpreußen beinhaltete das Gedicht, ohne das Königsberger Marzipan zu vergessen. Das Gedicht endet mit den Worten „Und wer dies alles nicht geschmeckt, hat nie das Paradies entdeckt.“



Von links: Kuno Kutz, Christa Kutz, Margarete Weise, Christel Kalweit, Hildegard Henning und Karl-Oskar Henning erhielten die Ehrennadel in Silber und eine Urkunde für ihre langjährige Treue zur Landsmannschaft. Bild: Rühl

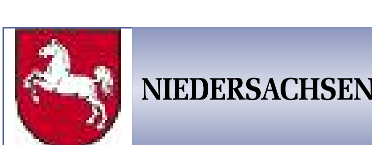


MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 25. März, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Generalversammlung. Tagesordnung; Tätigkeitsberichte, Entlastung des Vorstandes, Vorstandswahlen.

Göttingen – Vom 17. bis 24. Juli bis bietet die Gruppe Göttingen wieder eine achttägige Fahrt nach Masuren an. Sie umfasst sieben Übernachtungen (inklusive jeweils einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise) mit Halbpension in Hotels der Mittelklasse, je eine Rundfahrt in Masuren und im Ermland sowie ein Besuch des Treffens der deutschen Minderheit in Bischofsburg. Nähere Informationen und schriftliche Anmeldungen bis zum 15. März an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

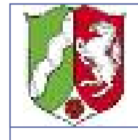
Helmstedt – Donnerstag, 9. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Weitere Informationen erteilt Frau Anders, Telefon (05351) 9111

Oldenburg – Mittwoch, 8. April, 15 Uhr, Stadthotel Oldenburg: „Tannenberg 1914“ – Vortrag von Dr. Manuel Ruoff, Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (Ressort Geschichte). Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

– Bericht –

Am 11. März hatte die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg (vormals Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg) Dr. Jörn Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg zu Gast mit seinem Vortrag: „Alfred Partikel und die Königsberger Kunstakademie“. Es war ein fundierter kunsthistorischer Vortrag über den ostpreußischen Maler, der alle Schaffensperioden detailliert erläuterte. Sehr reichhaltiges Bildmaterial zeigte ein umfangreiches Oeuvre, das sich weit verzweigt überwiegend in Privatbesitz befindet. Ein langer Zeitraum als Lehrer für Landschaftsmalerei an der Kunstakademie sorgte für einen hohen Bekanntheitsgrad des Malers in seiner Zeit und einen regen Absatz seiner Bilder. Heute ist der Maler, der im Oktober 1945 auf ungeklärte Weise verschollen ist, allerdings weitgehend unbekannt – außer bei seinen ostpreußischen Landleuten. *Gisela Borchers*

Osnabrück – Dienstag, 7. April, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenthaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Mittwoch, 25. März, 18 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: „Jakobowsky und der Oberst“, Filmvorführung mit Einführung von Professor Volkmar Hansen alässlich des 70. Todestages von Franz Werfel. – Donnerstag, 26, März, 8.40 Uhr: „Auf dem Weg zum Weltfrieden?“ Besuch des UN-Campus in Bonn (Tagesexkursion) – Donnerstag, 26. März, 19 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): „Licht! Kamera! Korngold!“ – musikalisches Porträt des Komponisten Erich Wolfgang Korngold.

Essen – Die Kreisgruppe traf sich am 20. Februar zu ihrer Jahreshauptversammlung in der Gastronomie St. Elisabeth. Unser Vorsitzender, Bernhard Kehren, gedachte der Toten des Jahres 2104 und berichtete über die Arbeit und die Veranstaltungen im letzten Jahr. Eine Bestandsaufnahme ergab, dass die Kreisgruppe in den letzten beiden Jahren elf Mitglieder durch Tod und Austritte verloren hat und das Durchschnittsalter der Mitglieder 78 Jahre beträgt.

Die Schatzmeisterin, Doris Fromm, konnte einen positiven Kassenbericht vorlegen und die Kassenprüfer bescheinigten die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung. Dem gesamten Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt! Nachdem im Jahre 2014 gemäß Satzung die Vorstandmitglieder gewählt wurden, waren in diesem Jahr die Stellvertreter für die nächsten zwei Jahre zu wählen. Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wurden gewählt: Der stellvertretende Vorsitzende, die stellvertretende Schriftführerin und der stellvertretende Schatzmeister, außerdem wurden zwei Kassenprüfer gewählt.

Nach Erledigung aller Formalitäten konnte die Veranstaltung bei einem gemütlichen Essen und einer Vorschau auf die Veranstaltungen des neuen Jahres ausklingen. Wir freuen uns schon auf unser nächstes Zusammentreffen am 20. März mit einem Vortrag von Herrn Hoffmann (Mitarbeiter des Naturschutzbundes), der über den Habicht, den Vogel des Jahres 2015, berichten wird. Erika Dietz

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Köln – Dienstag, 21. April: Diavortrag über Masurens Schönheiten. Dirk Makoschey und seine Begleiterin Claudia hielten sich in der Sommerzeit des vergangenen Jahres über mehrere Wochen in Masuren auf und machten viele Aufnahmen.

Leverkusen – Sonnabend, 18. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich Lübke Straße 61: Jahreshauptversammlung, mit Neuwahlen des Vorstandes. - Nach Berichten und Wahlen ein Vesper und ein kleines kulturelles Programm,. Wir bitten alle Mitglieder um ihr Kommen, Ihre Meinung über die Tätigkeit und die Zukunft der LM ist uns sehr wichtig. Gäste sind willkommen.

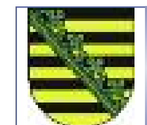
Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben", Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost-und Westpreußen trifft sich regelmäßig an jedem 3. Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Wuppertal – Die Ostpreußenrunden finden jeden zweiten Sonnabend im Monat im Kolkmannhaus, Hofaue 51 in Wuppertal-Elberfeld um 14 Uhr statt. Bei dieser Zusammenkunft ist die Kuchentheke reichlich bestückt und Kaffee wird an liebevoll gedeckten Tischen getrunken. Mit einem Gedicht, meistens einem ostpreußischen, begrüßt der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht die Anwesenden. Die Geburtstagskinder des vergangenen Monats werden mit einem Ständchen geehrt und ein Schnäpschen gibt es für alle. Je nach Jahreszeit wird an Bräuche, geschichtliche oder aktuelle Ereignisse erinnert, auch Filme von Veranstaltungen und Fahrten sind sehr beliebt. Hans Berndt, ein Mitglied der Gruppe, hält viele schöne Momente mit seiner Kamera fest und versteht es auch, trotz verschiedener Systeme, seine Aufnahmen auf den Bildschirm zu bannen zur Freude der Zuschauer. Auf Initiative des 1. Vorsitzenden wurden weiße Polohemdchen mit der gestickten Elchschaufel angeschafft, die als „Dienstkleidung" gerne getragen werden. Jede Zusammenkunft endet mit dem gemeinsam gesungenem Ostpreußenlied und dem Lied „Kein schöner Land".



Die Kreisgruppe Wuppertal: Vorsitzender Hartmut Pfecht mit weiteren Vorstandsmitgliedern Bild: privat



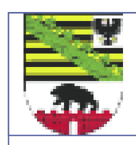
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 11. April, 10 Uhr, St. Matthäusgemeinde, Zinnsendorferstraße, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Gemeinschaft der Ostpreußen. Der Kirchentag beginnt mit dem Gottesdienst gehalten vom Pfarrer i. R. Klaus Plorin. Im Anschluß wird ein Grußwort des CDU-Kreisverbandes von Ralph Burckhard übermittelt. Der Vortrag vom Direktor des Kulturzentrums aus Ellingen, Wolfgang Freyberg, wird mit Spannung erwartet. Am Nachmittag wird uns der Kindergarten der Gemeinde mit einem schönen Kulturprogramm erfreuen.

Im Vorfeld werden am 10. und am 17. März drei Mitglieder unserer Landesgruppe der Jungen Gemeinde von ihren Erlebnissen erzählen: „Meine Notkofirmation in Königsberg" mit Erna Felber und „Erlebnisse meiner Flucht aus Königsberg" mit Hannelore Kedzierski sowie „ Meine Erlebnisse als Wolfskind" mit Gertraut Groß. Alle Landsleute sind auf das herzlichste eingeladen.

Alexander Schulz, Landesvorsitzender



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 27. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag.

Magdeburg – Freitag, 27. März, 15 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 7. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Dienstag, 14. April, 15 Uhr, AWO Stadtteilcafe Mathildenstraße 22: Vortrag von Uwe Carstens; Die ungewöhnliche Lebensgeschichte des Kolonisten Ernst Weigle aus Westpreußen.

Malente – Zur der diesjährigen Jahreshauptversammlung am 20. Februar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, sowie Schlesier, Ortsgruppe Malente ,in der „Lenter Kate" begrüßte der Vorsitzende Klaus Schützler eine Vielzahl der Mitglieder. Ganz besonders wurde der Vorsitzende der Kreisgruppe Ostholstein Edwin Falk begrüßt. Nach dem Gedenken der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht,. Dabei wurden unter anderem die traditionelle Erntedankfeier, sowie die besinnliche Adventsfeier besonders hervorgehoben. Alle Veranstaltungen waren stets gut besucht und es konnten jeweils auch viele Gäste begrüßt werden. Der Kassenbericht zeigte, dass mit den Beiträgen der Mitglieder sehr sparsam gewirtschaftet worden ist, so dass dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Zum neuen Kassenwart wurde H.-W. Schützler einstimmig gewählt. Nach Beendigung der Tagesordnung waren von den Mitgliedern Beiträge über „Ostpreußen und Schlesien zu hören. Anschließend kam es zu interessanten Diskussionen.

In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende Klaus Schützler für die gute Mitarbeit und aufopfernde Tätigkeit zum Wohle der Landsmannschaft und forderte alle auf, sich auch künftig für die heimatpolitischen Anliegen einzusetzen. Mit Gesang des Ostpreußen- und Schlesierliedes sowie auch des Schleswig-Holstein Liedes fand die Jahreshauptversammlung ihren Abschluss.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

In den Heimatkreis

In der Zeit vom 4. Juni bis 12. Juni wollen wir von Rotenburg (Wümme) mit Zwischenübernachtung in Stettin und Danzig Angerburg aufsuchen und im Hotel Wodnik in Lötzen übernachten. Auf der Rückfahrt werden wir über Heilsberg fahren, die Stadt besichtigen (ca. drei Stunden) und dann nach Thorn fahren und dort übernachten. Am 12. Juni werden wir gegen 20 Uhr in Rotenburg (Wümme) ankommen. Es sind nur noch vier bis fünf restplätze frei. Bei Interesse erhalten sie weitere Auskünfte üner Telefon (040) 5522221.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Ostpreußenreise

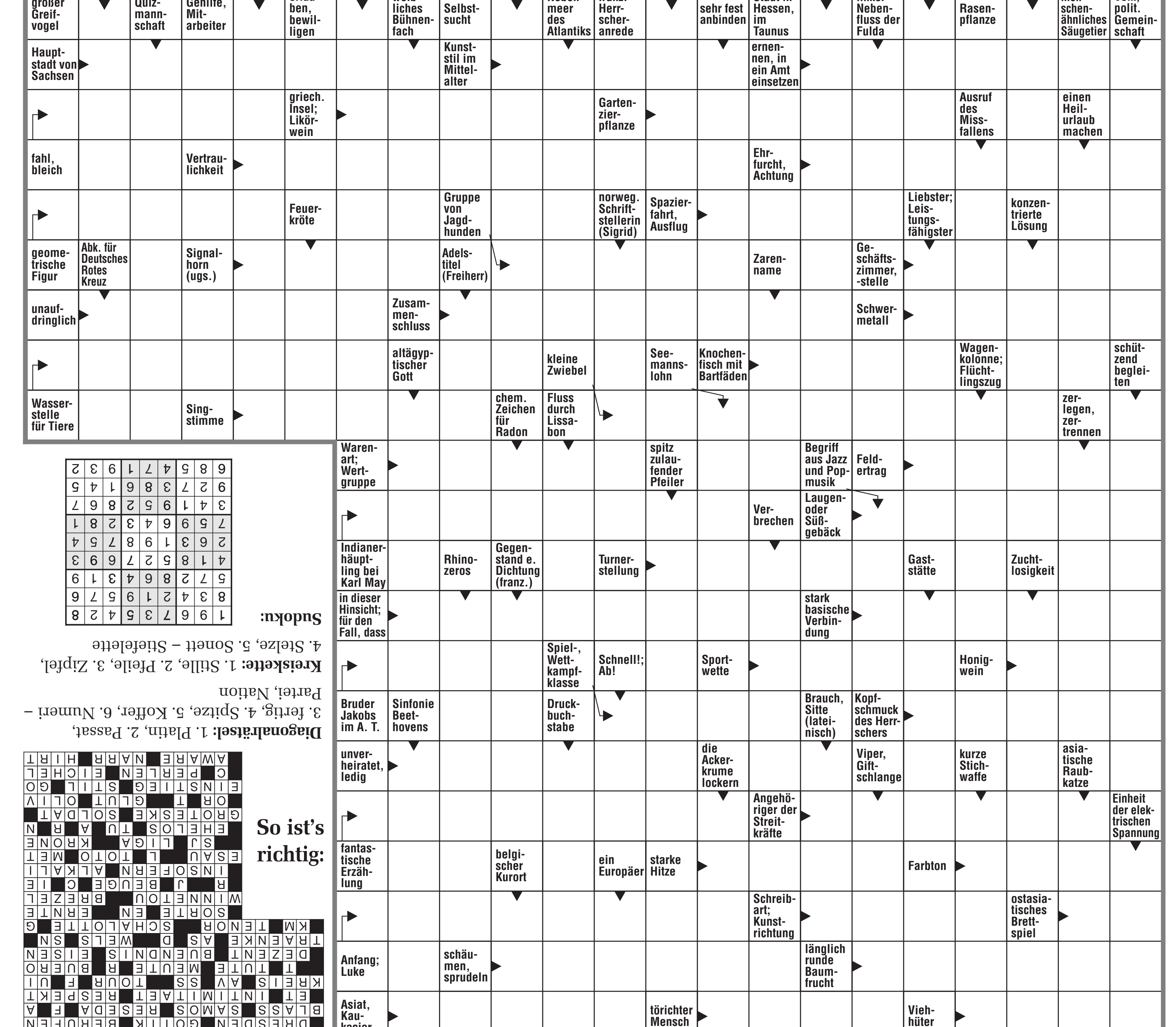
Danzig, die Elchniederung, Nikolaiken und der Oberländer Kanal gehören unter anderem zu den Zielen der neuntägigen Bus-reise, die die Kreisgemeinschaft vom 15 bis zum 23. Mai 2015 veranstaltet. Unter Leitung von Peter Westphal erwartet die Teilneh-mer dieses Programm:

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Danzig.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie einen geführten Rundgang durch die Danziger Altstadt. Beim Bummel über den langen Markt sehen Sie den Artushof, den einstigen Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute, und den Neptunbrunnen. Sie spazieren am Ufer der Mottlau zum imposanten Krantor und erreichen durch die Frauengasse die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen der Welt. Nach dem geführten Altstadtrundgang bleibt noch etwas Zeit für eine individuelle Mittagspause, bevor die Reise weiter zum polnisch-russischen Grenzübergang geht. Die anschließende Weiterreise führt vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija" beziehen.

3. Tag: Am Vormittag Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Besichtigung der historischen Kirche. In der mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem Imbiss gedeckt. Rückfahrt über Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. Nach dem Abendessen geführter Rundgang durch Tilsit. Beim Besuch der teilweise wieder restaurierten Hohen Straße können Sie die einstige Schönheit der

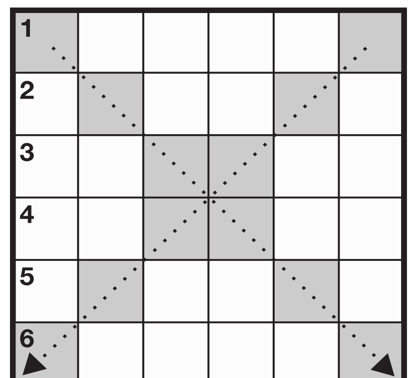
Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku

1			7		5			8
8				1				6
		2	8		4	3		
	1		5		7		9	
		3				7		
	5		6		3		8	
		1	9		2	8		
9				8				5
6			4		1			2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

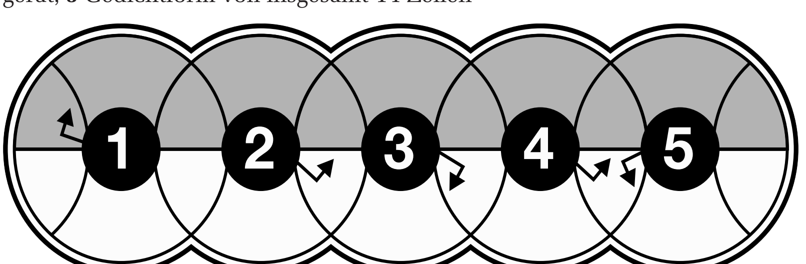
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine politische Organisation und ein Wort für Staat.

1 ein Edelmetall
2 Ostwind der Tropen
3 vollendet
4 vorderster Teil
5 Gepäckstück
6 4. Buch Mose

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Fußbekleidung.

1 Ruhe, Schweigen, **2** Bogengeschoss (Mz.), **3** kleines Endstück (Wurst), **4** Laufgerät, **5** Gedichtform von insgesamt 14 Zeilen



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Stadt an der Memel erahnen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehm. Unser Taxiservice steht Ihnen zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Nach dem Frühstück Rundfahrt durch die Elchniederung. Auch an diesem Reisetag besteht wieder die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Heute verlassen Sie Tilsit und erreichen im südlichen Ostpreußen das Land der großen Seen – Masuren. Bei einer Rund-fahrt erleben Sie von der Jäger-höhe bei Angerburg einen beson-ders schönen Ausblick über das Naturparadies der Seenlandschaft. Anschließend erreichen Sie Rastenburg und Lötzen, die „Sommerhauptstadt“ Masurens. In Heilige Linde besuchen Sie die barocke Klosterkirche. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

6. Tag: Nach dem Frühstück beginnt Ihre heutige Masurenrundfahrt mit einer Schiffsfahrt über die Masurischen Seen. Anschließend Weiterfahrt in Richtung Eckertsdorf mit Besuch des Philipponenklosters. Danach erreichen sie den wohl romantischsten Fluss Masurens, die Kruttinna. Bei einer Stakenkahnfahrt genießen Sie Natur pur. Zum Abendessen erwartet Sie der Küchenchef zum rustikalen Grillabend am Seeufer. Übernachtung in Nikolaiken.

7. Tag: Nach dem Frühstück Weiterreise nach Westen in das Ermland. Zunächst besuchen Sie die Hauptstadt Ermland-Masurens: Allenstein. Bei einer Führung sehen Sie unter anderem die Burg des ermländischen Domkapitels. Hier residierte Nikolaus Kopernikus als Verwalter des Kapitels. Sehenswert sind weiterhin das Hohe Tor und die St. Jakobus-Kirche. Am Nachmittag fahren Sie nach Hohenstein (Olsztynek). Hier erleben Sie in einem Freilichtmuseum ein traditionelles ostpreußisches Dorf mit Gehöften, Windmühlen und Kirchen.

Ihr heutiges Übernachtungshotel „Anders“ liegt in Stare Jablonki bei Osterode malerisch hoch über einem See. Die weitläufige im Wald gelegene Hotelanlage ist um eine einstige deutsche Villa herum entstanden.

8. Tag: Gleich nach dem Frühstück erwartet Sie ein weiterer Höhepunkt der Reise: eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der Strecke zwischen Buchwalde und Elbing den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge.

Am Nachmittag Weiterreise nach Westen vorbei an Deutsch Eylau und Graudenz bis nach Schneidemühl (Pila) zur letzten Zwischenübernachtung.

9. Tag: Rückreise nach Deutschland. Unterwegs Mittagspause auf einem polnischen Markt an der Grenze.

Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstr. 26, 38690 Goslar, Telefon und Fax (05324) 798228 oder bei Partner-Reisen Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: info@partner-reisen.com



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Helfer gesucht

Liebe Landsleute,

heute wenden wir uns mit einer Bitte an Sie. Helfen Sie mit, die Arbeit unserer Heimatkreisgemeinschaft auf viele Schultern zu legen. Denn auch an den jetzt Aktiven ging die Zeit nicht spur-los vorüber. Wir sind älter geworden und die diversen Zipperlein machten um die meisten von uns keinen Bogen, so dass es uns mittlerweile immer schwerer fällt, alle Arbeiten mit nur ganz wenigen Aktiven zu stemmen.

Deshalb, liebe Landsleute, bitten wir Sie, uns bei der ehrenamtli-chen Arbeit für die Heimatkreis-gemeinschaft Gerdauen (Kreistagsarbeit / Kirchspielvertreter) und der Familienforschungsgruppe GIRDAWE (Erfasser / Verwalter für Kirchbuchdaten) zu unterstützen.

Sie müssen nicht im Kreis geboren oder Nachfahre sein, aber wenn Sie sich für Ostpreußen – speziell für den Kreis Gerdauen – interessieren, dann sind Sie der oder die Richtige für uns. Sie benötigen kein „Hochschulstudium“, um uns bei der Arbeit zu unterstützen. Ein Internetanschluss, einfache Excel- und Word-Kenntnisse reichen aus. Zur Unterstützung der Familien-forscher von GIRDAWE wäre es schön, wenn Sie auch Kenntnisse in Datenverwaltung (hier insbesondere MS Access) hätten.

Wenn die Kinder aus dem Haus und Sie nicht mehr berufstätig sind, haben Sie sicher etwas Zeit für solche Tätigkeiten. Sie entlasten nicht nur die Aktiven, sondern helfen mit, die Geschichte und Kultur des Kreises Gerdauen für unsere Nachfahren, das heißt für unsere Kinder und Enkel, zu erhalten und an sie weiterzugeben.

Deshalb, liebe Landsleute, unsere herzliche Bitte, geben Sie sich einen Ruck und helfen Sie mit. Oder kennen Sie jemanden in Ihrem Bekanntenkreis, der Interesse an solch einer interessanten Freizeitbeschäftigung hat?

Gerne sehen wir Ihrem unverbindlichen Kontakt entgegen, um Ihnen unsere Arbeit näher vorstellen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Brigitte Havertz, Büchelstraße 22, 42855 Rem-scheid, Telefon: (02191) 5923487, E-Mail: brigitte.havertz@t-online.de oder bei der Geschäftsstelle der Heimat-kreisgemeinschaft Gerdauen, Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon: (03 41) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

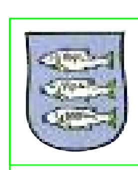


INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Teutonentreffen

Osnabrück – Sonnabend, 11. April, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenthaller Weg 43: Gemütliches Zusammensein der Insterburger Teutonen. Gäste sind herzlich Willkommen.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Veranstaltungen im Heimatmuseum

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und vielen Veranstaltungen:

Sonnabend, 21. März: Eröffnung der Kunstausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen“ (bis 18. Juli 2015), in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat für Ostpreußen und dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Um 15.30 Uhr Begrüßung, Einführungsvortrag.

Sonnabend, 18. April: „Mit Theodor Storm durch ‚Die graue Stadt am Meer‘“ – Vortrag (mit Bildern) über den Dichter und seine Geburtsstadt Husum von Karl-Heinz Requard, Weddingstedt.

Sonnabend, 16. Mai: Über „Schätze europäischer Bernsteinkunst“spricht Dr. Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

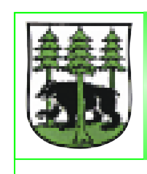
Sonnabend, 20. Juni: „Die Kurische Nehrung im Spiegel von Reiseführern und literarischen Texten“ - Eine besondere Landschaft – vorgestellt von Ute Eichler.

Sonnabend, 18. Juli: „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10 bis 16 Uhr). Der Erlös des Buchmarktes kommt der Museumsarbeit zugute.

Sonnabend, 25. Juli: Ausstellungseröffnung „Lieselotte Plangger-Popp – Aus dem grafischen Werk einer ostpreußischen Künstlerin“ (bis 21. November), in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Um 15.30 Uhr Begrüßung, dann Einführungsvortrag.

Sonnabend, 15. August: „Deutsch(e) in Polen – über deutsche Sprache und Deutschunterricht in Polen“, Ewa Galka, M.A., aus Ostroleka, Polen.

Von März bis einschließlich November findet stets an einem Sonnabend des Monats von 10 bis 15.30 Uhr „Der besondere Tag“ statt. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – um 15.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Der Besuch von Heimatmuseum und Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler (040) 6083003 möglich. Bei Fragen, Hinweisen und Anliegen: Kreisgemeinschaft Lötzen, Geschäftsstelle, zu Händen Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

An alle Schönfließer

Johanna Malkiewicz arbeitet an einen Buch über Schönfließ vor 1945 Eine Menge Informationen hat sich die junge Lehrerin, die selbst in Schönfließ (Kraskowo) lebt, aus den Bibliotheken und Archiven in Allenstein und Warschau beschafft. Sie bittet nun alle Schönfließer um Mithilfe und Unterstützung. Ihr fehlen ein Ortsplan, Einwohnerlisten, Informationen über die Schule, die Lehrer, die Kirche und die Pfarrer – insbesondere Pfarrer Martin Grundwald. Außerdem sucht sie Fotografien aus der Zeit vor 1945. Wir bitten alle Schönfließer um Mithilfe. Informationen bitte an die geschäftsstelle „Patenschaft Rastenburg“, Kaiserring 4, 46483 Wesel senden.

Ursula Paehr, Ortsvertreterin

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Juri Userzow wird 65

Lieber Juri, sehr herzlich gratulieren ich Dir zum besonderen Geburtstage, auch im Namen der Kraupischker! Bleib vor allem gesund! Seit fast 23 Jahren kennen wir uns und haben zahlreiche gemeinsame Höhepunkte zum Wohle unserer Landsleute erleben können. Dankbar bin ich für die lebendige seit 2004 bestehende Partnerschaft zu Lütjenburg und Uljanovo, zu der parallel eine Begegnung der Schüler aus beiden Gemeinden gepflegt wird.

Geschichte in weiteren und engeren Bezügen ist durch Dich dokumentiert, archiviert und sichtbar gemacht. Davon legen bei mir mehrere prall gefüllte Aktenordner Zeugnis ab. Deine Gästebücher sind Zusammenführungswunder, ans Herz gehende Freude für alle Beteiligten, die längst verlorene Familienmitglieder, tot geglaubte Nachbarn oder Freunde entdecken. Dein Museum ist in seiner Vielfalt ein Geschichtsbuch im Großen und im Kleinen und deshalb ein wichtiges Ziel der Ostpreußenreisen geworden, die Dir in wachsender Zahl Freunde schenken. Dein Adressbuch ist sehr dick. In ganz Deutschland öffnen sich Dir gastfreundliche Türen. Mit zahlreichen Orden ausgezeichnet und von den höchsten Politikern Deines Landes besucht, hast Du Dir Anerkennung und Achtung auf hohem Niveau erworben. Wir sind stolz auf Dich als Breitensteiner, wie Du es immer wieder betonst!

Frieden halten, im Gespräch bleiben, einander achten. Lass es uns weiter praktizieren und nicht in die fürchterlichen Jahre des Kalten Krieges, der Isolation zurückfallen. Du sollst hochleben!

Deine Katharina Willemer. Kirchspiel Breitenstein

Die Kommission Lütjenburg – Breitensein – Uljanovo schließt sich dem Glückwunsch von ganzem Herzen an.

Volker Zillmann, Vorsitzender

Fischersfrau fischt frische Fische

Am Bodensee werfen auch Frauen ihre Netze aus – In Hagnau erinnert man sich dabei gern an einen alten Schlager

Statt einfache Beute von Männern zu sein, macht die holde Maid selbst Jagd – auf Fische, angelt sich dann aber später selbst einen Mann. So jedenfalls in einem beliebten Heimatfilm aus den 1950er Jahren. Heute ist die Realität am Bodensee eine andere.

„Die Fischerin vom Bodensee ist eine schöne Maid juchhee.“ So begann ein alter Schlager. Zum Lied gesellte sich 1956 ein Kinofilm gleichen Titels, der zum Zuschauerhit wurde. Wenn er heute hin und wieder im Nachmittagsprogramm des Fernsehens gezeigt wird, begeistert die einfache, in der arkadischen Landschaft des Bodensees spielende Handlung nicht nur ältere Semester.

Hauptdarstellerin Marianne Hold, die weiland in ihrem weißen Kahn auf den See hinaus ruderte und ihre Netze auslegte, in die sich auch ein alter Hecht verirrt, „der noch möcht' ins Netz hinein, um bei der schönen Fischerin zu sein“, findet – man staune – auch bei Kindern und jungen Leuten Anklang.

Über diese heile Welt kann die „echte“ Fischerin Heike Winder aus Hagnau nur lächeln. Im Gegensatz zur blond bezopften Filmbesetzung ist die gestandene Frau dunkelhaarig und trägt statt des feschen Dirndls zünftige Berufskleidung, wie es sich halt gehört für diesen Job. Wie schwer die Fischerei wirklich ist, zeigt eine Ausfahrt in Winders Kahn. In aller Herrgottsfrühe bricht sie auf, wenn noch Nebelschwaden über dem See wabern. Wer traut dieser zierlichen Frau schon die Kraft zu, das schwere Netz mit der zappelnden Beute an Bord zu ziehen? Jahrelange Übungssache, sagt sie und blickt zufrieden auf den Fang, der sich gelohnt hat. Einen Teil der Felchen, Kretzer, Seesaiblinge und Seeforellen frisch aus dem See werden an die einheimischen Restaurants verkauft und kommen mittags bereits auf den Tisch.

Weithin berühmt sind die Felchen, die ein schlichtes Schild mit der Aufschrift „Frisch geräucherter Fisch“ vor Heike Winders Haus zum Verzehr anbietet. Ihr Rezept, plaudert die muntere junge Frau aus, ist denkbar einfach: Meersalz und der Rauch von Buchenholz machen die Fische zu einem kulinarischen Erlebnis. Es versteht sich, dass zum Essen ein Wein aus der Region getrunken wird. Am besten passt ein Müller-Thurgau, der auch in der Küche der gastronomischen Betriebe verwendet wird. Gebratene Fischfilets in Weißweinsoße sind ebenfalls ein Hochgenuss.

„Die Entwicklung unseres Weinanbaus verdanken wir dem legendären katholischen Pfarrer Heinrich Hansjacob aus Freiburg, den man auch den Rebell im Priesterrock nannte“, erzählt der Wirt vom „Steghaus“. 1869 wurde der an sozialen Belangen interessierte Gottesmann hier ansässig und regte die Gründung einer Winzergenossenschaft an. Die Gemeinde war seinerzeit bettelarm. Der Weinverkauf – 15 Pfennig pro Liter – war praktisch ein Zusatzgeschäft. Die Energie des Pfarrers sprang auf die Bevölkerung über, die erste badische Winzergenossenschaft wurde in Hagnau gegründet und trug bald schon Früchte.

„Wir haben hier nicht nur eine der schönsten und abwechslungsreichsten Landschaften zu bieten, sondern auch exquisite Weine, die leider noch viel zu wenig bekannt sind.“ Während der Weinprobe in einem weiß getünchten Keller erzählt eine Winzerin von der über 400-jährigen Geschichte des kleinen Weinortes, in dem es einst 31 Torkeln (Weinpressen) gab. „Tempi passati“, seufzt sie.

Aber die 105 Hektar Weinanbaufläche rund um das Dorf liefern Tropfen vom Feinsten: „Probieren Sie zunächst mal unseren rassigen Kerner.“ Gläser mit Ruländer, Bacchus, Burgunder und Müller-Thurgau machen die Runde. Allesamt vorzügliche Rebsorten! Außer dem Wein wartet Hagnau mit weiteren Kostbarkeiten auf. Neben der spätgotischen Kirche St. Johannes lohnen noch das Heimatmuseum mit der Dauerausstellung „Winzer und Küfer“ sowie das inzwischen weltberühmte „Kleine Museum“ einen Besuch. Letzteres bezaubert mit seiner einmaligen Sammlung von Puppenstuben und historischem Spielzeug.

Alle Wege durch Hagnau führen zurück zur Fischerin Winder, die am nächsten Morgen wieder mit ihrem Kahn in „See“ sticht. An diesem Freitag ist das Wetter nicht ganz so schön. Der Himmel hat sich zugezogen, Wind kommt auf und lässt das Boot schlingern. Mit dem großen Fang wird es heute offenbar nichts. Vielleicht haben die Kolleginnen in den anderen Dörfern mehr Glück, sinniert Winder. Gibt es denn außer ihr hier noch weitere „Fischerinnen?“, fragt sie und antwortet: „insgesamt sechs“.

Winder ist also nicht die einzige, die im „Schwäbischen Meer“ fischt, aber die bekannteste. Ihr Kahn werde jedoch nicht wie im Lied so romantisch besungen und von einem Schwan gezogen, während die Nixen tanzten und die Frösche Musik machten, sagt Winder und zieht ihr Netz ein, in dem heute nur wenige Felche zappeln. Für die Familie reicht es, und morgen soll es laut Wetterbericht wieder besser werden. Na dann, Petri Heil, liebe Fischerin vom Bodensee! *Uta Buhr*

Bodensee-Idyll und harte Arbeit: Hagnau und seine Fischerin Heike Winder (oben rechts) Bilder: Tourismus Hagnau, RSPS



Edle Karren

Ein Autonarr aus Franken sammelt alte Maybachs und stellt sie aus

Seit 2009 hat das Museum für historische Maybach-Fahrzeuge seine Tore geöffnet. Auch wenn in anderen Museen auch Maybachs ausgestellt sind – die größte Anzahl, nämlich rund 20, sind im Museum in Neumarkt in der Oberpfalz zu sehen.

„Es gibt immer wieder Entdekkungen“, erklärt Museumsgründer und -inhaber Helmut Hofmann. Der Kieferorthopäde, seit fast 30 Jahren ein Maybach-Enthusiast, stellte dafür als Grundstock seine eigenen, meist sogar noch fahrbereiten Maybachs zur Verfügung. Diese sowie zahlreiche Leihgaben von Clubfreunden, der MTU und der Daimler AG wie auch viele weitere Exponate informieren in erster Linie über die Sechs- und Zwölfzylinder-Automobile, die in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts als Statussymbol der Reichen und Mächtigen galten. Zwischen 1921 und 1941 wurden rund 1800 Maybach-Autos gebaut, von denen heute weltweit noch zirka 160 existieren. Vor allem in Russland finden sich immer wieder Maybachs – überwiegend Fahrzeuge, die nicht in die offiziellen Register eingetragen sind.

Das Museum zeigt auch so manchen Scheunenfund sowie extrem rare Fahrzeugteile wie Armaturen, Magnetzünder, Vergaser oder sogar einen landwirtschaftlich eingesetzten Anhänger, der mit Rädern und Achsen eines Maybach bestückt ist. Den Autofreunden muss man natürlich nicht erst sagen, dass fast jeder Maybach ein Unikat ist. Der Laie kann auf den ersten Blick nicht erkennen, dass es sich um ein Fahrzeug dieses Fabrikats handelt, wenn eine Pullmann-Karosserie darüber ist.

Ein Prunkstück ist der weiße Maybach-Zeppelin von 1930, „ein frühes Exemplar“, wie Hofmann betont. Im Hintergrund sind großflächige Fotos von der Automobilausstellung in Berlin 1931 angebracht – man könnte sich fast in jene Zeit zurückversetzt fühlen.



Weißer Maybach-Zeppelin aus dem Jahr 1930 Bild: Bauer

Auffällig ist auch ein rechts gelenkter SW 38 mit drei Lampen.

Ein durchgängiges Standbein der Firma Maybach waren neben den Automobilen der Bau und die Lieferung von Motoren für andere Fahrzeuge. Im Ersten Weltkrieg produzierte Maybach Flugzeugmotoren. Kurz nach dem Krieg fabrizierte man einen 1000-Kubikzentimeter-Boxermotor für die „Weiße Mars“ des Nürnberger Motorradherstellers Mars.

Motoren für Panzer standen ebenso auf der Auftragsliste wie für die Diesellokomotive V 60 der Deutschen Bundesbahn. Und für Eisenbahnfans sei auch der „Fliegende Hamburger“ genannt, der von 1932 bis 1957 eingesetzte Verbrennungstriebwagen der Deutschen Reichsbahn. Jeder der beiden Wagen hatte einen Maybach-Zwölfzylinder-Dieselmotor G05 mit 420 PS, womit bei Versuchsfahrten 175 Kilometer pro Stunde erreicht wurden. Einige dieser Motoren sind ebenfalls zu besichtigen. Natürlich erfährt der Besucher auch Wissenswertes über die Firmengründer Wilhelm (1846–1929) und Karl Maybach (1879–1960) sowie deren Leistungen und Erfindungen.

Neben den Originalexponaten werden in Vitrinen, Kurzfilmen und auf Tafeln Aspekte wie die Stromlinienfahrzeuge oder sportliche Erfolge von Maybach-Motoren behandelt und die Historie des Unternehmens nach 1945 (Schiffs-, Panzer- und Lokomotivenmotorbau, Zusammenarbeit mit Daimler-Benz und MTU) nachgezeichnet. Auch der Maybach-Club, dessen Präsident Hofmann ist, wird vorgestellt. Und im Gastronomiebereich lässt es sich gemütlich fachsimpeln, und natürlich gibt es auch das eine oder andere Schmankerl zum Thema „Maybach“ zu kaufen. *Markus Bauer*

Das Museum befindet sich in der Holzgartenstraße 8, 92318 Neumarkt. Geöffnet 11 bis 17 Uhr, montags geschlossen. Eintritt: 8,50 Euro. Internet: www.automuseum-maybach.de

Kleine Krachmacher

Hund, Katze Vogel – Wann der Vermieter Haustiere verbieten darf

Der temperamentvolle Hund, die süße Katze und der redselige Papagei sind nicht immer auch Nachbars Liebling. Vor allem in Miet- und Eigentumswohnungen, wo dicht an dicht gewohnt wird, ist mancher von den vierbeinigen oder gefiederten Zeitgenossen nebenan tierisch genervt.

Eigentümer haben bei der Tierhaltung weitgehend freie Bahn, solange niemand gefährdet oder über Gebühr belästigt wird. Im Zweifel werden die Fälle bei Gericht geklärt. Vermieter aber schreiben ihren Kunden gerne ein Veto in den Mietvertrag, das allzu pauschal jede Tierhaltung untersagt. Rechtslage ist: Kleintiere dürfen ohne das Einverständnis des Vermieters immer gehalten werden. „Dies sind zum Beispiel Fische im Aquarium, Singvögel, Hamster, Meerschweinchen und andere Tiere, die in der Regel von den übrigen Hausbewohnern nicht bemerkt werden“, weiß Fachanwalt Dirk Clausen. „Auch exotische Tiere können darunter fallen, etwa kleine ungefährliche Schlangen, ein Chinchilla oder ein Leguan.“ Das Halten einer Ratte könne aber genehmigungspflichtig sein, so Clausen.

Voraussetzung ist immer, dass die Tiere in üblicher Zahl gehalten werden und Nachbarn nicht durch Lärm oder Geruch belästigt werden. Auch dürfen keine Gefahren von den Tieren ausgehen. Eine stattliche Sammlung tropischer Giftschlangen oder eine Rotte aggressiver Kampfhunde muss kein Vermieter oder Nachbar dulden.

Für Hunde und Katzen braucht der Mieter in der Regel die Erlaubnis seines Vermieters. „Dies gilt nach Meinung vieler Gerichte auch dann, wenn im Vertrag darüber nichts steht“, weiß Clausen. Der Mieter hat aber auf die Erlaubnis einen Anspruch, wenn dem keine erheblichen Interessen des Vermieters entgegenstehen. Gründe wären eine potenzielle Gefährdung oder Belästigung der Nachbarschaft.



Bild: action press

Putziges Duo: Besonders Vögel können anderen zur Last fallen

Der Vermieter muss auch die persönliche Situation des Mieters bedenken. Trotz klarer Regeln im Mietvertrag können strittige Sonderfälle eintreten. „Einen Blindenhund“, so Clausen, „wird der Vermieter fast immer genehmigen müssen.“ Anderes Beispiel: Die Hundehaltung ist vertraglich verboten, der Arzt eines psychisch kranken Mieters rät aber zur Anschaffung eines Hundes aus medizinischen Gründen. Was nun? Jürgen Pfeilschifter vom Deutschen Mieterbund sieht den Mieter im Recht. „In besonders gelagerten Einzelfällen kann einer Hundehaltung trotz Verbotsklausel nichts entgegengesetzt werden“, sagt der Jurist. „Dies können auch Fälle sein, in denen ein Hund therapeutischen Zwecken dient.“

Oft enthalten Mietverträge Klauseln, wonach Tierhaltung generell verboten ist oder immer von der Zustimmung des Vermieters abhängig gemacht wird. Eine solche Klausel ist null und nichtig, weil sie auch die Haltung eines Wellensittichs oder einer Eidechse verbieten würde. Folge: Der Mieter hat dann einen Anspruch auf die Erlaubnis, einen Hund oder eine Katze zu halten. Der Vermieter kann die einmal gewährte Erlaubnis aber widerrufen, wenn Mitbewohner gefährdet werden oder die Wohnung stark verunreinigt wird.

Für Ärger kann auch zum Beispiel ein Katzengitter sorgen. Darf ein Vermieter verlangen, dass ein Katzengitter, das zum Beispiel an der Balkontür angebracht ist, wieder entfernt wird? „Nein“, sagt Mieterbund-Jurist Pfeilschifter. „Solange das Katzengitter nicht auffällig ist und nicht in die Bausubstanz eingreift, darf der Vermieter das Katzengitter nicht verbieten.“

Der Vermieter hat also auch keinen Grund zu kündigen oder abzumahnen, da keine erhebliche Vertragsverletzung vorliegt. Allerdings muss die Beschädigung der Tür spätestens bei Auszug wieder beseitigt werden. *Kai Althoetmar*



Verführt zum Dschihad

Insiderwissen über Islamisten

Es ist schon fast eine Rarität, wenn in der friedlichen Schweiz eine politische Publikation unter einem Decknamen erscheint. Bei „Die Gotteskrieger“. Die unterschätzte Bedrohung“ ist genau dies der Fall. Denkt man indes an die Mordanschläge auf Karikaturisten und Journalisten in Stockholm, Paris und kürzlich in Kopenhagen, wird man Verständnis für den Autoren haben, denn er entlarvt – in rein sachlicher Diktion – das menschenverachtende System der „Gotteskrieger“. Wie er das tut, verlangt dabei besondere Beachtung und hebt ihn von anderen Publikationen zum Thema hervor. Genau deswegen ist diese unscheinbare, dünne und etwas umständlich zu erhaltende Broschüre auch so empfehlenswert. Ein echter Geheimtipp, denn nach seinem Detailwissen zu urteilen, muss „Gaucher“ direkten Zugang ins Kampfgeschehen in Syrien gehabt haben und zweifellos ebenfalls zu Schweizer sowie anderen westlichen Sicherheitsbehörden.

Sein Detailwissen kommt nicht aus bloßen Zeitungen, die er von Kanada bis Korea wohl mehr aus Tarnungsgründen zitiert. Im Einzelnen schildert er die verschiedenen Arten, junge Menschen aus Europa mit unterschiedlichsten Motiven zum „Heiligen Krieg“, dem „Dschihad“, zu verführen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Internet-Videos. Deren Bilder mit abgehackten Menschenköpfen oder kaltblütigen Exekutionen von „Ungläubigen“ scheinen selbst für junge Mädchen eine besondere Anziehungskraft auszuüben, denn der Zustrom nach Syrien – darunter eben auch weibliche Kämpferinnen – halte an. Dabei weiß die Broschüre die Zahl der „Dschihadisten“ aus den einzelnen Ländern genau zu nennen. Zwar sind die Angaben von Ende letzten Jahres; so dass sie inhaltlich unmittelbar vor dem Terroranschlag von Paris abschließen, trotzdem schmälert das ihren Wert nicht.

Sind die islamistischen Rekruten angekommen, lernen sie in 20 Tagen Gehirnwäsche unbedingten Gehorsam gegenüber Allah. Viele von ihnen werden zu Selbstmord-Attentätern gedrillt und sind, laut Autor, damit nur „reines Kanonenfutter“. Besondere Aufmerksamkeit widmet er aber auch den Rück-kehrern, die aus dem „Dschihad“ in ihr europäisches Heimatland zurückkehren; ihre jeweiligen Zahlen erfährt der Leser ebenfalls.

In Syrien Zugang zum Kampfgeschehen

Manche kommen traumatisiert zurück, doch die meisten dürften nach den Erfahrungen des Autors bereit und willig sein für blutige Terroranschläge. Sie sind „ideologisch indoktriniert und kampferprobt im Umgang mit Waffen, Sprengstoff und Guerilla-Technik“.

Angesichts dieser Tatsache wirft der Autor westlichen Politikern und Medien vor, viele Jahre zu blauäugig gewesen zu sein. Gleiches gilt nach seiner Ansicht ebenfalls für die Nachrichtendienste, die dringend mehr – auch im Koran ausgebildete – Mitarbeiter und neueste Technik benötigen. Gewiss verfügen sie über einige (wenige) V-Leute. Die meisten Informationen dürften sie aber immer noch durch das Abhören der verschiedenen Kommunikationswege der „Heiligen Krieger“ erlangen. Dass manche von ihnen bei ihrer Rückkehr nach Europa zu ihrem Erstaunen gleich am Flughafen festgenommen werden, ist absolut kein Zufall. Dennoch wird der „Heilige Krieg“ noch viele Jahre dauern. Auf weite Sicht sollte man sich letztlich einmal fragen, wieviel Kraft das Abendland dem Islam entgegenzusetzen hat.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Léon S. Gaucher: „Die 'Gotteskrieger'. Die unterschätzte Bedrohung“*, Pro Libertate, Bern 2015, broschiert, 36 Seiten, 8 Franken. Zu beziehen bei „Pro Libertate“, PF 6803, CH 3001, Weitere Informationen: Telefon (031) 3325784, E-Mail: info@prolibertate.ch*



Bosheit und Tücke

Einblick in eine bizarre Welt: Spitzelberichte der Stasi

Gegenwärtig, 25 Jahre nach dem Mauerfall, haben viele junge Menschen von den Aktivitäten der Stasi während der 40 Jahre währenden DDR-Diktatur. Zwei Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) haben sich aufgemacht, dies zu ändern: Die Bibliothekswissenschaftlerin Gudrun Weber, 1959 in Ost-Berlin geboren, und der Sozialpädagoge Thomas Auerbach, 1947 in Leipzig zur Welt gekommen, sammelten aussagekräftige Auszüge aus erschlossenen Akten der Stasi und stellten sie zu einer Art von Lesebuch zusammen.

Material gab es genug: Als DDR-Bürger im Dezember 1989 die Dienststellen der Stasi besetzten, ahnte wohl niemand, dass sich in deren Archiven trotz massiver Vernichtung weit über 100 Regalkilometer Akten befanden. Die Dokumente geben Zeugnis von tausendfachem Verrat, von Unterdrückung, Ausbeutung und Betrug, vom ganzen Spektrum menschlicher Unzulänglichkeit, Bosheit, Tücke und Herzlosigkeit. Sie belegen aber auch, dass Menschen während 40 Jahren Diktatur mindestens ebenso häufig dem Bösen widerstanden haben oder sogar dagegen aufbegehrten.

„Genossen, wir müssen alles wissen!“ lautet der Titel dieser Mischung von Spitzelberichten, Briefen und internen Mitteilungen des Ministeriums für Staatssicherheit. Angelehnt ist der Titel an ein berühmt-berüchtigtes Zitat von Stasi-Chef Erich Mielke. Mit dem Untertitel „DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten“ verweisen die Autoren auf ihre Zielsetzung. Der Band gibt eindrücklich Zeugnis von der realsozialistischen Lebenswelt und erlaubt Einblicke in den internen Apparat des Ministeriums. In diesem Sinne wurden auch die beigefügten 94 Fotos ausgewählt. Bei den Aktenauszügen handelt es sich ausschließlich um Dokumente aus dem Bestand des BStU. Alle Personennamen, die aufgrund des Datenschutzes anonymisiert wurden, sind speziell gekennzeichnet.

»Werter Genosse Mielke!«

Typische Themen und Inhalte sind bizarre Methoden der Spitzel, um an die gewünschten Informationen zu gelangen, Gerichtsurteile und Strafaktionen, gerichtet gegen „unbotmäßige“ Informelle Mitarbeiter und angeschwärzte DDR-Bürger, sowie Belohnungen für Mitarbeiter, die nicht versagten und hohe Leistungen erbrachten. Innerhalb der vier Buchkapitel sind die Dokumente in chronologischer Reihenfolge angeordnet, vorangestellt sind jeweils kurze Einführungstexte der Autoren.

Während im ersten Kapitel in den Schriftstücken schwerpunktmäßig „politisch-operative Aufgaben“ der Staatsmacht erkennbar sind, will man im zweiten Kapitel mit der Überschrift „Bleibt im Halse stecken“ darauf aufmerksam machen, dass der Verlust von Freiheit und Recht in der DDR überall und täglich zu spüren war, wobei vieles in den Schriftstücken heute eher zum Lachen reizt. Zitat aus einem Schreiben der SED-Bezirksleitung Leipzig vom 7. November 1963 an den passionierten Waidmann Minister Mielke: „Werter Genosse Mielke! Im Auftrag des Genossen Fröhlich übersenden wir Dir ein Tonband mit verschiedenen Hirschrufen. Aus der Tatsache, dass diese Schallplatte (wovon die betr. Tonbandaufnahme erstellt wurde) in den dreißiger Jahren hergestellt wurde, ergibt sich der Text, in dem noch vom deutschen Wald usw. gesprochen wird.“

Offenbar registrierten die Berichterstatter das Absurde und unfreiwillig Komische in den eigenen Texten nicht. Auch dies ist auf seine Art entlarvend, denn es zeugt vom Verlust menschlicher Regungen und von den Verirrungen in eine inhumane, bizarre Weltsicht. Unstillbare Kontrollwut und Detailversessenheit der MfS-Offiziere und ihrer Zuarbeiter werden im dritten Kapitel pointiert herausgestellt. Alle Spitzelberichte sind in staubtrockener Behördensprache abgefasst, wodurch Disziplin zum Ausdruck gebracht werden sollte. In den meisten Spitzelberichten kommt eine untertänige Beflissenheit gegenüber der Obrigkeit zum Ausdruck. Ganz unfreiwillig sammelten die Genossen mit den Akten auch die politischen Witze der DDR-Zeit, der vorliegende Band enthält daraus eine Blütenlese. Zitat aus der dringenden Meldung

Mit untertäniger Beflissenheit

einer Magdeburger Tschekistin nach Berlin vom 20. Dezember 1978: „Wo ein Genosse ist, ist die Partei, wo mehrere Genossen sind, ist die Parteiversammlung, wo viele Genossen sind, ist der Intershop.“

Mit ihrer Kollektion von Stasi-Akten haben die Autoren eine Materialsammlung geschaffen, die nicht nur für den Geschichtsunterricht in der Schule geeignet ist. Eigenartig, dass vorher noch niemand auf diese Idee gekommen war. *Dagmar Jestrzemski*

Gudrun Weber und Thomas Auerbach: „Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch“*, Lukas Verlag, Berlin 2014, broschiert, 205 Seiten, 19,80 Euro*

Waffentransporter oder nicht?

Ein Buch über den »Lusitania«-Untergang tut wichtige Fakten als Propaganda

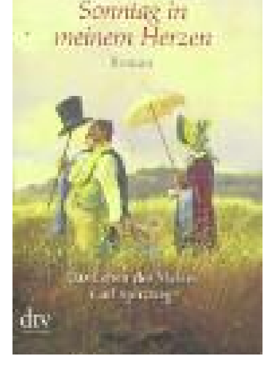
Die Weltgeschichte sei oft auch ein bisschen Weltgericht, deutet Autor Willi Jasper, Jahrgang 1945, an. Er verdeutlich das in seinem Buch „Lusitania – Kulturgeschichte einer Katastrophe“ an zwei Daten: Am 7. Mai 1915 versenkte das deutsche U-Boot U-20“ das britische Passagierschiff „Lusitania“. Unter den 1198 Opfern waren 124 Amerikaner, was die USA zum Kriegseintritt bewog. Das zweite Datum war der 30. Januar 1945, als das sowjetische U-Boot S-13 den deutschen Dampfer „Wilhelm Gustloff“ torpedierte, wobei rund 9000 zivile Flüchtlinge aus Ostpreußen den Tod fanden. Beide Schiffskatastrophen sind von größter Symbolik jeweils zum Beginn des Ersten und zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

Umstände und Auswirkungen der „Lusitania“-Katastrophe beleuchtet Jasper, bis 2010 Germanistik-Professor in Potsdam, in akribischer Detailfülle. Als sie 1907 in Dienst gestellt wurde, war sie das größte Schiff der Welt mit 32 000 Bruttoregistertonnen und 76 000 PS Maschinenleistung. Sie galt als so „unsinkbar, wie ein Schiff nur sein kann“.

Die „Lusitania“ unternahm nach Kriegsausbruch 17 unbeschadete Atlantiküberquerungen, bis sie von Kapitänleutnant Walther Schwieger mit einem Torpedo an Steuerbord versenkt wurde. Ihr Ende löste in Deutschland „große Freude“ aus, so Kronprinz Wilhelm, da sie als „freches Symbol der englischen Seeherrschaft“ galt. Deutlich in der Minderheit waren die Kritiker wie Heinrich Mann, Karl Kraus oder Erich Mühsam, die nichts bewirkten.

Diesen intellektuellen Pro-und-Contra-Debatten widmet Jasper viel Raum, während er gewichtige Sachfragen obenhin streift: War die „Lusitania“ ein getarnter Waffentransporter, hatte sie Kanonen an Bord, hat Winston Churchill ihren Untergang provoziert, um die USA in den Krieg zu zwingen? Diese Fragen wurden damals schon diskutiert, und eher auf dem Stand von vor rund 100 Jahren greift Jasper sie auf. Dabei hat 1972 der britische Publizist Colin Simpson ermittelt, dass die „Lusitania“ ein schwimmendes Waffendepot war, was US-Präsident Woodrow Wilson, Royal Navy und andere Insider kunstvoll verschleierten. Jasper führt Simpsons Buch in seiner Literaturliste auf, sieht es aber als Teil „deutscher Rechtfertigungspropaganda“. Zu Unrecht wie jeder weiß, der Simpsons sauber recherchiertes Buch selbst zur Hand genommen hat. *Wolf Oschlies*

Willi Jasper: „Lusitania. Kulturgeschichte einer Katastrophe“*, be.bra Verlag, Berlin 2015, gebunden, 208 Seiten, 19,95 Euro*



Jedes Bild erzählt eine Geschichte

Carl Spitzwegs Bilder sind populär wie nie – Asta Scheibs tatsachenorientierter Roman bringt uns sein Leben nahe

Carl Spitzwegs Gemälde „Der arme Poet“, „Der Bücherwurm“ und viele andere seiner Werke zählen zu den Ikonen des Biedermeiers. Diese Bilder aus der sogenannten guten alten Zeit haben eine beruhigende Wirkung auf den Betrachter. Nicht umsonst stößt man, zum Beispiel in sozialen Einrichtungen, so häufig auf Kunstdrucke von ihnen.

Obwohl der raue Alltag des 19. Jahrhunderts darin nicht vorkommt, sind diese Idyllen beim näheren Hinsehen doch nicht ganz so ungetrübt, wie es den Anschein hat. Spitzwegs mittelalterlich anmutende städtische Szenerien, skurrile Typen und märchenhafte Landschaften lassen auf ein liebenswürdiges, jedoch tiefgründiges Wesen ihres Urhebers schließen.

Genau so tritt uns der Münchner Maler Carl Spitzweg (1808–1885) in Asta Scheibs kurzweiligem und bildungsorientiertem Roman „Sonntag in meinem Herzen“ entgegen. Dementsprechend hat die 1939 geborene in München lebende Schriftstellerin aus den überschaubaren biografischen Bruchstücken, die zum Leben des Malers und Poeten überliefert sind, ein Porträt geschaffen, das der tradierten Vorstellung vom kauzigen Junggesellen in keinerlei Hinsicht entspricht. Die Autorin schildert zunächst das großbürgerliche Herkunftsmilieu des Künstlers. Eine zentrale Bedeutung hat seine innige Beziehung zur Mutter, doch diese stirbt schon früh. Dem steht das unterkühlte Verhältnis zum autoritären Vater gegenüber, der den beruflichen Werdegang des mittleren seiner drei Söhne bestimmt hat. Carl soll Apotheker werden, und er fügt sich dem Druck des Vaters trotz seiner ausgeprägten Neigung zum Zeichnen. Schließlich galt ein Dasein als Künstler in den besseren Kreisen, in die sich sein Vater emporgearbeitet hatte, als unsolid und erbärmlich.

Nachvollziehbar ist es daher, dass Carl, wie es hier dargestellt wird, seine zeichnerische und malerische Tätigkeit zunächst jahrelang im Geheimen betrieb. Vier Jahre nach dem Tod seines Vaters wurde ihm sein Erbteil ausgezahlt, wodurch er 1832 in die seltene Lage versetzt wurde, seinen Brotberuf aufzugeben und seiner Neigung gemäß als freischaffender Künstler zu leben.

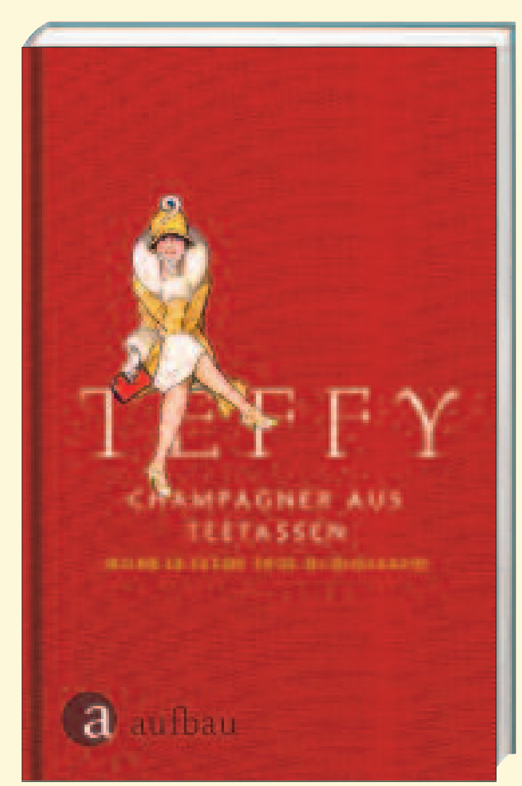
Jahrelang im Geheimen gemalt

1837 verkaufte er sein erstes Gemälde. Seitdem machte er sich als Autodidakt in der Münchner Kunstszene einen Namen.

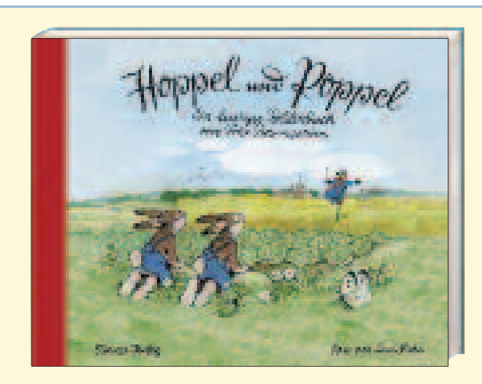
Zunächst aber durchlief er seit 1828 eine gründliche Ausbildung zum Apotheker in München und Straubing, wo er 1829 Provisor der Löwenapotheke wurde. Hier und andernorts unternimmt die Autorin kulturhistorische Streifzüge, was ihr aber nicht immer wie beiläufig gelingt. Neben der Pharmazie, den künstlerischen Strömungen des 19. Jahrhunderts und einer tragisch endenden Liebesbeziehung sind die Reiseerlebnisse Carl Spitzwegs ein weiteres Themenfeld, das Asta Scheib gründlich bearbeitet hat. Immer wieder suchte Spitzweg neue Anregungen für sein Schaffen auf Reisen in Bayern und im europäischen Ausland, vor allem auch durch Begegnungen mit der Natur. Man gewinnt einen Eindruck davon, wie abenteuerlich und mühselig sich das Reisen mit der Postkutsche ausnahm.

Auf nachvollziehbare Weise erklärt die Autorin, wie der Künstler seine bis heute populären Motive fand. Ein Künstlerkollege formuliert einen wesentlichen Grund für seinen großen Erfolg in späteren Jahren: „Du erzählst mit jedem Bild eine Geschichte.“ 1867 wurden vier seiner Gemälde auf der Weltausstellung in Paris gezeigt, 1868 wurde er Ehrenmitglied der Akademie der bildenden Künste in München. Der Tatsache, dass Carl Spitzweg in der spannungsreichen Zeit des Umbruchs vom vorindustriellen Zeitalter zur Moderne lebte, wird hier allerdings kaum Rechnung getragen. Insofern bleibt die Antwort auf die Frage aus, warum sich der Maler bei der Auswahl seiner Motive der Welt der Technik gänzlich verschloss. *Dagmar Jestrzemski*

Asta Scheib: „Sommer in meinem Herzen. Das Leben des Malers Carl Spitzweg“*, DTV, München 2015, broschiert, 493 Seiten, 9,95 Euro*



Teffy
Champagner aus Teetassen
Meine letzten Tage in Russland
Der Bericht einer abenteuerlichen Flucht voller Schrecken und Komik Teffy (1872–1952) war die berühmteste Satirikerin des Zarenreichs. Sie verkehrte in den exklusivsten Salons und saß mit Rasputin an einem Tisch. 1918 brach sie aus dem hungernden Moskau zu einer Lesereise nach Kiew auf. In Wirklichkeit jedoch floh sie wie andere Aristokraten, Künstler und gutbetuchte Bürger vor den Bolschewiki. Es wird eine Reise voller Gefahren für Leib und Leben und ein Abschied für immer. Eine grandiose Trouvaille in deutscher Erstübersetzung. 285 Seiten
Nr. P A0829 Gebunden 19,95 €



Fritz Baumgarten
Hoppel und Poppel (Format 26,5 x 21 cm)
Die Hasen Hoppel und Poppel haben nur Unfug im Kopf: Sie laufen von zu Hause weg und spielen den Tieren und den Wichteln Streiche. Ein wunderschönes und farbenprächtiges Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 Seiten
Nr. P A0868 Gebunden 8,95 €



Fritz Baumgarten
Der Frühling ist da (Format 26,5 x 21 cm)
Meister Maulwurf schaut aus seiner Höhle: Endlich ist der Frühling da! Der ganze Wald erwacht zu neuem Leben und die Hasen bemalen auch schon die ersten Ostereier. Ein wunderschönes und farbenprächtiges Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 Seiten
Nr. P A0848 Gebunden 8,95 €



Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,50 €



Fritz Baumgarten
Das Hochzeitsfest im Wiesengrund (Format 26,5 x 21 cm)
Zur Käferhochzeit sind viele Gäste von nah und fern eingeladen. Doch bevor sie glücklich im Wiesengrund eintreffen, gibt es das eine oder andere Hindernis zu überwinden. Ein wunderschönes und farbenprächtiges Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 Seiten
Nr. P A0849 Gebunden 8,95 €



Bernsteinarmband barocke Kugeln
Hochaktuelles, dekoratives Bernsteinarmband mit mehrfarbigen barocken Bernsteinkugeln für Jung und Alt geeignet.
Nr. P A0865 Bernsteinarmband 29,90 €



Wie Osterhase und Osterlamm beste Freunde werden
Heiter-besinnliche Frühlingsgeschichten
Nr. A0854 Gebunden 9,95 €

Im Frühling gibt es viel zu entdecken: erste Blumen blühen, Käfer krabbeln, Vögel bauen ihre Nester. Besonders mit Kindern macht es Freude, das Erwachen der Natur zu erleben. Passend zur schönsten Jahreszeit finden Sie in diesem Buch für die ganze Familie fröhlich illustrierte Frühlingsgeschichten, Reime und Lieder von beliebten Autoren wie Wilhelm Busch, die Brüder Grimm, Astrid Lindgren und viele andere mehr. So erleben Groß und Klein den Frühling als spannende und ermutigende Zeit. 112 Seiten



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €

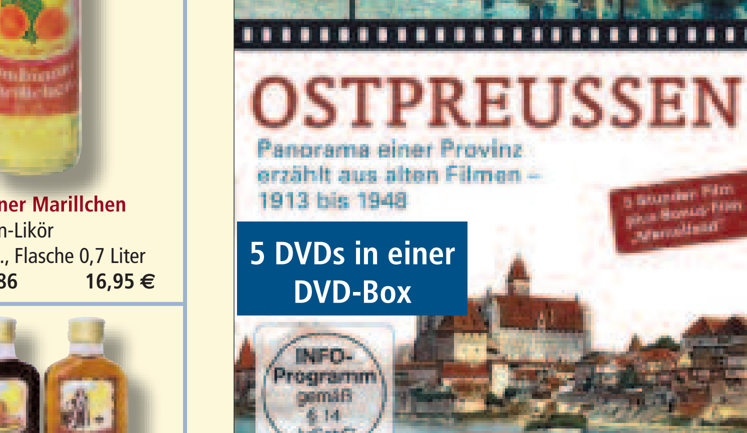


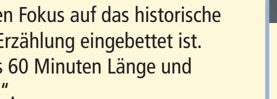
Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 16,95 €

Bernsteinriegel
Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton
Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 19,95 €



5 Ostpreußische Liköre
5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.
Nr. P 5803 18,95 €





Hermann Pöking
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Häfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschaulische Erzählung eingebettet ist.
Die DVD-Box enthät 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".
Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €



Bernsteinsplitterkette 70 cm
Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.
Nr. P A0759 Bernsteinkette 49,90 €



Ella Brümmer (280 Seiten)
Ein Leben – Zwei Seiten
Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen
Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtingsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von neunzehn Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick bewerkstelligte. Die Zeit nach dem Ende des Krieges waren geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und alle Mitarbeiter. Vor der herannahenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft nicht zu Verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.
Nr. P A0778 Gebunden 22,00 €

Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 16,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 15,95 €



Tapi
Original Bärenfang
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5695 19,95 €



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 16,95 €



Tischfahne mit Wappen Ostpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0745 19,95 €



Tischfahne mit Elchschaufel
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0746 19,95 €



Tischfahne mit Wappen Westpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0747 19,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Lorbass
Altpreußischer Kartoffelschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5673 15,95 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liquer
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Mehr Ausländer als je zuvor

Wiesbaden – Noch nie seit der ersten Zählung 1967 lebten so viele Menschen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland wie Ende 2014. Laut Statistikamt waren es 8,2 Millionen. Die Zahl der Asylbewerber hat sich in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 52 000 verdoppelt. Von den Antragstellern bekamen 1,3 Prozent die Asylberechtigung nach dem Grundgesetz zuerkannt. *H.H.*

Scharfe Kritik an Bürgermeister

Berlin – Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat den Bürgermeister von Wuppertal, Peter Jung (CDU), scharf kritisiert. Jung hatte zur Gegendemonstration gegen eine Pegida-Kundgebung aufgerufen. Pegida wollte gegen eine Salafisten-Veranstaltung in der Stadt protestieren. Jungs Aufruf sei unverantwortlich gewesen, nachdem es auf derartigen „Gegendemos“ vermehrt zu heftiger Gewalt gekommen sei, so Wendt. *H.H.*

ZUR PERSON

Scherz beiseite: Politik statt Witz

Die Politik hat mit Kabarett so einiges gemeinsam: Was todernst beginnt, endet oft als Lachnummer. Umso mutiger ist der Schritt, mit dem **Silvio Witt** plötzlich bundesweit bekannt wurde. Als Kabarettist wechselt er die Seiten, um als Oberbürgermeister von Neubrandenburg in Kauf zu nehmen, dass sich Hohn und Spott über ihn ergießen, wenn die Dinge schlecht laufen sollten.

Dass Witt in der Stichwahl mit fast 70 Prozent für sieben Jahre ins Amt gewählt wurde, verdankt er einer kabarettistischen Fehlleistung der etablierten Lokalgrößen, die sich gegenseitig ausgespielt hatten. Der langjährige Oberbürgermeister Paul Krüger von der CDU, der aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl antrat, unterstützte im Wahlkampf statt seiner Parteikollegin Diana Kuhk lieber den parteilosen Witt. Da Grüne und SPD im ersten Wahldurchgang keine Rolle spielten – der SPD-Kandidat ging mit vier Prozent unter –, setzte sich Witt in der Stichwahl deutlich gegen Torsten Koplin durch, der für die Linkspartei zwar im Landesparlament sitzt, aber mit seiner Stasi-Vergangenheit zu kämpfen hatte.



Einen solchen Makel in der Biografie hat Witt nicht aufzuweisen. Er war elf Jahre alt, als die Mauer fiel. Geboren in Neustrelitz, Abitur in Neubrandenburg, Bankausbildung, Studium in Worms und in Ungarn mit Diplomabschluss als Betriebswirt – das waren seine Lebensstationen, ehe er sich in Neubrandenburg selbstständig machte. Als Journalist, Chef einer Agentur für Kommunikation und Kabarettist hatte er sich dort drei berufliche Standbeine aufgebaut. Dass er als junger Mensch der strukturschwachen Region treu blieb, weckte Vertrauen bei den Bürgen. Seine lokale Popularität als Kabarettist tat ein Übriges zum Wahlerfolg. Schaden kann es der Stadt sicher nicht. *Harald Tews*



Übersetzungsbeistand

Mittel und Zweck

Wie man ein Volk hinters Licht führt, wieso wir immer wieder darauf hereinfallen, und weshalb Athen lieber nicht an alten Krediten rührt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wie legt man eigentlich Völker aufs Kreuz? Wie lockt man sie so abgefeimt in die Falle, dass sie den Betrug erst bemerken, wenn die Klappe hinter ihnen schon vor Jahren zugeschlagen ist?

Darüber haben sich Generationen ebenso kluger wie abgefeimter Demagogen, Ideologen und Macht-Alchimisten den Kopf zerbrochen, bis sie eine ideale Lösung fanden, die eigentlich ganz einfach ist.

Es ist ja so: Wie alles im Leben besteht auch Politik aus Mittel und Zweck. Die Mittel werden eingesetzt, wenn nötig auch verschlissen, um den hehren Zweck zu erreichen. Jetzt kommt der Trick: Um die Völker hinters Licht zu führen, musst du Mittel und Zweck vertauschen.

Wie ich das meine? Nehmen wir zum Beispiel den Sozialismus, das wohl durchtriebenste und daher langjährigste Betrugssystem der Menschheitsgeschichte.

Die roten Heilsbringer traten einst auf mit einem tollen Versprechen: Der „real existierende“ Sozialismus werde der unterjochten und ausgebeuteten Mehrheit im Volk, die aus Arbeitern und Bauern bestand, endlich Freiheit und Wohlstand bringen. Heißt: Der Sozialismus ist das Mittel, Freiheit und Wohlstand für die Massen das Ziel, zu dessen Erreichen sich nicht wenige revolutionäre Kämpfer heroisch verschleißen würden.

War der Sieg aber errungen, bemerkten die Leute bald, dass von Wohlstand für die Massen gar keine Rede sein konnte, stattdessen überall immer mehr Mangel. Und die versprochene Freiheit? Vor der postierte sich die allgegenwärtige Geheimpolizei. Wer was Falsches sagte oder gar schrieb, verschwand im Dunkeln.

Ja, sagten da die Kommunisten, das ist natürlich alles sehr misslich, aber zur Erhaltung des Sozialismus müsse eben jeder Opfer bringen – und „Freiheit“? Die könnten wir nicht riskieren, weil sie von „Provokateuren“ und „Agenten der Konterrevolution“ missbraucht würde, um den Sozialismus zu untergraben!

Da haben Sie's: Plötzlich war der Sozialismus der Zweck, nicht mehr das Mittel. Freiheit und Wohlstand der Massen dagegen nicht mehr der Zweck, sondern die Mittel, die man drangeben müsse, um diesem Zweck zu dienen.

Die Nationalsozialisten trieben es genauso. Anfangs versprachen sie, der NS sei das Mittel, mit dem der Zweck, die Wohlfahrt Deutschlands, erreicht würde. Als es dann eng wurde für den „Führer“, befahl der große Adolf, dass ganz Deutschland zu opfern sei im Kampf für seine gruselige Ideologie. Deutschland war jetzt das Mittel, der NS der Zweck, für den das Mittel ruhig verschlissen werden durfte.

Die gleiche Finte findet sich bei windigen (pseudo-) religiösen Sekten. Am Anfang wird den armen Seelen ein besseres Leben und „Erleuchtung“ versprochen. In Wahrheit finden sie sich in einem lausigen Sklavendasein wieder, das von Finsternis statt von Licht geprägt ist. Wieder die Umkehr: Nun ist die Sekte der Zweck, für welches das Glück der Menschen als Mittel drangegeben wird.

> Einst sollte der Euro uns dienen. Nun auf einmal sollen wir der Einheitswährung dienlich sein

Gut, das ist ja eine schöne Erkenntnis, aber benötigen wir die denn heute noch? In die Sekten geht kaum einer und nach den Erfahrungen der apokalyptischen Verbrechen von Braunen und Roten sind wir doch um einiges klüger, so dass wir nie und nimmer mehr auf so etwas hereinfielen.

Wirklich? Dazu eine kleine Geschichte, sie ist kaum mehr als 20 Jahre alt. Damals strichen wichtige Leute durch die Länder Europas und verhießen uns großes Glück. Sie hätten das Mittel gefunden, mit dem wir das Gemeinschaftsbewusstsein der Europäer noch viel stärker machen könnten und dazu den Wohlstand der EU auf bislang nicht geahnte Höhen heben würden: eine große gemeinsame Währung für alle namens Euro.

Also, kurz ausgedrückt in unserer Gleichung: Zweck – gestärktes Gemeinschaftsbewusstsein der Europäer und mehr Wohlstand, Mittel – der Euro.

Jetzt schauen Sie sich das Projekt mal in seiner gegenwärtigen Verfassung an und horchen Sie, was uns die Mächtigen dieser Tage dazu predigen.

Von mehr Wohlstand ist nun wirklich nichts zu sehen. Im Süden sind die Leute, vor allem die jungen, millionenfach arbeitslos geworden, im Norden verlieren die Bürger durch den Euro-bedingten Nullzins ihre Ersparnisse. Das „gestärkte Gemeinschaftsbewusstsein“? Im Gegenteil, überall Streit, Missgunst, wenn nicht gar Hass wegen des Euro und seiner Erhaltungsinstrumente.

Was war die zweite Frage nochmal? Ach richtig: Und was predigen uns die Politiker heute? Ja, da wird es wirklich witzig: Für die Erhaltung des Euro müssten wir eben alle Opfer bringen, wir Deutsche ebenso wie die armen Leute im Süden des Währungsgebiets. Man sollte an das Gemeinschaftsbewusstsein der Europäer appellieren, damit sie die Mühen auf sich nehmen.

Wir sehen wieder dieselbe freche Masche wie bei den Politverführern und Sektenheinis. Das angebliche Mittel, der Euro, wird zum Zweck erhoben, der vermeintliche Zweck, Wohlstand und Gemeinschaftsbewusstsein der Europäer, wird als Mittel in Stellung gebracht, um diesem Zweck zu dienen. Dabei geht der Verschleiß der Mittel im Kampf für den Zweck munter voran.

Insbesondere mit unseren griechischen Ex-Freunden liegen wir uns heftig in den Haaren. Da ist jedes „europäische Gemeinschaftsbewusstein“ längst beim Teufel.

Sie wollen nur Geld, Geld, Geld, und suchen ständig nach Wegen, uns zu erpressen. Da war es eine Freude für die Griechen, als sie auf ihrem Dachboden auf alte Reparationsforderungen stießen. Bedauerlicherweise aber war da ein Abkommen zwischen Bonn und Athen von 1960 sowie der Zwei-plus-Vier-Vertrag drangetackert, welche die alte Forderung für obsolet erklären. Schade.

Überhaupt fragen sich die Deutschen, warum kein Grieche in derselben Angelegenheit mal in Sofia oder Rom klingelt? Es war ja so: Zunächst waren die Italiener in Hellas einmarschiert. Erst als Mussolinis Operetten-Armee vom kleinen griechischen Gegner eins übergezogen bekam und davonrannte, griff die Wehrmacht ein. Sofia war mit von der Partie und bekam sogar ein prächtiges Stück griechischen Bodens ab, wo die Bulgaren nicht eben den feinen Herren raushängen ließen. Egal: Gefordert wird immer nur von Deutschland. Was sollen wir dazu sagen? Sehr einfach: Ihr könnt uns mal!

Daneben entdeckte Athens Finanzmittelfinger Varoufakis aber noch etwas anderes, nämlich einen Kredit aus dem Zweiten Weltkrieg, den Deutschland bis heute nicht zurückbezahlt habe, was nun aber langsam Zeit werde.

Hätte er noch ein bisschen tiefer in der alten Truhe gewühlt, wäre ihm indes ein weiteres verstaubtes Dokument in die Hände gefallen: die Quittung über einen Millionenkredit aus Bayern, den König Ludwig in den 1830er Jahren den Griechen gewährte – und der ebenfalls bis heute nicht beglichen ist. Autsch! Wenn ein gut 70 Jahre altes Millionendarlehen heute nach Verzinsung in die Milliarden geht, wohin hat sich dann ein Millionendarlehen entwickelt, das fast 200 Jahre zählt?

Ludwig hatte versucht, die bayerischen Steuerzahler für den Kreditausfall bluten zu lassen. Aber der Landtag des Königreichs Bayern ist nicht der Deutsche Bundestag. Die Volksvertreter pfiffen ihm eins, er musste mit seinem Privatvermögen einspringen und ging pleite.

Der Bayern-Kredit war eigentlich nur als Notüberbrückung gedacht, weil Russland, Frankreich und Großbritannien ihre Versprechen nicht hielten, den Griechen viel Geld zu leihen. Sie waren dahintergekommen, dass die Moneten sowieso nur versickern. Danach stand der König mit seiner Forderung splitternackt im Wind.

Wie sich die Dinge gleichen, nicht wahr? Es ist wie mit der Mittel-Zweck-Umkehrung: Wir fallen immer wieder auf dieselbe Schliche herein.

MEINUNGEN

***Kostas Bakouris**, Vorsitzender der Antikorruptionsorganisation Transparency International in Griechenland, erklärt im „Spiegel“ (11. März), wie die **griechische Misere begann**:*

„Korruption gab es seit den Anfängen des griechischen Staates, aber sie unterschied sich nicht groß von anderen Ländern. Das heutige Ausmaß bekam sie erst Anfang der Achtzigerjahre, als der Sozialist Andreas Papandreou Premierminister wurde. Er brachte reihenweise Parteianhänger im öffentlichen Dienst unter, die für diese Jobs eigentlich nicht qualifiziert waren.“

*Nachdem **Christine Anderson** von linken Gewalttätern während der **Pegida-Demo** in Frankfurt am Main ein **Stein an den Kopf** geschleudert wurde, werde sie auch noch von linken Medien diffamiert, so Anderson auf „journalistenwatch.com“ (13. März):*

„Das ist genau der Grund, warum ich nun auch noch angegriffen und diffamiert werde. Es gibt Menschen, die lassen sich nicht einschüchtern. Und wenn Einschüchterung die einzige Waffe ist, die man aufzubieten hat, und sich diese als wirkungslos erweist, dann ist die Niederlage amtlich.“

*Gegen den Lübecker Pharmaproduzenten und Eigner des Görlitzer Jugendstilkaufhauses, **Winfried Stöcker**, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen **Volksverhetzung** aufgrund von Sätzen wie diesen, die er im MDR gesagt hatte:*

„... ich habe das Gefühl, wir werden über den Tisch gezogen. ... Das wird uns später große Sorgen machen. Dann wird irgendwann einmal die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland türkisch sein. Und das ist etwas, das möchte ich nicht. Ich möchte für meine Kinder und Enkel, dass sie ihr Land behalten.“

***Ulrich Exner** fragt sich in der „Welt“ (17. März), ob die Deutschen einmal ihre **Nörgelsucht überwinden** können oder ob die ewigen Defätisten im eigenen Land die **Olympiabewerbung** Deutschlands für die Spiele 2024 von innen zersetzen:*

„Nach diesem in der Tat wenig werbewirksamen olympischen Vorlauf kann man sich nur eins wünschen: Dass wir darauf verzichten, diese Stadt (die deutsche Bewerberin Hamburg) ausführlich madig zu machen, und der deutschen Kandidatur damit von vornherein die Luft nehmen. Dass wir nicht gleich alle 48 Gründe und 231 Spiegelstriche aufzählen, weshalb eine deutsche Olympia-Kandidatur aber so was von scheitern muss, muss, muss.“

***Rainer Hank** zieht in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (15. März) eine **bittere Bilanz** des **Euro**-Experiments:*

„So weit hat es der Euro also gebracht. Nie gab es so viele garstige Gefühle zwischen den europäischen Völkern wie heute. Nie gab es so viel Unfriede ... Man sage nicht, die Bösartigkeiten, die derzeit den Euroraum sprengen, hätten mit dem Euro nichts zu tun. Womit denn sonst? Gäbe es den Euro nicht, brauchten die Griechen keine Auflagen der Troika zu fürchten.“